

POLITISCHE STUDIEN 483

 Hanns
Seidel
Stiftung

Orientierung durch Information und Dialog

70. Jahrgang | Januar-Februar 2019 | ISSN 0032-3462

/// IM FOKUS

ALT, KRANK, EINSAM? ZUKUNFTSAUFGABE PFLEGE

Mit Beiträgen von

Christine Fiedler | Matthias Steiner | Joachim Unterländer



/// JENS SPAHN im Zeitgespräch: Woran krankt unser Gesundheitssystem?

/// CHRISTOPH SCHIEBEL Framing macht Politik

/// MANFRED GROß Die Trump-Transition

www.hss.de



„ Mehr Frauen in die Politik – eine wichtige **BOTSCHAFT** dieser Wahl.

DIE NEUE CDU-VORSITZENDE – KONTINUITÄT IN DER POLITISCHEN FÜHRUNG

Auf dem CDU-Parteitag in Hamburg wurde Annegret Kramp-Karrenbauer am 7. Dezember 2018 als Nachfolgerin von Angela Merkel an die Spitze der CDU gewählt. Auf der einen Seite bedeutete dies ein Novum: Erstmals seit Jahrzehnten standen mehrere Kandidaten zur Wahl, die sich im Vorfeld auf Regionalkonferenzen der Basis präsentierten. In einer Stichwahl setzte sich die Kandidatin knapp mit 51,8% der Delegiertenstimmen gegen Friedrich Merz durch. Auch wenn solche Kampfkandidaturen in Parteien meist lieber vermieden werden wollen, hat dies doch für enorm hohe öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt. Dies zeigte sich nicht zuletzt dadurch, dass die Union in den bundesweiten Umfragen sofort um einige Prozentpunkte nach oben ging.

Auf der anderen Seite bedeutet das Ergebnis auch Kontinuität: Dass wieder eine Frau an die Spitze der CDU gewählt wurde, unterstreicht, dass Frauen in politischen Führungsämtern schon lange keine Ausnahme mehr sind. Das bedeutet aber auch, dass die Parteien in ihren Strukturen dafür sorgen müssen, dass sich genügend qualifizierte Frauen engagieren und ihren Weg durch die Parteiebenen bahnen können. Dies entspricht auch den Erwartungen der politisch interessierten und aktiven Bürger – nicht nur der Frauen. Laut dem Deutschland-Trend von Infratest dimap plädierten kurz vor dem Parteitag 45% aller Bürger und 47% der CDU-Anhänger für Frau Kramp-Karrenbauer als Vorsitzende. Bei den Frauen waren es 53%, bei den Männern aber auch 37% – fast genauso viel wie für Friedrich Merz. Mehr Frauen in die Politik – auch eine wichtige Botschaft dieser Wahl. Die Parteien müssen den Boden dafür aber selbst bereiten.

Prof. Ursula Männle
ist Staatsministerin a. D. und Vorsitzende
der Hanns-Seidel-Stiftung, München.



INHALT



18

14

IM FOKUS

06 DIE ZUKUNFT DER PFLEGE

Einführung
SUSANNE SCHMID

18 VORAUSSETZUNG FÜR EINE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

Würdevolle Pflege im Alter
JOACHIM UNTERLÄNDER

29 KALKULIERBARE PFLEGE IN DER EIGENEN WOHNUNG

Augustinum Seniorenresidenzen
MATTHIAS STEINER

39 WAS DIE PFLEGE BRAUCHT

Wege aus dem Notstand
CHRISTINE FIEDLER

KOMPENDIUM

48 ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE UND PFLEGEPERSONEN

Serviceteil
PETER BAUER

80

POLITISCHE-STUDIEN-ZEITGESPRÄCH

10 WORAN KRANKT UNSER GESUNDHEITSSYSTEM?

Diagnose gestellt – Heilung möglich – Operation beginnen
JENS SPAHN

ANALYSEN

51 FRAMING MACHT POLITIK

AfD nutzt Kopfkino, um Angst in der Bevölkerung zu schüren
CHRISTOPH SCHIEBEL

60 DIE TRUMP-TRANSITION

Impulsive Führung im Weißen Haus
MANFRED GROß

KONTROVERS

70 BRAUCHT DEUTSCHLAND ATOMWAFFEN?

Einführung
REINHARD MEIER-WALSER

73 SOLL DEUTSCHLAND NUKLEARMACHT WERDEN?

Pro
CHRISTIAN HACKE

80 DEUTSCHLAND BRAUCHT KEINE KERNWAFFEN – ABER EINE STRATEGISCHE NEUBESINNUNG

Contra
JOACHIM KRAUSE

AKTUELLES BUCH

90 AMERIKA IM DSCHUNGELKAMPF

Bricht die liberale Weltordnung zusammen?
CHRISTIAN FORSTNER

RUBRIKEN

- 03 EDITORIAL
- 94 REZENSIONEN
- 104 ANKÜNDIGUNGEN
- 106 IMPRESSUM



60



/// Einführung

DIE ZUKUNFT DER PFLEGE

SUSANNE SCHMID /// Der Pflegesektor steht angesichts der demografischen Alterung vor großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Um diese zu bewältigen, bedarf es einer höheren Attraktivität und Wertschätzung des Pflegeberufs, einer guten Balance zwischen Qualität, Wirtschaftlichkeit und Humanität sowie der nachhaltigen Überwindung der Personalengpässe bei gleichzeitiger Erhöhung der Versorgungsqualität.

Pflege ist bereits jetzt ein Megathema und wird im Zuge des demografischen Wandels weiter an Bedeutung gewinnen, denn Deutschland wird älter und heterogener. Die Ursachen demografischer Alterung liegen in einem Jugendrückgang wegen geburtenschwacher Jahrgänge und einer steigenden Lebenserwartung in den hohen Altersklassen. Im Jahr 1960 war jeder achte Einwohner 65 Jahre und älter, heute ist es jeder Fünfte und bis 2060 könnte es jeder Dritte sein. Auch die Hochaltrigkeit wächst. 1950 betrug der Anteil der Menschen ab 80 Jahren

1 %, heute liegt er bei 7 % und bis 2060 dürften es 12 % sein. Jeder achte Einwohner wäre dann 80 Jahre und älter. Die Alterung der Bevölkerung wird einen deutlichen Schub erleben, wenn die geburtenstarken Jahrgänge (sog. Babyboomer) innerhalb der nächsten 20 Jahre das Rentenalter erreichen. Hierauf gilt es gerade im Pflegebereich vorbereitet zu sein, ist doch die Pflege vom demografischen Wandel in mehrfacher Hinsicht betroffen:

- Mit steigender Lebenserwartung wächst das Pflegebedürftigkeitsrisiko, die Zahl der Pflegefälle nimmt zu.
- Veränderte Familienstrukturen verringern die Möglichkeiten häuslicher Pflege durch Familienangehörige.
- Der Geburtenrückgang bewirkt, dass weniger Pflegekräfte zur Verfügung stehen.
- Der Anteil pflegebedürftiger Personen mit Migrationshintergrund steigt.

Der Pflegebereich ist vom **DEMOGRAFISCHEN** Wandel in mehrfacher Hinsicht betroffen.



Der Umgang sowohl mit Pflegebedürftigen als auch den Pflegenden ist ein Gradmesser für die Humanität in einer Gesellschaft.

2017 bezogen etwa 3,4 Millionen Menschen Leistungen aus der sozialen Pflegeversicherung, bis 2030 dürften es nach Berechnungen der Pflegekassen 4,1 Millionen sein. 76 % der Pflegebedürftigen wurden 2017 zuhause von Angehörigen und /oder ambulanten Pflegediensten versorgt, ein Viertel lebte in Pflegeeinrichtungen. In diesem Zusammenhang stellt sich nun die Frage, wie man der kontinuierlich steigenden Zahl Pflegebedürftiger

gerecht werden kann, wo doch bereits heute in Deutschland Pflegekräftemangel herrscht. Im Detail: Wie können die Personalengpässe im Pflegebereich überwunden werden? Wie können Attraktivität und Wertschätzung des Pflegeberufs gesteigert werden? Was ist uns Pflege wert? Wie kann eine ausgewogene Balance zwischen Bürokratie, Fachlichkeit und Menschlichkeit in der Pflege aussehen? Wie gelingt kultursensible Pflege?

In den vergangenen zwei Jahren wurde auf Bundes- und Landesebene bereits viel angestoßen:

2017 trat das zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) in Kraft. Aus ehemals drei Pflegestufen wurden fünf Pflegegrade. Mit diesen wird das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit eines Menschen festgestellt und die Höhe der finanziellen Unterstützung berechnet. Der Begriff der Pflegebedürftigkeit ist im neuen Gesetz nun weiter gefasst: Menschen mit kognitiven Einschränkungen wie Demenz oder Alzheimer erhalten die gleichen Leistungen wie dauerhaft körperlich Erkrankte. Neu ist außerdem der Grundsatz „mehr ambulante und weniger stationäre Pflege“.

Zum 1. Januar 2019 trat das Pflegepersonal-Stärkungsgesetz in Kraft, das die geplanten Maßnahmen des „Sofortprogramm Pflege“ umsetzt. Hiermit sollen eine angemessenere Personalausstattung und bessere Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege erreicht werden. Das Gesetz sieht u. a. 13.000 neue Stellen für stationäre Pflegeeinrichtungen vor, die in vollem Umfang von der Krankenversicherung finanziert werden.

Ab 2020 wird das Pflegeberufegesetz das Altenpflegegesetz und das Krankenpflegegesetz ablösen. Es reformiert und integriert die bisherigen drei Ausbildungen in der Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zu einer neuen und generalistisch ausgerichteten beruflichen Pflegeausbildung mit einem einheitlichen Berufsabschluss.

In Bayern wurde 2018 das Landespflegegeld ab Pflegegrad 2 in Höhe von 1.000 Euro jährlich eingeführt. Des Weiteren wurde die Hospiz- und Palliativversorgung ausgebaut, Kurz- und Langzeitpflegeplätze gefördert sowie das Bayerische Landesamt für Pflege ge-

gründet. Bis 2023 soll in Bayern ein Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz für alle Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 2 geschaffen werden.

Auf Bundes- und Landesebene wurden bereits wichtige REFORMEN vorgenommen.

Zu den dringlichsten Aufgaben, die es im Pflegebereich zu bewältigen gilt, gehören die Sicherstellung einer gerechten Entlohnung für Pflegekräfte, die Verbesserung der Arbeits- und Rahmenbedingungen sowie die Stärkung der Pflegequalität. Pflegenden Angehörige sollen eine bessere finanzielle Anerkennung erhalten, durch Pflegestützpunkte und Pflegekurse gezielter beraten und durch Rehabilitationsprogramme entlastet werden. Weitere Forderungen werden im Fokus-Teil thematisiert.

Im Zeitgespräch beantwortet Bundesgesundheitsminister Jens Spahn Fragen zur Besetzung und Finanzierung der 13.000 zusätzlichen Pflegestellen sowie zur Imageverbesserung der Pflegeberufe. Weitere Themenfelder sind die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum, das „E-Health-Gesetz II“ und die freiwillige Organspende.

In seinem Beitrag unterstreicht Joachim Unterländer, dass würdevolle Pflege im Alter die Voraussetzung für eine menschliche Gesellschaft ist. Er benennt neun Schwerpunkte im Pflegebereich, in denen er zukünftig großen Handlungsbedarf sieht:

- Bedarfsgerechte Weiterentwicklung ambulanter und stationärer Pflege,
- verbesserte Arbeitsbedingungen und Schaffung neuer Stellen,
- Ausbau von Entlastungsstrukturen,
- Strukturreformen in der gesetzlichen Pflegeversicherung für mehr Bedarfsgerechtigkeit, Humanität und Effizienz,
- nachhaltige Unterstützungsstrukturen für pflegende Angehörige,
- Pflegegerechtigkeit in allen Wohn- und Siedlungsbereichen,
- Umsetzung der Digitalisierung im Einklang mit würdevoller Pflege,
- Stärkung ehrenamtlichen Engagements sowie
- Verbesserung der Sterbebegleitung in stationären Einrichtungen.

Christine Fiedler erläutert in ihrem nachfolgenden Beitrag die Tradition der Pflege seit Florence Nightingale, der Begründerin der modernen Krankenpflege am Ende des 19. Jahrhunderts. Dabei betont sie, dass die Voraussetzungen für eine gute Pflegekraft nach wie vor der empathische Umgang mit Menschen, Freude am Beruf, eine fundierte Ausbildung und große Fortbildungsbereitschaft sind. Die Autorin spannt dann den Bogen von 1861 zum aktuellen Image des Pflegeberufs und zur fortschreitenden Akademisierung der Pflegeausbildung. Für die Pflegekräfte fordert sie mehr Handlungsautonomie, eine angemessenere Vergütung und größeren gesellschaftlichen Respekt.

Die Augustinum Gruppe betreibt bundesweit 23 Senioren-Wohnstifte mit rund 7.500 Bewohnern und etwa 3.000 Mitarbeitern. Einblicke in das Pflegekonzept der Augustinum-Seniorenresidenzen bietet Matthias Steiner. Die anschließenden Interviews mit Johannes

Rückert und Anne Kremer-Hartmann beleuchten die Anforderungen an das Wohnen im Alter, die Angebote ambulanter und stationärer Pflege sowie das Personalmanagement der Augustinum-Seniorenresidenzen.

Wir müssen alle zusammenhelfen, damit die Pflege die WERTSCHÄTZUNG erfährt, die sie verdient.

Wie wir mit Pflegebedürftigen umgehen, ist ein Gradmesser für die Humanität unserer Gesellschaft. Doch auch der Umgang der Gesellschaft mit dem Pflegepersonal prägt die Versorgungsqualität. Die Betreuung und Versorgung von pflegebedürftigen Menschen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wir müssen jetzt die richtigen Weichen für die Zukunft stellen. ///



/// DR. SUSANNE SCHMID

ist Referentin für Gesellschaftliche Entwicklung, Migration, Integration der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Diagnose gestellt – Heilung möglich – Operation beginnen

WORAN KRANKT UNSER GESUNDHEITSSYSTEM?

JENS SPAHN /// ist mit dem Thema bestens vertraut und weist dazu bereits viel Erfahrung auf. Er war von 2009 bis 2015 gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seit März 2018 bekleidet er das Amt des Bundesgesundheitsministers. Als solcher steht er vor nicht wenigen dringenden Fragen und Herausforderungen, denen er sich aber – wie das nachfolgende Gespräch zeigt – entschlossen und auch schon tatkräftig stellt.

Politische Studien: In Deutschland gibt es einen zunehmenden Pflegenotstand. Ihr Maßnahmenpaket dagegen beinhaltet 13.000 neue Stellen im Pflegebereich. Aber woher soll dieses zusätzliche Perso-

nal kommen bei dem derzeitigen Fachkräftemangel?

Jens Spahn: Unser Pflege-Sofortprogramm ist der erste Schritt, um diesen Mangel zu beheben. Dafür muss sich zunächst der Ruf der Pflege verbessern. Die Pflegekräfte sollen wissen: Wir schätzen ihre Arbeit, wir nehmen ihre Probleme ernst, wir kümmern uns um

”

Unser Pflege-Sofortprogramm ist der **ERSTE** Schritt, um diesen Mangel zu beheben.



Wir brauchen eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen, aber auch generell mehr gesellschaftliche Wertschätzung für den Bereich Pflege.

sie. Und wenn wir neue Stellen schaffen, dann mit dem Ziel, die Pflegekräfte zu entlasten. Auch das steigert die Attraktivität des Pflegeberufes. Dafür müssen wir neues Personal gewinnen und Pflegekräfte, die aus Enttäuschung ausgestiegen sind, zurückgewinnen. Das Sofortprogramm Pflege hilft dabei. Damit schaffen wir in der stationären Altenpflege 13.000 neue Stellen, die aus Mitteln der Gesetzlichen Krankenversicherung bezahlt werden. In den Krankenhäusern wird sogar jede neue Pflegestelle vollständig von der Krankenversicherung finanziert. Die Ausrede, „Es ist kein Geld für Pflege da“, gilt da also jetzt nicht mehr.

Außerdem müssen wir die Rahmenbedingungen verbessern, damit mehr Menschen in der Pflege arbeiten wollen. In Kliniken und Heimen hat es in den vergangenen Jahren eine wahnsinnige Verdichtung der Arbeit gegeben. Viele Pflegekräfte berichten mir, dass sie zu oft ihrem eigenen Anspruch nicht mehr gerecht werden können, weil sie keine Zeit für die Patienten und Pflegebedürftigen haben. Ich will die fatale Spirale durchbrechen, die es in der Pflege derzeit gibt: Die Belastung steigt, Kollegen steigen frustriert oder krank aus dem Beruf aus, die Belastung steigt noch weiter. Wir können den Pflegeberuf nur attraktiver

machen, indem wir mehr Stellen schaffen und besetzen. Deshalb arbeiten wir intensiv an einem Gesamtpaket.

Politische Studien: Bessere Bezahlung ist sicher ein wichtiger Faktor, aber das Geld alleine ist kein Anreiz, einen Beruf im sozialen Bereich zu ergreifen. Wie kann man die Rahmenbedingungen über das Finanzielle hinaus attraktiver gestalten?

Jens Spahn: Mein Ziel ist es, dass sich der Arbeitsalltag unserer Pflegekräfte spürbar verbessert. Wir haben mittlerweile eine hohe Teilzeitquote in der Pflege. Viele haben ihre Arbeitszeit reduziert und nehmen weniger Gehalt in Kauf, weil sie die Arbeitsbelastung nicht mehr aushalten. Andere haben dem Beruf den Rücken gekehrt. Wenn die Aussicht besteht, wieder mit mehr Kollegen in einer Schicht zu arbeiten, werden Teilzeitkräfte ihre Stundenzahl aufstocken, andere werden in den Beruf zurückkehren. Und auch Pflegekräfte, die für Zeitarbeitsfirmen arbeiten, wechseln dann ins Krankenhaus oder in eine Pflegeeinrichtung. Außerdem setzen wir auf den Nachwuchs. Wir haben mit der neuen Pflegeberufausbildung ab 2020 attraktive Perspektiven für Azubis geschaffen, ohne Schulgeld und mit Vergütung. Das sind erste, wichtige Schritte auf einem längeren Weg.



Mein Ziel ist es, dass sich der Arbeitsalltag unserer Pflegekräfte spürbar **VERBESSERT.**



Klar ist, dass wir für mehr Pflegekräfte, deren bessere Bezahlung und die Unterstützung zu Hause noch mehr **GELD brauchen werden.**

Wir – das Gesundheits-, das Arbeits- und das Familienministerium – haben dazu die „Konzertierte Aktion Pflege“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Kassenverbänden, Leistungserbringern, Pflegeberufsverbänden, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern wollen wir ein dickes Paket schnüren. Es geht darum, Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten für Fach- und Helferkräfte zu verbessern und zu einem Flächentarifvertrag zu kommen, neue Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung und der Auf- und Umstiege im Erwerbsverlauf zu schaffen, den Wiedereinstieg in den Beruf zu fördern und auch Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen. Mitte 2019 wollen wir dazu konkrete Konzepte vorlegen.

Politische Studien: Kommen jetzt Beitragserhöhungen in der Pflege auf uns zu?

Jens Spahn: Zunächst einmal sollte man anerkennen, dass sich in der Pflege in den letzten Jahren schon vieles sehr gut weiterentwickelt hat: Demenzzranke haben endlich Zugang zu allen Leistungen der Pflegeversicherung, die Leistungen sind massiv ausgebaut worden und kommen heute Hunderttausenden mehr zugute als vor der Pflegereform. Die Pflegeversicherung finanzierte 2018

Leistungen im Umfang von 38 Milliarden Euro für Pflegebedürftige, Angehörige und auch Pflegekräfte – so viel wie noch nie. Dadurch ist die Zahl der Pflegebedürftigen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, stark gesunken. Aber richtig ist eben auch: Die Pflegeversicherung und auch der Staat können unterstützen, aber sie ersetzen nicht die Familie und deren Beistand.

Die Ausgaben der Pflegekassen sind zuletzt viel stärker gestiegen als erwartet. Das spricht für den Erfolg der Pflegereform, bedeutet aber auch, dass wir den Beitrag zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Beitragspunkte anheben mussten. Klar ist auch, dass wir für mehr Pflegekräfte, für deren bessere Bezahlung und für die Unterstützung zu Hause noch mehr Geld brauchen werden. Ich möchte den Umstand, dass damit die Debatte um die Pflege endlich richtig Fahrt aufgenommen hat, als Chance nutzen, jetzt offen und ehrlich zu diskutieren: Wie bleiben wir eine menschliche Gesellschaft, wie erhalten wir unsere sozialen Institutionen, wenn jeder Dritte in Deutschland älter als 60 Jahre alt ist – und weniger als ein Fünftel jünger als 20?

Politische Studien: Die Überalterung unserer Gesellschaft, der demographische

Faktor, macht sich auch im Strukturwandel bemerkbar. Auf dem Land ist die Gesundheitsversorgung zunehmend eingeschränkt. Kaum ein Arzt will dort noch eine Praxis übernehmen. Wie wollen Sie das angehen?

Jens Spahn: Ich komme aus einem 3.700-Seelen-Dorf im Münsterland. Ich weiß, wie wichtig der Arzt in der Nähe ist. Um das zu erhalten, ziehen wir alle Register. Wir haben schon viele finanzielle Anreize gesetzt, damit mehr Ärzte sich entscheiden, auf dem Land zu arbeiten. Aber Geld ist nicht alles. Wir müssen akzeptieren, dass Ärzte heute andere Lebensentwürfe haben. Viele wollen ärztlich tätig sein, aber nicht betriebswirtschaftlich selbständig. Die Einzelpraxis ist kein Auslaufmodell, aber sie ist ein Modell von vielen. Es braucht mehr Vielfalt und Flexibilität.

Ein wesentlicher Schlüssel liegt auch im Medizinstudium. Wir brauchen bei der Auswahl der Studierenden andere Kriterien als die Abi-Note. Es ist deshalb richtig, dass Bayern eine Landarzt-Quote einführen will, also einen Teil der Studienplätze für diejenigen reservieren, die sich verpflichten, für eine Zeit aufs Land zu gehen. Auch Digitalisierung kann eine enorme Hilfe sein: Online-Sprechstunden, Telemedizin und mehr,

auch wenn vieles heute noch ungewohnt erscheint.

Politische Studien: Stichwort Digitalisierung: Mit dem E-Health-Gesetz II soll diese ja auch in das Gesundheitswesen Einzug halten. Gesundheitskarte, elektronische Patientenakte, Telemedizin – was erwartet uns da und wie steht es dabei um den Datenschutz?

Jens Spahn: Die Digitalisierung eröffnet für viele Bereiche unserer Gesellschaft enorme Chancen. Damit wir die Digitalisierung nach unseren Anforderungen und Sicherheitsstandards selbst gestalten können – anstatt dabei zuzusehen, wie andere sie nutzen –, brauchen wir passende politische Rahmenbedingungen. Das gilt auch für das Gesundheitswesen.

Einiges ist da schon in Bewegung. So wird künftig die Fernbehandlung den persönlichen Arzt-Patienten-Kontakt sinnvoll ergänzen können. Telemedizin spart Zeit und Wege und bringt Expertenwissen zu den Menschen – und nicht umgekehrt. Das schafft Vorteile insbesondere für Patienten im ländlichen Raum, die die Universitätsklinik nicht vor der Haustür haben. Wir treiben außerdem den Ausbau der Telemedizininfrastruktur voran. Über diese



Mir geht es darum, den richtigen Mix zu finden und die Dinge besser ZU STEuern.

sichere Datenautobahn können sich Ärzte, Zahnärzte, Krankenhäuser, Apotheken, Krankenkassen und alle an der Behandlung eines Patienten Beteiligten vernetzen und Informationen austauschen. Erste medizinische Anwendungen der Gesundheitskarte zu Notfall- und Medikationsdaten sollen im nächsten Jahr verfügbar sein. Die elektronische Patientenakte ist ab 2021 geplant und wir haben auch einen Fahrplan zur Einführung des elektronischen Rezepts. Wer möchte, erhält Zugang über Smartphone oder Tablet. Damit kann unsere Gesundheitsversorgung im Alltag spürbar und konkret besser werden.

Rund um die Digitalisierung gilt für mich: Der Patient muss Herr über seine Daten sein. Wenn er Daten weitergibt, dann informiert und freiwillig. Fragen von Patientenautonomie und Datenschutz müssen bestmöglich beantwortet sein. Gleichzeitig wird es darauf ankommen, innovativ zu bleiben.

Politische Studien: Kein Land in Europa weist so viele Arztbesuche pro Kopf auf wie Deutschland und zunehmend wird schon bei harmlosen Erkrankungen und Verletzungen die Notfallambulanz aufgesucht. Eine zu schlechte ärztliche Versorgung, ein Volk von Hypochondern oder

woran liegt das und wie kann man das besser steuern?

Jens Spahn: Wir haben eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Jeder hat Zugang zu medizinischer Versorgung auf hohem Niveau. Das sollten wir wertschätzen. Gleichzeitig gibt es spürbare Probleme, die wir angehen wollen. In den Niederlanden warten Sie zum Beispiel sechs Monate auf eine Hüftoperation. Dort haben Sie auch nur ihren Hausarzt. Wenn Sie einen Facharzt brauchen, müssen Sie ins Krankenhaus, deshalb ist die Zahl der Arztkontakte in einem Land wie den Niederlanden zwangsläufig niedriger. Solche Verhältnisse aber will ich in Deutschland nicht. Mir geht es darum, den richtigen Mix zu finden und die Dinge besser zu steuern. Wenn Ihr Rücken am Wochenende zwick, sind Sie am Montag beim Orthopäden besser aufgehoben als am Sonntag in der Notfallambulanz.

Was wir daher brauchen, ist eine bessere Vernetzung und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen. Dazu wollen wir die ambulante und stationäre Versorgung künftig „an einem Tresen“ organisieren. Beim Verhältnis zwischen Notdienst, der 112 und den Notfallambulanzen setze ich vor allem darauf, dass wir die Triage stärken. Am Telefon muss jemand mit Sachverstand sitzen,



Die Digitalisierung eröffnet für viele Bereiche unserer Gesellschaft enorme CHANCEN.

der entscheiden kann, ob der Patient besser im Krankenhaus oder einer Bereitschaftspraxis aufgehoben ist. Das ist eine der großen Baustellen für das Jahr 2019: das Entlasten der ärztlichen Notdienste.

Politische Studien: Was tun Sie gegen den Spendermangel bei der Organspende?

Jens Spahn: Die Spenderzahlen sind in den vergangenen Jahren zurückgegangen. Das bedeutet: Viele Menschen, die dringend auf eine Organtransplantation angewiesen sind, warten leider vergebens. In Deutschland sind es zurzeit mehr als 10.000. Alle acht Stunden stirbt ein Mensch auf der Warteliste, weil kein passendes Organ gefunden wird. Das Hauptproblem bei der Organspende ist übrigens nicht die Spendebereitschaft. Die hat in den vergangenen Jahren sogar zugenommen. Ein entscheidender Schlüssel liegt vielmehr bei den Kliniken. Ihnen fehlen häufig Zeit und Geld, um mögliche Organspender zu identifizieren. Deshalb wollen wir dafür sorgen, dass Organspende in Krankenhäusern künftig Alltag wird. Entscheidend dafür ist, dass konkret die Verfahren und Abläufe vor Ort funktionieren. Dazu müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Das gehen wir jetzt mit einem Gesetz an, indem wir an zwei

wichtigen Stellen ansetzen. Erstens: Die Transplantationsbeauftragten sollen mehr Zeit für ihre wichtige Aufgabe bekommen, vor allem auch, um mögliche Organspender auf der Intensivstation zu erkennen. Zweitens: Wir wollen, dass die Krankenhäuser leistungsgerecht vergütet werden und keine finanziellen Nachteile haben, wenn sie sich bei der Organspende engagieren. Transplantationsbeauftragte sollen im Klinikalltag den Freiraum bekommen, ihre Aufgabe auch wirklich zu erfüllen.

Politische Studien: Sie haben sich auch für einen Systemwechsel in der Organspende ausgesprochen. Warum sind Sie für eine Widerspruchslösung?

Jens Spahn: Um die persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema Organspende langfristig zur gesellschaftlichen Normalität werden zu lassen, ist letztlich auch entscheidend, welche Haltung jeder Einzelne zur Frage der Organspende hat. Daher habe ich mich für die Einführung der sog. doppelten Widerspruchslösung ausgesprochen. Das heißt, dass einerseits von der Bereitschaft zur Organspende ausgegangen wird, andererseits aber jeder Einzelne zu Lebzeiten ausdrücklich einer Organentnahme widersprechen kann, wenn er eine Organentnahme für sich ausschlie-



Das ist kein Zwang zur Spende, sondern der Zwang, sich mit dem Thema **AUSEINANDERZUSETZEN**.

ßen möchte. Hat er nicht widersprochen, sind die Angehörigen nach dem mutmaßlichen Willen des Verstorbenen zu befragen.

Die Widerspruchslösung bedeutet also, dass eine persönliche Auseinandersetzung mit der Thematik und die Entscheidung über die eigene Spendebereitschaft gefördert wird. Das ist kein Zwang zur Spende, sondern der Zwang, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb habe ich eine Debatte über die Einführung der Widerspruchslösung im Deutschen Bundestag angestoßen. Wir sollten diese Diskussion sorgfältig, respektvoll und in aller Offenheit nicht nur im Parlament, sondern in der Gesellschaft insgesamt führen.

Die Fragen stellte Verena Hausner, Stv. Redaktionsleiterin der Politischen Studien und Publikationen, Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///



Quelle: © BMG

/// JENS SPAHN

ist Bundesminister für Gesundheit, Berlin.



Wir wollen dafür sorgen, dass Organspende in Krankenhäusern künftig **ALLTAG** wird.

/// Würdevolle Pflege im Alter

VORAUSSETZUNG FÜR EINE MENSCHLICHE GESELLSCHAFT

JOACHIM UNTERLÄNDER /// Eine würdevolle Pflege im Alter ist nicht nur wegen der demographischen Entwicklung ein vorrangiges Anliegen. Trotz aller guten und notwendigen Reformen gibt es auch in Zukunft große Herausforderungen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Personalgewinnung, die grundsätzliche Zukunft in der gesetzlichen Pflegeversicherung, die Situation der pflegenden Angehörigen und die notwendigen Angebote in Vielfalt sind dabei zentrale Erfordernisse. Pflegepolitik muss auch in Zukunft ganz oben auf der politischen Prioritätenliste stehen.

Zur Ausgangslage

„Die Zukunft der Pflege im Alter erfordert Solidarität und ein respektvolles Miteinander der Generationen. Alle sind aufgefordert, ihren spezifischen Beitrag zur Solidargemeinschaft zu leisten. Diejenigen, die auf die besondere Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind, müssen diese ohne Scheu annehmen können [...] Bei der Bewältigung dieser Aufgaben steht jede und jeder vor der Frage, wie eine solche Lebenslage bewältigt werden kann. Bei der Bewältigung dieser Aufgabe sind nicht nur die politisch Verantwortlichen, die Träger von Pflegeeinrichtungen und die Pflegenden selbst gefordert.“ Diese Grundsätze sind in einer Schrift der katholischen Kirche zur Zukunft der Pflege im Alter als christliche Grundpositionen enthalten (die deutschen Bischöfe Nr. 92).

Pflege braucht jetzt und in Zukunft **GESELLSCHAFTLICHEN Respekt und Solidarität.**

Vor Jahren haben die beiden zuständigen Bundesministerien im Rahmen eines „Runden Tisches“ die Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen unter Einbeziehung bestehender Rechtsnormen entwickelt. In acht Artikeln wurden die Selbstbestimmung und Hilfe zur Selbsthilfe, die körperliche und seelische Unversehrtheit, Freiheit und Sicherheit, das Recht auf Privatheit, die Pflege, Betreuung und Be-



Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und erfordert das Zusammenwirken aller maßgeblichen Stellen.

handlung, das Recht auf Information, Beratung und Aufklärung, Kommunikation, Wertschätzung und Teilhabe an der Gesellschaft, Religion, Kultur und Weltanschauung sowie die palliative Begleitung festgelegt. Artikel, die auch heute weiterhin ihre Berechtigung und Gültigkeit haben.

Politisches Handeln

Seit der Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995 hat es eine Vielzahl von Reformen gegeben, die die auftretenden Systemschwächen ausgleichen sollten, die Qualität in der Pflege verbesserten, die Arbeitsbedingungen veränderten, die häusliche Pflege und die pflegenden Angehörigen stärken sollten sowie die Schnittstellen zwischen den Systemen besser vernetzt haben.

Dies ist vor allen Dingen auch ein Verdienst der Pflegekritiker, die im konstruktiven Dialog mit der Politik den Stellenwert der Pflege erhöht haben. Auch die engagierten Träger haben dazu beigetragen. Aber erst in den letzten Jahren ist das Thema stärker in den politischen und damit auch öffentlichen Mittelpunkt gerückt.

Im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD dieser Legislaturperiode werden mit einem Sofortprogramm Pflege und darüber hinaus einer „konzertierten Aktion Pflege“ die bedarfsgerechte Wei-

Ein Sofortprogramm und die „KONZERTIERTE AKTION PFLEGE“ sollen bundesweit eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung sicherstellen.

terentwicklung der Situation in diesem Bereich festgelegt. „Die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Alten- und Krankenpflege werden sofort und spürbar verbessert. [...] In einer konzentrierten Aktion Pflege soll eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Situation in der Altenpflege erreicht werden.“

Ein Sofortprogramm und die „konzertierte Aktion Pflege“ sollen bundesweit eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung sicherstellen.

Hingewiesen wird dabei auf verbindliche Personalbemessungsinstrumente. Einen hohen Stellenwert sollen auch die bessere Bezahlung für die Mitarbeiter sowie eine deutliche Entbürokratisierung und Stärkung der häuslichen Pflege erhalten. Gleiches gilt für Vermeidung von Pflege durch Prävention. Und ganz wichtig: Auf das Einkommen der Kinder von pflegebedürftigen Eltern soll künftig erst ab einem Einkommen in Höhe von 100.000 Euro im Jahr zurückgegriffen werden.

Auch die bayerische Landespolitik setzt einen Schwerpunkt in der Pflege. So ist in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Söder ein Pflegegeld von 1.000 Euro pro Jahr festgelegt, das sich bereits hoher Nachfrage durch die Betroffenen und ihrer Angehörigen erfreut.

Die individuelle Situation

Die Sorge um die persönliche Pflegebedürftigkeit ist für uns alle eine große individuelle Herausforderung. Manche versuchen, sich mit dieser Situation so lange wie möglich nicht zu befassen. Doch irgendwann ist jeder Mensch durch Familienangehörige, durch Bekannte oder gar durch sich selbst betroffen. Der Umgang mit Pflegebedürftigkeit hat in unserer Gesellschaft eindeutig Verbesserungsbedarf. Das Ideal von

Aktivität, Mobilität und Sorgenlosigkeit ist mit dieser Lebenssituation schwer zu vereinbaren. Deshalb muss sich nicht nur jeder und jede Einzelne mit dieser Situation auseinandersetzen, vielmehr ergibt sich daraus eine Verpflichtung für Staat, Gesellschaft und die Familien. Um die Rahmenbedingungen insgesamt weiter zu verbessern, benötigen wir dringend die Anerkennung, dass Handeln und Gestalten für Pflege eine Querschnittsaufgabe darstellt.

Die Zahl der Pflegebedürftigen beträgt derzeit 2,9 Mio. Menschen in Deutschland und wird bis 2035 auf rund 4 Mio. steigen. Dies führt zu Veränderungen in allen Lebensbereichen.

Das Thema Pflegebedürftigkeit muss individuell und gesellschaftlich mehr RELEVANZ bekommen.

In der Politik darf das Thema nicht in den Hintergrund geraten. Der Schwerpunkt wird vor allem auf der Finanzierung und den Strukturreformen liegen. In einer älter werdenden Gesellschaft müssen wir uns positiv fragen, was uns Pflege wert ist. Die Akzeptanz für höhere Beiträge ist in der Bevölkerung fast ausschließlich in diesem Bereich gegeben. Schon heute werden in der gesetzlichen Pflegeversicherung pro Jahr rund 38,5 Milliarden Euro an Leistungen ausgegeben.

Die Trägerstrukturen, also insbesondere die freigemeinnützigen Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, die Sozial-

verbände und Selbsthilfeinitiativen, aber auch die privaten Anbieter sind gefordert, diesen Prozess weiter mitzugehen. Es ist aber aufgrund der demographischen Entwicklung auch eine zivilgesellschaftliche Aufgabe. In unserer so heterogenen Gesellschaft ist eine „Gemeinschaftsaufgabe Pflege“ unbedingt erforderlich, damit die vielfältig vorhandenen guten Ideen nicht im Sande verlaufen.

In neun Schwerpunktbereichen wird es auch in Zukunft einen großen Handlungsbedarf geben, damit das anerkannte Ziel einer würdevollen Pflege auch im Alter gewährleistet werden kann. Es sind dabei insbesondere zu nennen:

1. Ambulante Pflege und stationäre Pflegeeinrichtungen müssen bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.
2. Ohne professionelle Pflege und damit einer deutlichen Verbesserung der Arbeitersituation sowie der Schaffung neuer Arbeitsplätze ist eine menschenwürdige Pflege nicht zu gewährleisten.
3. Wir benötigen den Ausbau von Entlastungsstrukturen, damit Pflege für alle Beteiligten würdevoll gestaltet werden kann.
4. Das System der gesetzlichen Pflegeversicherung nach dem Solidarprinzip hat sich bewährt. Es ist unabhängig davon aber über die Strukturen weiter nachzudenken, damit Bedarfsgerechtigkeit, Humanität und Effizienz miteinander vereinbar sind.
5. Eine besondere Rolle kommt nach wie vor aufgrund der realen Situation in der Pflege den pflegenden Angehörigen zu. Sie benötigen nachhaltige Unterstützungsstrukturen.

6. Die Wohnformen älterer Menschen müssen wie selbstverständlich Pflegegerechtigkeit in allen Wohn- und Siedlungsbereichen ermöglichen, da ein hoher Anteil aller Menschen auch zu Hause gepflegt werden will.
7. Neben der demographischen Entwicklung und der Migration ist die Digitalisierung eine der drei zentralen Herausforderungen für die Zukunft. Sie wird vor der Lebenssituation der Pflege nicht Halt machen. Wir müssen das Ziel der würdevollen Pflege und die Digitalisierung miteinander in Einklang bringen.
8. Unser Gemeinwesen lebt vom Ehrenamt. Das ehrenamtliche Engagement von Menschen ist ein unverzichtbarer Schatz. Wenn Pflegebedürftigkeit eine wesentliche Lebenssituation ist, dann muss auch in diesem Bereich das ehrenamtliche Engagement unterstützt und gestärkt werden.
9. Die Sterbebegleitung in den stationären Pflegeeinrichtungen muss weiter verbessert werden.

Aus diesen Grundsätzen und der Notwendigkeit zur Weiterentwicklung in der Pflege ergibt sich auch ein immerwährender Handlungsbedarf. Mit den bisherigen Reformen in der Pflege ist absolut noch kein Idealzustand erreicht.

Der Bereich Pflege unterliegt einer FORTWÄHRENDEN Weiterentwicklung und situationsangepassten Reformierung.

Ambulante Pflege und stationäre Pflegeeinrichtungen

Es ist unbestritten, dass der in der gesetzlichen Pflegeversicherung zu Recht festgehaltene Vorrang der ambulanten Pflege auch noch stärker mit Leben erfüllt wird. Doch die ambulante Pflege ist, wie die Versorgung in Rehabilitationseinrichtungen, weiterhin eine große „Baustelle“. Hier gibt es trotz der vorhandenen Regularien eine große Vielfalt, die nicht immer im Interesse der Pflegebedürftigen, ihrer Angehörigen und auch der Mitarbeiter genutzt wird. Deshalb muss es das erklärte Ziel sein, dass die Leistungskataloge in der ambulanten Pflege an die neuesten Pflegeerkennnisse endlich angepasst werden. Bei den Vergütungen ist es darüber hinaus wichtig, dass Preisentwicklungen und die gestiegenen Anforderungen der letzten Jahre entsprechend einbezogen werden. Zudem ist es ein dringendes Erfordernis, dass auch in der ambulanten Pflege der Zeitdruck weiter abgebaut wird. Für alle Beteiligten ist die Situation auf Dauer ansonsten nicht mehr hinnehmbar.

126.000 Menschen leben nach neuesten Zahlen im Freistaat Bayern in Pflegeheimen. Obwohl mehr als 70% aller pflegebedürftigen Menschen zu Hause gepflegt werden, bedeutet dies eine Steigerung in den letzten zehn Jahren um 50%. Grund dafür ist eine zunehmende Zahl an stationären Pflegeplätzen im Freistaat Bayern, die landesweit auf 136.000 angewachsen sind.

Die Pflegekritik ist in den letzten Jahrzehnten häufig gerade in der stationären Pflege, also in der Ausstattung der Pflegeheime, entstanden. Deshalb muss auch weiterhin alles unternommen werden, dass die Rahmenbedingungen auch in der stationären Pflege weiter ver-

bessert werden. Dazu bedarf es auch weiterhin einer intensiven Dialogkultur aller Beteiligten. Ein Insider beschreibt die Situation in der stationären Altenpflege wie folgt: „Zu viel Arbeit, zu wenig Personal, Zeitdruck, immer ‚unter Strom‘, Abarbeiten im Dauerlauf, würdeloses Abfertigen, keine Anerkennung, Berge von Überstunden, unzuverlässige Dienstpläne, immer müde.“ In meiner langjährigen parlamentarischen Tätigkeit ist für mich die Teilnahme an den 15 Jahre lang stattgefundenen Pflegestammtischen ein sehr beeindruckendes Erlebnis gewesen. Die Sorgen um eine gute Versorgung der Angehörigen, die Situation der Pflegenden und auch die Notwendigkeiten für die Träger haben dabei ein spannendes Klima erzeugt, aber auch immer wieder die Grundlage für Lösungen geschaffen. Ich würde mir wünschen, dass diese Pflegestammtische heute eine Wiederbelebung erhalten.

Nötig ist aber auch, dass wir in der Versorgung weitere Wege und neue Ansätze praktizieren. Es ist zu wünschen, dass alle benötigten Berufsgruppen in den stationären Pflegeeinrichtungen ihren Stellenwert erhalten und über sogenannte Gesamtversorgungsverträge abgesichert sind. Dies gilt insbesondere für die medizinische (ärztliche) Versorgung, aber auch für die Hauswirtschaft und weitere therapeutische Ansätze. Einer Verbesserung bedarf es auch insgesamt in der Behandlungspflege in den stationären Einrichtungen. Auch ist die Forderung, dass die Berechnung der Folgekosten von Investitionen, Preisentwicklungen und gestiegenen Anforderungen der letzten Jahre berücksichtigt werden muss und deshalb Anpassungen erforderlich sind, neben der Personalgewinnung eine vorrangige politische Aufgabe.

Die RAHMENBEDINGUNGEN in der stationären Pflege müssen für Patienten und Personal weiter verbessert werden.

Die Menschen in der Altenpflege

Gute und würdevolle Pflege setzt neben einer guten Aus-, Fort- und Weiterbildung vor allen Dingen ausreichendes Personal voraus. Wenn Träger klagen, dass der Personalmangel zur größten Herausforderung für die Gewährleistung einer guten, qualitativ hochwertigen pflegerischen Versorgung geworden ist, so ist dies eine durchaus begründete Beschreibung der Situation. Deshalb ist eines der Hauptziele, den Pflegeberuf und seine Rahmenbedingungen attraktiver zu gestalten. Aktuell sind knapp 1,1 Mio. Personen bei Pflegediensten und in Pflegeheimen beschäftigt. Mehr als 85% davon sind Frauen. Die Mehrheit des Personals, d. h. rund 70%, sind teilzeitbeschäftigt. Neben den 13.000 zusätzlichen Stellen, die von Bundesseite her sicherlich vorrangig eine Momentaufnahme darstellen, ist laut dem Koalitionsvertrag der entscheidende Punkt, dass es für die pflegenden Menschen über Tarifverträge eine anständige Bezahlung gibt. Auch wenn die Attraktivität eines Berufes nicht ausschließlich von der Vergütung abhängt, so ist doch die Definition über diese der zentrale Punkt. Dabei ist neben dem Ziel der Tarifbindung und dem Abschluss von Tarifverträgen mit guter Bezahlung eine generelle Diskussion über den Stellenwert sozialer und insbesondere pflegerischer Berufe in unse-

rer Gesellschaft notwendig. Dass das Gehalt in vielen Bank- und Dienstleistungsbereichen wesentlich höher ist als in der Pflege oder in anderen Sozialberufen, muss weiter verändert werden.

Eine bessere Bezahlung durch die verschiedenen Kostenträger gerade in der Pflege muss refinanziert werden. Deshalb ist die Pflegefinanzierung nach wie vor auch hinsichtlich der Personalsituation das zentrale Thema. Das Ziel sollte wie in der ambulanten Pflege auch sein, mehr Zeit für die eigentliche Hilfe zu haben. Dies bedeutet auch eine verlässliche Arbeitsplanung. Dazu ist eine Anhebung der Personalschlüssel in der stationären Pflege notwendig, auch wenn für Kostenträger und die Träger von Einrichtungen dies große Anstrengungen mit sich bringen wird. Es ist aber auch notwendig, in der Ausbildung die zusätzlichen Herausforderungen in der Pflege abzubilden und zu lösen. Dies bedeutet auch, dass durch die Reform der Pflegeausbildung die Zahl derjenigen, die in die Altenpflege gehen, weiter erhöht werden muss. Dazu wird es auch in Zukunft wieder erforderlich sein, dass interessierte und geeignete Personen aus anderen Berufsbereichen in die Pflegeausbildung gehen. Mehr als jede vierte Ausbildung zur Altenpflegekraft wurde als Umschulung gefördert. Dieser Weg muss weitergegangen werden, um ausreichend Personal gewinnen zu können.

Der Pflegeberuf muss ATTRAKTIVER werden.

Mit den Pflegestärkungsgesetzen des Bundes werden zusätzliche Betreuungskräfte finanziert, die den Alltag in der Pflege spürbar verbessern. Sowohl die Pflegebedürftigen als auch die Fachkräfte werden dabei unterstützt. Allein in der stationären Pflege wurden mittlerweile mehr als 60.000 Frauen und Männer als zusätzliche Betreuungskräfte für Verbesserungen im Pflegealltag angestellt. Dies ist weit mehr als eine Verdoppelung in den letzten fünf Jahren.

Die Pflegekräfte sind der wesentliche Bestandteil in der ambulanten wie der stationären Pflege. Deshalb ist es erforderlich, dass die Betroffenen „auf Augenhöhe“ mit den anderen berufsständischen Vertretungen im Gesundheitsbereich arbeiten können. Sie könnten damit auch einen ganz wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung der Qualität der pflegerischen Versorgung zum Wohle der Bürger einbringen. Ob dies mit dem jetzt auf Landesebene geschaffenen Konstrukt einer „Vereinigung der bayerischen Pflege“ gelingen wird, muss man abwarten. Es ist aber sicherlich keine überhöhte Forderung, wenn man sich mit einem größeren Teil der Verbände der Pflegekräfte für die Einführung einer Pflegekammer einsetzt. Eine starke Selbstverwaltung kann neben den Tarifvertragsparteien im Gehaltsbereich für die berufsständischen Interessen und die Fachlichkeit wie z. B. Ärzte- und Apothekerkammern einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Deshalb darf diese Diskussion im Interesse der Pflegenden, aber vor allen Dingen auch im Interesse der Pflegebedürftigen und der Pflegequalität nicht beendet werden.

Neben den schon genannten verbesserten Ausbildungsbedingungen auch im

Rahmen der Umschulung kommt auch der Pflege im Studium ein immer höherer Stellenwert zu. Die Studiengänge insbesondere in den Hochschulen für angewandte Wissenschaften beweisen, dass für eine professionelle Pflege und auch für die Attraktivität des Berufes weitere Studienplätze erforderlich sind. Deshalb ist ein Ausbau ebenso zu unterstützen wie die Schaffung von Lehrstühlen für Pflegewissenschaft an verschiedenen Hochschulen und Stipendiengelder für Studierende, die in der Pflegepädagogik tätig sind. Auch hier ist eine zusätzliche Personalgewinnung nämlich erforderlich.

Die Pflegekräfte brauchen eine starke berufsständische INTERESSENVERTRETUNG.

Reformbedarf in der gesetzlichen Pflegeversicherung

Neben den notwendigen und bereits erörterten Maßnahmen ist eine Weiterentwicklung der gesetzlichen Pflegeversicherung zu diskutieren. Der Beitragssatz in der gesetzlichen Pflegeversicherung beträgt 2019 3,05 % des Bruttoeinkommens (Beitragszahler ohne Kinder 3,3 %). Wenn zur weiteren Verbesserung in der Pflege der Bedarf und die zusätzlichen Mittel notwendig sind, so ist, wie schon erwähnt, mit einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung zu rechnen. Dies bedeutet aber auch, dass sich höhere Beiträge in der Qualität der Pflege bemerkbar machen müssen. Es kann eben-

so nicht sein, dass die Versicherungen und die Pflegebedürftigen allein immer stärker zur Kasse gebeten werden. Es muss deshalb über eine Mitfinanzierung durch Steuermittel nachgedacht werden. Es handelt sich schließlich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, und wir sind froh, dass die gesetzliche Pflegeversicherung, wie die anderen Sozialversicherungssysteme auch, nach dem Solidarprinzip aufgebaut ist. Dies bedeutet, dass nicht nur das individuelle Risiko maßgeblich ist, sondern die Solidargemeinschaft den Pflege- bzw. Krankheitsfall mit abdeckt.

Pflegekräfte beklagen häufig, dass die Pflegedokumentation einen nach wie vor zu hohen Anteil der Arbeitszeit einnimmt. Deshalb sind alle Modellversuche und Projekte, die eine einfachere Dokumentation zum Ziel haben, nachdrücklich zu unterstützen. Eine standardisierte Pflegedokumentation kann auch schlanker sein, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Die Entlastung für die Pflegenden wäre nicht unerheblich.

Die Kostensteigerungen, die sich auch in Zukunft nicht vermeiden lassen werden, müssen zu den schon beschriebenen Konsequenzen führen. Nach einer Berechnung des VdK liegt der Eigenanteil für Heimkosten im Bundesdurchschnitt bei 1.831,00 Euro pro Monat, der im Gegensatz zur Krankenpflege direkt an die Pflegebedürftigen weitergereicht wird.

Es geht aber bei der grundlegenden Reformdiskussion nicht nur um den finanziellen Rahmen, um Wirtschaftlichkeit, Qualität und Arbeitsbedingungen, sondern auch darum, möglicherweise immer noch zu starre Strukturen aufzubrechen. Die von Reformkräften geforderte Überwindung der bisherigen Tren-

nung in einen ambulanten und stationären Sektor, die Einführung des Prinzips „Wohnen und Pflege, Quartiersarbeit und Pflegeinfrastruktur“ müssen dabei weiter angegangen werden.

Die gesetzliche Pflegeversicherung bedarf weiterer REFORMMAßNAHMEN.

Entlastungsstrukturen und vorhandene Defizite

Wenn in der ambulanten Pflege Angehörige durch Urlaub oder Verhinderung Kurzzeitpflegeplätze benötigen, können diese häufig nicht zur Verfügung gestellt werden. Oft werden Anfragen nach Kurzzeitpflege deshalb abgelehnt. Eine Verbesserung des Angebots mit der entsprechenden Finanzierung, aber auch unkonventionelle Lösungen wie das Einstreuen von Kurzzeitpflegeplätzen müssen bei Berücksichtigung des regionalen Bedarfs hier als eine vorrangige Aufgabe gesehen werden. Die Bemühungen insbesondere auch des bisherigen Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung müssen auch in Zukunft weiter und endlich zu einem Ergebnis geführt werden.

Pflegende Angehörige

Rund 70 % der Pflegebedürftigen werden von ihren Angehörigen gepflegt. Dies ist eine bemerkenswerte Zahl. Die Pflegebedürftigen schätzen diese Dienste ihrer Angehörigen in der Regel sehr und sie sind unverzichtbar. Doch wurde außer einem ersten Schritt in der letzten

Pflegereform tatsächlich die Situation der pflegenden Angehörigen im System schon ausreichend berücksichtigt? Die vielfältigen Probleme der Betroffenen, die sich nunmehr erfreulicherweise im Freistaat Bayern auch stärker in die Diskussion einbringen, zeigt eher das Gegenteil. Deshalb ist es notwendig, die Wertschätzung für die humanen Dienste der pflegenden Angehörigen wesentlich stärker zu berücksichtigen, mehr Entlastung zu gewährleisten, sie in die Mitbestimmung in pflegerischen Strukturen besser einzubinden und auch in der Altersversorgung wirklich spürbare Schritte zu gehen. In einer sorgenden Gesellschaft, die unser christlich-soziales Ziel ist, geht es sowohl um Erziehung und Begleitung der Kinder als auch Hilfe und Pflege für die älteren Angehörigen. Deshalb ist eine langfristige Gleichstellung der pflegenden Angehörigen mit Eltern in der Erziehungsphase das Ziel. In der Altersversorgung und im beruflichen Bereich ist hierbei an den Stellenschrauben zu arbeiten.

Wohnen im Alter

Zwischen 80 % und 90 % der älteren Menschen wollen in ihrer angestammten Wohnumgebung bleiben. In der Planung für ein seniorengerechtes Quartiersmanagement und pflegegerechte Wohnungen ist diesbezüglich noch sehr viel zu tun. Sowohl in bestehenden Siedlungen als auch in Neubaugebieten müssen hier die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden. Selbsthilfeinitiativen zum Wohnen im Alter, gerade auch in München, haben hier vorbildlichen Charakter. In Wohngemeinschaften und alleinstehend mit pflege- und seniorengerechten Angeboten werden hier Modelle der Zukunft geschaffen, denen die Umge-

bung im Wohnbereich angepasst wird. Diese Wege müssen auch in der Wohnungsbauförderung zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die Menschen sollen so würdevoll gepflegt werden, wie sie sich das in der entsprechenden Umgebung vorstellen. Das Angebotspektrum muss die verschiedenen Leistungsbereiche, von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten über Angebote im betreuten Wohnen, in ambulant versorgten Wohngemeinschaften bis hin zur ambulanten und stationären Pflege, umfassen.

Das WOHNRAUMANGEBOT muss sich mehr auf den Bedarf im Alter ausrichten.

Digitalisierung und würdevolle Pflege

Bei der großen Sozialmesse im Freistaat Bayern, der ConSozial in Nürnberg, präsentierte der Caritas-Landesverband anlässlich der Themenschwerpunktsetzung der Digitalisierung im sozialen Bereich einen Pflegeroboter. Dieses zunächst ungewohnte Modell kann selbstverständlich auch zur Entlastung bei pflegenden Menschen beitragen. In asiatischen Ländern ist dies schon häufig der Fall. Wenn daraus ein Mehr an Zeit für die eigentliche Pflege entsteht, ist dieser Prozess zu begrüßen. Nicht positiv zu bewerten wäre allerdings, wenn diese Roboter die pflegenden Menschen komplett ersetzen würden. Entscheidend sind gerade in der Pflegesituation

auch die menschliche Zuwendung, das Wort und die persönliche Pflege. Deshalb muss dieser Prozess auch unter dem Gesichtspunkt einer würdevollen Pflege beurteilt werden.

Ehrenamt in der Pflege

Viele Menschen sind bereit, über den Familienkreis hinaus sich ehrenamtlich zu engagieren. Gar nicht selten wird dies aber gerade in stationären Einrichtungen gar nicht gewünscht, weil damit ein „geschlossener Betrieb“ nicht mehr gewährleistet werden könnte. Gerade angesichts des Personalmangels und der Zeitsituation sind aber die Besuchsperson, der Lesepate oder derjenige, der mit den Pflegebedürftigen in den Garten oder in die Grünanlagen geht, ein Highlight im Lebensalltag der zu Pflegenden. Dieses Handeln im Sinne der würdevollen Pflege sollte in der Praxis stärker ermöglicht und nicht blockiert werden. Es wäre eine echte Win-win-Situation.

Palliative Begleitung in stationären Einrichtungen

Erfreulicherweise – und hier gibt es in unserem Land weiterhin einen großen Handlungsbedarf – wurde durch den Gesetzgeber in der Sterbebegleitung der Hospiz- und Palliativbereich wesentlich gestärkt. Die Voraussetzungen für den Ausbau konnten so getroffen werden. Die ambulanten Hospizdienste nehmen in der häuslichen Pflege einen wichtigen Stellenwert ein, aber viele Menschen verbringen ihre letzte Lebensphase in Pflegeeinrichtungen und die Sterbebegleitung muss dabei noch besser ausgestaltet und gefördert werden. Jede stationäre Pflegeeinrichtung sollte auch ein gutes Hospiz- und Palliativangebot anbieten können.

Es braucht ein verstärktes Palliativangebot im **STATIONÄREN** Bereich.



/// JOACHIM UNTERLÄNDER

ist Vorsitzender des sozialpolitischen Ausschusses a. D. sowie Vorsitzender des Landeskomitees der Katholiken in Bayern, München.

Um eine würdevolle Pflege tatsächlich zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen in der Öffentlichkeit immer weiter diskutiert werden und Lösungen möglich sein. Dabei geht es nicht nur um Geld. Aber wir müssen definieren, was uns Pflege wert ist, und auch, wie die Qualität gestärkt und verbessert werden kann. Dies ist eine vorrangige politische Aufgabe auf allen Ebenen, im Bund, in den Ländern und vor allen Dingen auf kommunaler Ebene. ///

/// Augustinum Seniorenresidenzen

KALKULIERBARE PFLEGE IN DER EIGENEN WOHNUNG

MATTHIAS STEINER /// Das Augustinum setzt Maßstäbe. Nicht nur im Seniorenwohnen, wo das gemeinnützige Sozialunternehmen mit bundesweit 23 Häusern und rund 7.500 Bewohnern als führender Seniorenresidenz-Anbieter gilt, sondern auch in der Pflege, die das Augustinum seit der Eröffnung der ersten Residenz 1962 in München auf ganz besondere Weise betreibt.

Ambulant oder stationär. Das sind die beiden Formen, in denen in Deutschland ältere Menschen mit Pflegebedarf versorgt werden. Das Augustinum vereint in der Pflege in seinen bundesweit 23 Seniorenresidenzen die Vorzüge beider Systeme. Die Augustinum-Pflege ist ambulant, weil Bewohner mit Pflegebedarf nicht auf einer Station, sondern in ihrer eigenen Wohnung im Augustinum betreut und versorgt werden. Und zugleich ist die Pflege wie im stationären Modell 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag immer schon im Haus. Wer Unterstützung benötigt, muss also nicht warten, bis eine Pflegekraft mit dem kleinen Auto eines Pflegedienstes durch die Stadt flitzt und bei ihm angelangt ist. Dabei braucht nur ein kleinerer Teil der Bewohner in den Residenzen des Augustinum pflegerische Unterstützung. Von den gut 7.500 Menschen, die im Augustinum zuhause

sind, darunter mehr als 1.700 in den fünf bayerischen Häusern in Schweinfurt, Roth, Dießen am Ammersee, München-Neufriedenheim und München-Nord, benötigt nur jeder Fünfte regelmäßige Pflegeleistungen. Denn die Residenzen zielen auf Menschen, die ihr Alter als aktive Lebensphase in die Hand nehmen und gestalten wollen und daher meist schon in vergleichsweise jungen Jahren einziehen.

Die Augustinum-Residenzen vereinen die **VORZÜGE** aus ambulanter und stationärer Pflege.



Das Stammhaus des Augustinum in München-Neufriedenheim. Bundesweit sind in den Augustinum-Residenzen rund 7.500 Bewohner zuhause.

Private Wohnung mit den Annehmlichkeiten eines guten Hotels

Anders als im Pflegeheim, in das Menschen mit akutem Pflegebedarf gehen, der anderswo realistisch nur schwer abzudecken ist, und in dem die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Deutschland unter einem Jahr liegt, leben die Menschen im Augustinum im Schnitt gut zehn Jahre. Und dazu suchen sie ein Zuhause, das die Privatheit einer eigenen Wohnung mit den Annehmlichkeiten eines guten Hotels verbindet: dem 24 Stunden am Tag besetzten Empfang, dem hauseigenen Bewohnerrestaurant, Schwimmbad und Wellnessangeboten und vielem mehr, ergänzt durch ein breites Dienstleistungs-

angebot von der Betreuung durch den Bewohnerservice über die regelmäßige Appartementsreinigung bis zum Wäscheservice sowie ein ambitioniertes und abwechslungsreiches Veranstaltungsprogramm mit Vorträgen, Lesungen, Konzerten, Kino- und Theateraufführungen. Ein Angebot, das sich nicht nur die oberen Zehntausend leisten können, sondern jedem offensteht, der Vorsorge für sein Alter betreiben konnte. Die Preise, die die Wohnung, das tägliche Mittagessen, Appartementsreinigung, Betreuung und viele Veranstaltungen beinhalten, beginnen schon unter 1.100 Euro im Monat. Je nach Standort, Wohnungsgröße und Lage geht es natürlich auch höher.

Sicherheit durch den Pflegedienst im Haus

Die Pflege spielt für viele Bewohner lange Zeit nur eine untergeordnete Rolle. Zu Beginn, wenn sie sich für das Augustinum entscheiden, ist die Frage nach der Pflege eher eine Frage der persönlichen Sicherheit. Es ist beruhigend, zu wissen, dass man gut versorgt ist, wenn man einmal Pflege braucht. Zwischen durch genießen die Bewohner den Service, wenn sie eine Grippe haben oder anderweitig vorübergehend erkrankt sind und von den hauseigenen Pflegekräften betreut werden. Wenn dann doch ein dauernder Pflegebedarf entsteht, können sie sich auf die Versorgung in ihrer eigenen Wohnung im Haus verlassen, ohne den Verlust der gewohnten privaten Umgebung, ohne Umzug auf eine Pflegestation. So ergänzen sich die Vorteile aus beiden Systemen – ambulant und stationär – und bieten eine einmalige Sicherheit.

„Das Schöne ist, dass die Bewohner hier frühzeitig einziehen und viele Jahre bei uns wohnen. Wenn sie dann Pflege benötigen, haben wir sie schon kennengelernt. Das ist ein ganz anderes Verhältnis, als wenn jemand in einer Privatwohnung, wenn er Pflegebedarf hat, zum ersten Mal einem Pflegedienst begegnet. Im Augustinum haben wir da schon eine Verbindung und der Bewohner eine ganz andere Sicherheit, weil er über die Jahre gesehen hat, dass der Pflegedienst im Haus gut funktioniert“, berichtet Michael Broda, bis vor Kurzem Pflegedienstleiter im Augustinum Ammersee. Und Yvonne Schmutzler, Pflegefachkraft im Dießener Haus, ergänzt: „Wenn man die Bewohner im eigenen Zuhause pflegt, ist es viel einfacher, ein gutes Verhältnis aufzubauen. Die Menschen sind offener, man kann sich geben, wie man ist.“

Der Übergang in die Pflege kann HAUSINTERN einfach und problemlos erfolgen.

Sein Alter selbstbestimmt zu leben, dafür will das Augustinum den Rahmen bieten. „Sie entscheiden“, so lautet nicht umsonst der Slogan des Unternehmens, der auch in der Pflege seine Gültigkeit hat. „Ich finde es toll, darauf einzugehen, wie jemand sein ganzes Leben gelebt hat. Das beginnt schon damit, dass Bewohner, die gerne früh aufstehen, auch früh aufgesucht werden. Und wer Langschläfer ist, zu dem kommen wir später. Das ist alles sehr individuell. Wenn ich einmal Pflege brauche, dann fände ich es toll, wenn jemand so auf mich eingehen würde“, meint Angelika Diebel-Festner, Pflegefachkraft im Augustinum München-Neufriedenheim.

Versorgung in allen Pflegegraden in der eigenen Wohnung

Die Gewissheit, im Fall der Pflege in der eigenen Wohnung versorgt zu werden, ist für viele Bewohner bei ihrer Entscheidung für das Augustinum ein wichtiger Punkt. Denn während bei vielen Anbietern die ambulante Pflege endet, wenn intensivere Betreuung, insbesondere in der Nacht, nötig wird, bleibt im Augustinum das vertraute Zuhause erhalten. Selbst bei Pflegegrad 5 oder wenn eine 24-Stunden-Pflege mit engmaschigen Kontrollintervallen nötig werden sollte. Privatsphäre und Individualität bleiben so sicher erhalten. Auch persönliche Vorlieben und Pflege-

wünsche werden berücksichtigt, denn auch individuelle Wahlenleistungen sind möglich.

Vortübergehende Pflege im Krankheitsfall, Pflege in allen Pflegegraden, verschiedene tagesstrukturierende Angebote für Bewohner mit Demenz, die Betreuung in der eigenen Wohnung, der Apartmentservice, wenn der Weg ins hauseigene Restaurant zu weit geworden ist – alles zusammen ist die Sicherheit, die das Augustinum für den Fall der Pflege verspricht.

Sicher kalkulierbare Pflege durch den hauseigenen Solidarfonds

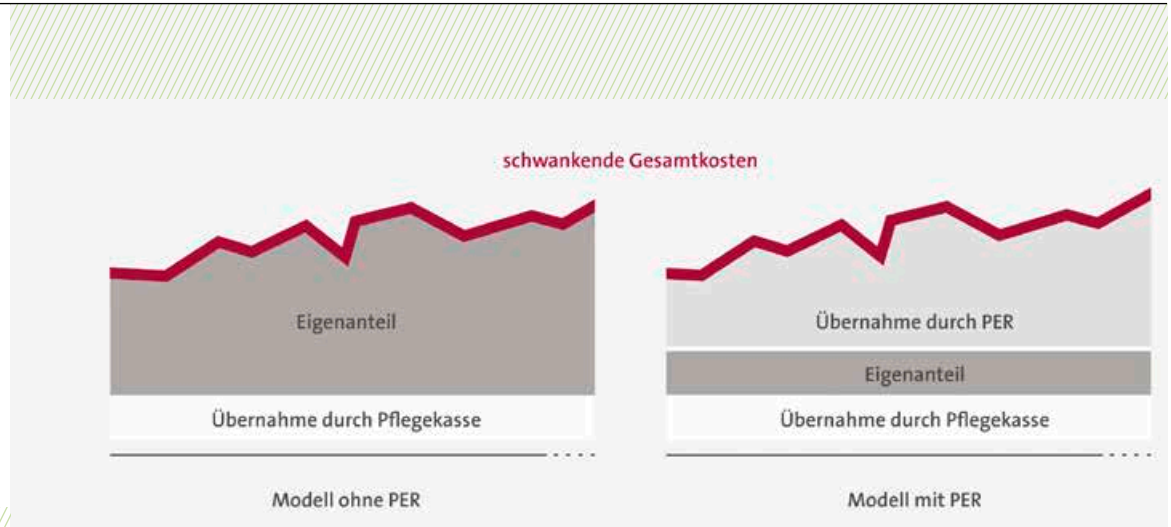
Ein weiterer Baustein ist ein Solidarfonds, der Pflegekosten sicher kalku-

lierbar macht. Während sich Menschen anderswo Sorgen um die Lasten machen, die zunehmender Pflegebedarf mit sich bringen kann, springt im Augustinum die hauseigene Pflegekosten-Ergänzungsregelung (PER) ein. Sie steht den Bewohnern einmalig beim Einzug offen, wenn sie noch keine Pflegeeinstufung haben – ohne Altersbe-

Das Augustinum bietet eine eigene PFLIEGEKOSTENVERSICHERUNG (PER) an.

Wer Pflege braucht, wird in den Seniorenresidenzen des Augustinum in allen Pflegegraden in seiner eigenen Wohnung versorgt.

Quelle: © Augustinum



Mit der PER bleiben die Kosten auf einen fixen Eigenanteil begrenzt. Das macht den Aufwand im Fall der Fälle kalkulierbar.

grenzung und ohne Gesundheitsprüfung. Für einen monatlichen Beitrag von aktuell 84 Euro übernimmt die PER nach einer Karenzzeit von zwei Jahren alle Kosten für notwendige körperbezogene Pflegeleistungen, die nach Abzug der Leistungen der Pflegeversicherung einen Eigenanteil von 500 Euro im Monat übersteigen.

Das heißt: Im Fall der Fälle zahlt ein Bewohner mit der PER maximal 500 Euro im Monat für notwendige körperbezogene Pflege. Was darüber liegt, übernimmt der Solidarfonds, ohne Obergrenze. Fast alle neuen Bewohner entscheiden sich beim Einzug für den Beitritt zur PER und das Modell ist seit seinem Start 1981, lange bevor die Pflegeversicherung eingeführt wurde, ein Erfolg.

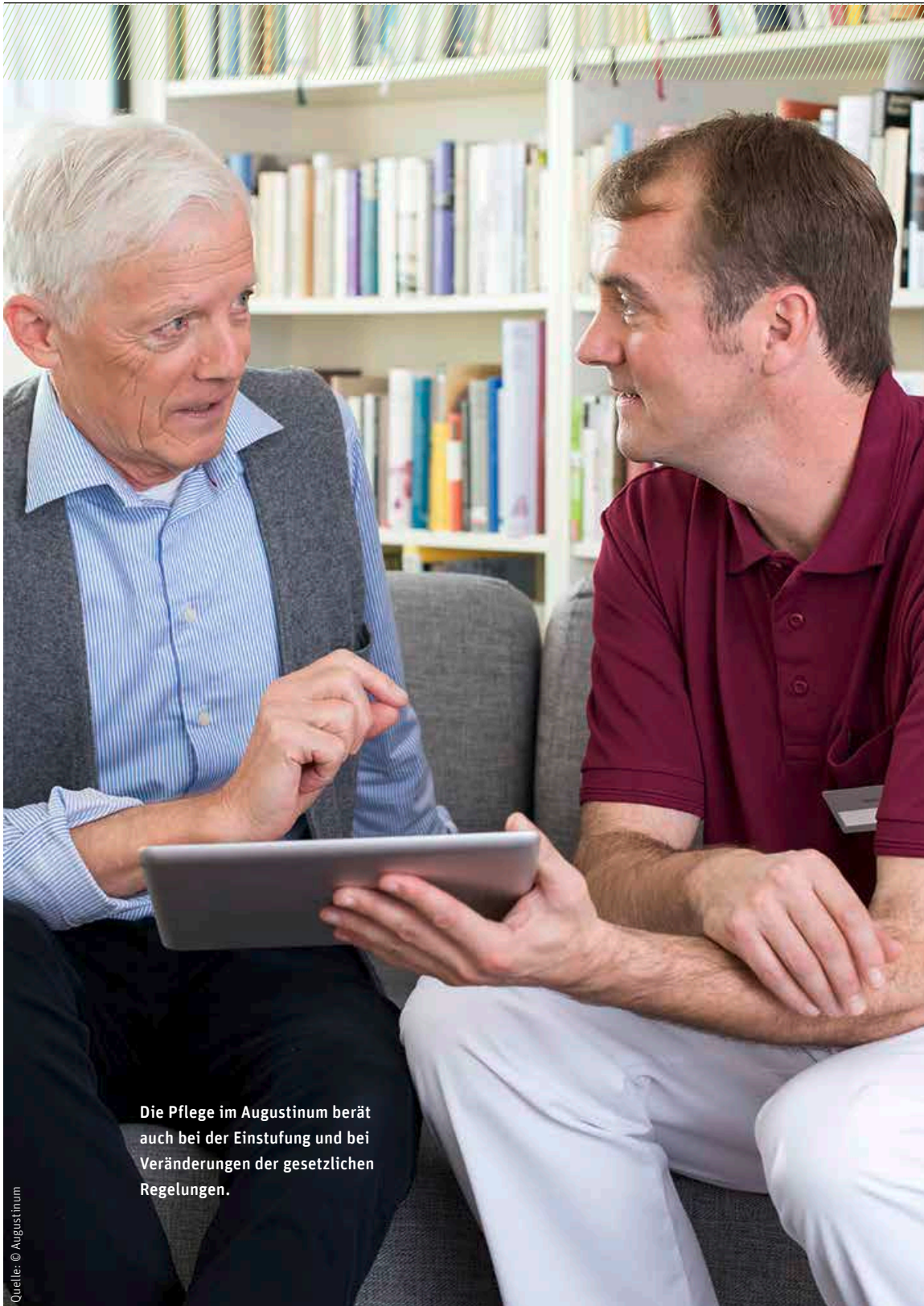
Individuelle Beratung im Dschungel der Pflegereformen

Sicherheit und individuelle Betreuung sind auch an anderer Stelle wesentliche Bausteine im Konzept des Augustinum. So berät die Pflege in den Seniorenresidenzen persönlich, wenn es um die Einstufung durch den Medizinischen

Dienst der Kassen für die Leistungen der Pflegeversicherung geht oder gesetzliche Änderungen Fragen aufwerfen. Das ist angesichts der zahlreichen Pflegereformen in den zurückliegenden Jahren oftmals schon ein Dschungel, in dem die Bewohner auf die Begleitung durch die Fachkräfte des Augustinum vertrauen können.

Weiterentwickelt wurde in den vergangenen Jahren auch die Betreuung von Bewohnern mit Demenz. Erste Treffpunkte, die tagesstrukturierenden Einrichtungen in den Häusern, wurden bereits umgestaltet, und die Mitarbeiter haben, intensiv begleitet durch besonders geschulte Fachleute, mit der Umsetzung des erneuerten Konzeptes in ausgewählten Pilotheusern begonnen. Angeboten werden Aktivitäten für Einzelne oder in der Gruppe wie Musik, Bewegung und Gedächtnistraining, aber auch Ruhephasen in farblich besonders gestalteten Räumen. Neu sind auch mobile Kochinseln, die von Tisch zu Tisch gefahren werden und es den Besuchern ermöglichen, bei der Zubereitung des Essens mitzuwirken.

Quelle: © Augustinum



Die Pflege im Augustinum berät auch bei der Einstufung und bei Veränderungen der gesetzlichen Regelungen.

Quelle: © Augustinum

Für **DEMENTE** Bewohner gibt es speziell entwickelte Konzepte.

Persönliche Betreuung auch im digitalen Zeitalter

Die persönliche Betreuung, die Begleitung je nach individuellen Wünschen und Bedürfnissen der Bewohner in allen Phasen des Alters ist das A und O im Augustinum. Und das wird sich auch in Zeiten der Digitalisierung nicht ändern. Zwar sind digitale Medien und Anwendungen für immer mehr Bewohner schon eine Selbstverständlichkeit, weshalb das Augustinum alle seine 23 Häuser und die einzelnen Wohnungen Zug um Zug mit schnellem Internet ausrüstet, und es werden auch zunehmend mehr digitale Geräte, zum Beispiel in der Pflegedokumentation genutzt. Aber das persönliche Engagement der Mitarbeiter, ob am Empfang, im Bewohnerservice, im Restaurant, in der Pflege oder in der Hausreinigung und Technik mit ihrer Aufmerksamkeit ist es, was ein Augustinum zum Zuhause macht.

Und das bleibt auch so, wenn in Zukunft weitere technische Systeme Einzug halten werden. Mit der Firma inHaus, einer Ausgründung des Fraunhofer Instituts, entwickelt das Augustinum derzeit Überlegungen, welche Assistenzsysteme das Leben in der Seniorenresidenz unterstützen können. Eine Notruffunktion am Telefon sowie Notrufknöpfe in Wohn- und Badezimmern in den Wohnungen gibt es schon lange. Für die Zukunft sind z. B. Sensoren im Fußboden angedacht, die nachts auto-

matisch das Licht anmachen, wenn ein Bewohner aus dem Bett aufsteht. Das vermeidet Stürze und trägt zur Sicherheit bei. Heizung, Fenster oder Musik über ein Tablet oder ein Smartphone zu steuern, kann auch nicht mehr so mobilen Bewohnern ein Stück Selbstbestimmung erhalten.

In der Pflege selber wird die Digitalisierung aber auch in Zukunft Pflegekräfte nicht verdrängen. „Technik kann die Pflegekräfte unterstützen, aber auf keinen Fall ersetzen“, so Augustinum-Geschäftsführer Johannes Rückert. (Siehe hierzu auch das Interview S. 36 ff.) „Aber der Vorteil ist: Durch die Unterstützung gewinnen wir Zeit, die wir dann wieder dem einzelnen Bewohner widmen können.“ Bewohner wie das Ehepaar Wierwille im Augustinum Bonn genießen dieses Konzept. Sie sind bewusst schon mit Ende 60 eingezogen. „Für mich war immer wichtig, dass wir nicht warten, bis uns die Umstände vielleicht zwingen, sondern den Umzug aus freien Stücken und sehr bewusst anzugehen. Das kann ich jedem nur empfehlen“, meint Heinrich Wierwille dazu. ///



/// **MATTHIAS STEINER**

ist Leiter der Augustinum-Unternehmenskommunikation in München.

Die Augustinum-Gruppe ist gemeinnützig und Mitglied im Diakonischen Werk der evangelischen Kirche. Neben den 23 Seniorenresidenzen betreibt das Augustinum zwei stationäre Pflegeeinrichtungen, vorwiegend für Menschen mit Demenz, die Klinik Augustinum München, eine Fachklinik für Innere Medizin mit angeschlossener Herzchirurgie, sowie die Pädagogischen Einrichtungen mit Frühförderstellen, Tagesstätten, Werkstätten, Förderbereichen, Wohngruppen, Schulen und Internaten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit geistiger und Mehrfachbehinderung, Hörschädigung und besonderem Förderbedarf.

Im Folgenden lesen Sie das Kurzinterview mit Dr. Johannes Rückert, dem Geschäftsführer der Augustinum Seniorenresidenzen:

Politische Studien: In den Seniorenresidenzen des Augustinum leben überwiegend Menschen ohne Pflegebedarf. Warum ist die Pflege trotzdem so wichtig?

Johannes Rückert: Die Pflege ist ein unverzichtbarer Bestandteil in unserem Konzept. Das Augustinum ist das Wohnen im Alter, in dem an alles gedacht und für alles vorgesorgt ist. Die Senioren ziehen im Augustinum ein und leben ihr Leben in aller Freiheit, nach ihren Wünschen und ihrem Geschmack. Und wenn sie mit der Zeit Unterstützung benötigen, erst einmal nur vorübergehend, später öfter und vielleicht einmal in größerem Umfang, dann sind unsere Mitarbeiter schon für sie da. Niemand von uns weiß, was die eigenen Altersjahre bringen. Aber im Augustinum wissen sie, dass für alles schon gesorgt ist.

Politische Studien: Wie unterscheidet sich die Pflege im Augustinum von der in einem Pflegeheim?

Johannes Rückert: Wir haben den Vorteil, dass wir, obwohl wir mit dem eigenen Dienst im Haus sind, als ambulanter Pflegedienst arbeiten. Das macht es, anders als in der stationären Pflege, leicht möglich, auch individuelle Leistungen anzubieten. Grundsätzlich gibt es deshalb nichts, was es im Augustinum nicht gibt. Viele Bewohner nutzen auch pflegerische Betreuungsmaßnahmen oder Hilfen bei der Haushaltsführung.

Politische Studien: Viele politische Reformen haben sich in den vergangenen Jahren mit der Absicherung für den Pflegefall beschäftigt. Welche Erwartungen haben Sie an die politisch Verantwortlichen?

Johannes Rückert: Ich wünsche mir manchmal, dass sich die Politik auch mit anderen Themen als mit der Pflege befasst. Die Zahl der älteren und alten Menschen in unserer Gesellschaft wächst seit Jahren massiv, und längst nicht alle sind pflegebedürftig. Natürlich entwickeln viele Menschen im Al-

ter Einschränkungen, bei denen man helfen muss. Aber ein gelingendes Leben im Alter braucht mehr als Pflege. Und ich finde es schade, dass der Lebensabschnitt Alter oftmals nur mit seinen Defiziten assoziiert wird. Vielleicht könnte man hier Angebote besser unterstützen, die nicht auf eine Refinanzierung durch Kranken- oder Pflegekassen setzen.

Politische Studien: Welche Angebote können das sein?

Johannes Rückert: Zwei vielleicht unerwartete Beispiele: Das Seniorenstudium ist aus meiner Sicht ein großartiges An-

gebot. Eine unserer Bewohnerinnen hat sogar mit über 80 Jahren noch eine Promotion abgeschlossen. Und viele Menschen um die 70 wollen heute arbeiten, auch wenn sie finanziell nicht darauf angewiesen sind. Hier erschließt sich mir nicht, warum man meint, wirtschaftlich unabhängige Rentnerinnen genauso vor Befristungen oder einer Scheinselbstständigkeit schützen zu müssen wie regulär Erwerbstätige. Wenn man das für Menschen jenseits der Rentengrenze erleichtern würde, würde es sicherlich deutlich mehr Angebote geben, in denen sich Ältere sinnvoll engagieren könnten. ///

Mit Anne Kremer-Hartmann, Geschäftsführerin der Augustinum Pflege, haben wir anschließend auch gesprochen:

Politische Studien: Die Bundesregierung strebt mit ihrer „Konzertierten Aktion Pflege“ an, Pflegekräfte besser und möglichst nach einem bundesweit einheitlichen Tarif zu bezahlen. Was halten Sie von diesem Ziel?

Anne Kremer-Hartmann: Das Augustinum zahlt seine Pflegekräfte nach den Arbeitsvertragsrichtlinien der bayerischen Diakonie, da sind wir im Vergleich mit anderen Arbeitgebern wirklich attraktiv für die Mitarbeiter. Wenn sich die Branche in diese Richtung entwickeln würde, wäre das durchaus zu begrüßen – Pflege ist eine qualifizierte und anspruchsvolle Arbeit, die eine entsprechende Vergütung verdient. Wobei Geld nicht alles ist, was einen guten Arbeitsplatz ausmacht, das zeigen Umfragen immer wieder.

Politische Studien: Was muss zu einem ordentlichen Gehalt noch dazukommen?

Anne Kremer-Hartmann: Wir setzen im Augustinum sehr auf die laufende Fort- und Weiterbildung und damit verbunden auf die Möglichkeit, sich im Unternehmen für weitere Aufgaben zu qualifizieren. Auch der Zusammenhalt, die Zusammenarbeit im Team ist ein wichtiger Faktor. Coaching und Supervision unterstützen dabei laufend. Und sehr flexible Teilzeitmodelle helfen, Arbeit und Familie zu verbinden. Das ist für viele Mitarbeiter ganz entscheidend.

Politische Studien: Gelingt es Ihnen, ausreichend Pflegekräfte zu finden?

Anne Kremer-Hartmann: Im Wesentlichen ja, aber auch wir spüren natürlich

die angespannte Situation, vor allem in den Ballungsräumen. Dabei profitieren wir von Empfehlungen der eigenen Mitarbeiter. Wir bemühen uns, wenn jemand aus einer anderen Stadt ins Augustinum kommt, um eine Unterbringung zumindest für den Start. Das hilft schon viel weiter. Und so haben wir viele Kräfte, die lange, oft über Jahrzehnte, bei uns bleiben. Und so manchen, der als Freiwilliger im Sozialen Jahr angefangen und dann eine Ausbildung gemacht hat und heute als Pflegedienstleitung arbeitet.

Politische Studien: Was erwarten Sie sich, gerade im Blick auf den Fachkräftemangel, von der Politik?

Anne Kremer-Hartmann: Eine Hilfe wäre es, wenn die Berufspraxis von Hilfskräften in der Pflege leichter als bisher für die Anerkennung als Fachkraft genutzt werden könnte. Viele haben über die jahrelange Praxis so viel Erfahrung und zusätzliches Wissen über Fortbildungen gesammelt, dass es tatsächlich keinen Unterschied im Fachwissen gibt. Hier eine erleichterte Anerkennung zu bekommen, würde der Gewinnung von Fachkräften helfen, und die spätere Aufstiegsmöglichkeit wäre eine deutliche Motivation auch für den Einstieg als Hilfskraft. Ohne dass dadurch irgendein Abstrich an der Qualität der Pflege zu befürchten wäre. ///

/// Wege aus dem Notstand

WAS DIE PFLEGE BRAUCHT

CHRISTINE FIEDLER /// **Pflegenotstände treten zyklisch auf, stellte Eduard Seidler bereits 1996 fest¹. Der heutige ist also nur einer von vielen und wird, wenn nicht ernsthaft an den Problemen gearbeitet wird, nur einer von weiteren sein. Ein Blick in die Vergangenheit offenbart die Versäumnisse und die Chancen für die Zukunft.**

Die Attraktivität des Pflegeberufes

Mit welchen Mitteln der Pflegeberuf attraktiver gemacht werden kann ist gegenwärtig eine häufig diskutierte Frage. Diese Fragestellung impliziert allerdings, dass der Beruf unattraktiv ist. Aber trifft das überhaupt zu? Viele Angehörige dieses Berufsstandes sind vielmehr der Ansicht, dass der Pflegeberuf facettenreich, anspruchsvoll sowie praktisch und theoretisch ist. Er bietet unterschiedlichste Karrieremöglichkeiten und ist nicht zuletzt sinngebend und sinnstiftend. Auf der 40. Jahrestagung der „Fortbildung für Pflegende“ 2018 in Kassel meldeten sich junge Berufsanfänger selbst zu Wort und präsentierten ihre Vision von Pflege. Sie betonten, Pflege sei ein wundervoller Beruf, der stolz mache. Sie stellten jedoch auch fest, dass über ihn zu einseitig und meist nur in einem negativen Kontext berichtet wird.²

Für die meisten Pflegenden ist ihr Beruf **ATTRAKTIV** und anspruchsvoll.

Die weit verbreitete Meinung unter den Pflegefachkundigen lautet, dass nicht der Beruf unattraktiv ist, sondern die Arbeitsbedingungen. Dazu zählen die schlechte Bezahlung, die schwierigen Arbeitsbedingungen und ein ungünstiger Betreuungsschlüssel. Diese drei Themen sind genauso alt wie der moderne Pflegeberuf selbst.

Tradition der Pflege

Pflege wurde in Deutschland lange Zeit als eine Art christlicher Liebesdienst angesehen. Religiös gebundene Schwestern



Quelle: Rob/Fotolia.com

Wir brauchen eine Akademisierung der Pflegeausbildung in Deutschland.

und Brüder waren einem Mutterhaus angeschlossen, erhielten für ihren Dienst ein Taschengeld, trugen eine einheitliche Tracht und wurden mit dem Titel „Schwester“ oder „Bruder“ angesprochen.³ Selbst nicht religiöse Organisationen übernahmen diese Strukturen. So galt bis in die 1970er-Jahre für die unverheirateten ausgebildeten (weiblichen) Pflegenden die Residenzpflicht in einem Schwesternwohnheim – für Schüler teil-

weise bis in die Mitte der 1980er-Jahre. Die Bezeichnung Schwester hat bis heute ihre „Gültigkeit“.

Eine professionelle Ausübung des Berufes ohne Bindung an einen Orden oder eine Organisation war bis Anfang des 20. Jahrhunderts nicht möglich. Die ersten freien professionellen Pflegenden wurden als „wilde Schwestern“ bezeichnet und waren wenig geachtet, da die Bezahlung von pflegerischen Leistungen als

Entweihung angesehen wurde. Selbst wenn es heute nicht mehr anrühlich ist, Geld für pflegerische Leistungen zu erhalten, ist oft zu lesen, dass Pflege zu teuer ist. In Deutschland zahlen wir heutzutage bei einem professionellen Friseur mindestens 18 € für Waschen und Föhnen. Für das Waschen und Trocknen der Haare und / oder Herrichten der Tagesfrisur durch einen ambulanten Pflegedienst werden laut vertraglicher Vereinbarung zwischen Kostenträgern und Pflegediensten 100 Punkte vergütet. Dies entspricht ca. 5,86 Euro. Für eine Ganzkörperwäsche werden 250 Punkte, also ca. 14,65 €, angesetzt.

Die professionelle Pflege entstand im deutschsprachigen Raum aus dem CHRISTLICH-RELIGIÖSEN Bereich.

Die aktuelle Diskussion über die Pflegepersonalbemessung hat ebenfalls eine lange Tradition. Schon 1861 schrieb das Augsburger Anzeigebblatt: „Die Klagen beziehen sich hauptsächlich auf den Anfang [...], wo für 100 Kranke 9 Pflegerinnen, 3 Kandidatinnen und 1 Wärter aufgestellt waren. Es ist fast nicht möglich gewesen, dass diese Leute die Krankenpflege gleich so wie es wünschenswerth gewesen wäre, versahen.“ Auch wenn eine nähere Differenzierung dem Artikel nicht zu entnehmen ist, so kann angenommen werden, dass diese Personalbesetzung für 24 Stunden galt. Unter der Annahme, dass 2 Pflegenden im Nachtdienst arbeiteten, ergibt sich ein

Personalschlüssel von 1:50. Bayern war das erste Bundesland, das einen Personalschlüssel für den Nachtdienst in Pflegeheimen vorgeschrieben hat. Damit sind alle Einrichtungen in Bayern gehalten, ab Juli 2015 wenigstens einen Pflegenden für 30 bis maximal 40 Pflegebedürftige vorzuhalten. In der soeben verabschiedeten „Verordnung zur Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensiblen Bereichen in Krankenhäusern“⁴ wird z.B. als Untergrenze für den Nachtdienst in der Geriatrie und Unfallchirurgie 1:20 und in der Kardiologie 1:24 festgelegt.

Nimmt man die Quelle von 1861 als Referenz, dann hat sich der Betreuungsschlüssel halbiert. Allerdings haben sich in den vergangenen 157 Jahren andere Variablen wie die Multimorbidität, die Lebenserwartung und der medizinische und pflegerische Anspruch grundsätzlich verändert. Hinzu kommt, dass die Verweildauer im Krankenhaus sich erheblich reduziert hat. In den Pflegeheimen hat sich das Eintrittsalter und die Pflegebedürftigkeit erhöht. Der Ansatz, nur über reine Zahlenvorgaben bei der Mindestbesetzung auszugehen, ist deshalb zu kurz gegriffen. Es sollten vielmehr Maßnahmen implementiert werden, die zu einer spürbaren Qualitätsförderung und maßgeblichen Steigerung der Lebensqualität Pflegebedürftiger beitragen. Nur an diesem Maßstab soll-

Die QUANTITÄTSSTEIGERUNG des Pflegepersonals muss einhergehen mit der Qualitätssteigerung.

te das benötigte Personal bemessen werden. Zu bedenken gilt zudem, dass die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten positiv mit der Pflegepersonalausstattung korreliert.⁵

Pflegepersonal – um welchen Preis?

Im Fokus der Diskussion über die Zukunft der Pflege steht nahezu ausschließlich die Steigerung der Quantität des Personals. Der Rückschluss, dass eine quantitative Erhöhung des Pflegepersonals einen positiven Effekt auf die pflegerische Versorgung hat, ist zulässig, aber nur, wenn gleichzeitig die Qualität des Pflegepersonals und damit deren Ausbildungsgüte berücksichtigt werden. Diese Diskussion wird bislang jedoch kaum geführt. Vielmehr wurde nach einer bekannten Firmenpleite im Einzelhandel, von der überwiegend weibliche Beschäftigte betroffen waren, die Empfehlung ausgesprochen, diese Personen für die Pflege zu gewinnen. Auch jüngere Diskussionen gehen in diese Richtung, wonach zum Beispiel Flüchtlinge in der Pflege ausgebildet werden sollen, um den pflegerischen Notstand zu reduzieren.

Grundsätzlich gilt zu fragen, ob dies eine würdige Diskussion für die Pflegebedürftigen und das professionelle Pflegefachpersonal ist. Tatsache ist: Wir brauchen Personen für die Pflege – aber wirklich um jeden Preis? Nicht, wenn dieser Preis von den Arbeitskräften und den pflegebedürftigen Menschen bezahlt werden soll. Wer sich für den Pflegeberuf entscheidet, braucht als Grundvoraussetzung Empathie im Umgang mit anderen Menschen, Freude an diesem Beruf, verbunden mit einer qualitativ guten Ausbildung und dem Willen, sich fortzubilden. Eine Notlage ist keine Entscheidungsgrundlage für den Pflegeberuf.

Die Akquisition von ausländischem Pflegefachpersonal folgt ebenfalls keiner nachhaltigen Strategie. Bereits in den 1960er- und den 1980er-Jahren wurden ausländische Pflegenden angeworben. Diese Anwerbungen waren, wie wir heute wissen, langfristig ohne Effekt. Deutschland ist nicht das einzige Land auf der Suche nach Pflegefachpersonal. Nahezu jede etablierte oder aufstrebende Industrienation kann den Bedarf selbst kaum decken. Insbesondere in den asiatischen Ländern beginnt gerade erst der Aufbau von Systemen der Langzeitpflege, so dass der Bedarf an Pflegepersonal dort stark ansteigen wird.⁶ Die WHO schätzt, dass bis 2030 weltweit weitere neun Millionen Pflegefachpersonen und Hebammen benötigt werden.⁷

Eine NOTLAGE ist keine Entscheidungsgrundlage für den Pflegeberuf.

Pflegen kann nicht jeder

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass Pflege sprachlich einst einen anderen Wert hatte. In der Zeitschrift *Krankenpflege* aus dem Jahr 1886 gibt es eine mehrteilige Abhandlung unter dem Titel „Die vornehme Kunst Kranken zu pflegen“. Die Maxime scheint heute vielmehr zu lauten: „Pflegen kann jeder“. Wenn dies so wäre, gäbe es keine Pflegesandale. Pflegesandale entstehen nicht nur durch Personalmangel, sondern auch und besonders durch unmoti-

viertes sowie schlecht oder nicht ausreichend ausgebildetes Personal. Pflege mit Kunst zu verbinden, erscheint heute nahezu absurd.

Florence Nightingale, die Begründerin der modernen Krankenpflege, hat dies wunderbar formuliert: „Krankenpflege ist keine Ferienarbeit. Sie ist eine Kunst und fordert – wenn sie zur Kunst werden soll – eine ebenso große Hingabe, eine ebenso ernste Vorbereitung wie das Werk eines Malers oder Bildhauers, denn was bedeutet die Arbeit an einer toten Leinwand oder kaltem Marmor im Vergleich zu der am lebendigen Körper, dem Tempel für den Geist Gottes?“ Sie führt weiter aus: „Krankenpflege ist eine der schönsten Künste, fast hätte ich gesagt, die schönste aller Künste.“ Wenn gleich heute die Mehrheit Pflege nicht als Kunst betrachtet, fasst sie das Wesen der Krankenpflege doch treffend zusammen, denn für die Pflege gilt das gleiche wie für das Malen: Ein Bild malen kann jeder, aber nur wenigen ist es vorbehalten, ein Kunstwerk zu schaffen. Gerade an den Kunstwerken wird allerdings das Malen gemessen. Um ein Kunstwerk zu schaffen, benötigt der Maler solides Handwerk. Kunst ohne Handwerk gibt es nicht. Selbst der talentierteste Maler muss die Grundprinzipien kennen und beherrschen.

Mehr Qualität im Pflegeberuf

Umso erstaunlicher ist, dass Bildung im Pflegeberuf, speziell in Deutschland, nur zu einem gewissen Grad erwartet oder gefordert wird. Ein Studium der Pflege wird als Luxus und neumodische Erscheinung betrachtet. 2012 war in der Frankfurter Allgemeine zu lesen, dass vor einer akademischen Ausbildung für

In DEUTSCHLAND fehlt die Akademisierung der Pflegeausbildung.

Pflegende gewarnt wird.⁸ Dabei ist Deutschland eines der letzten Länder der Welt, in denen die Grundausbildung von Pflegefachpersonen nicht an einer Hochschule stattfindet.

Die internationale akademische Pflege hat eine über 111-jährige Tradition. Bereits 1907 wurde in New York der erste Lehrstuhl für Pflege geschaffen. 1911 eröffnete die „Hochschule für Frauen zu Leipzig“ ihre Pforten. In dieser gab es eine Abteilung für Krankenpflege und sie darf somit als erster Versuch gelten, die Krankenpflege in Deutschland auf ein akademisches Niveau anzuheben. Bedauerlicherweise fiel diese Hochschule der Nachkriegsrezession zum Opfer. „Die Weiterqualifizierung einer krankenpflegerischen Elite über ein Hochschulstudium war damit gescheitert“,⁹ resümiert Christoph Schweikardt. Es lässt sich nicht erahnen, welches Wissen uns durch die Schließung der Hochschule verloren ging und unentdeckt blieb.

Ist das Studium der Pflege wirklich ein Luxus? Innovationen, neue pflegerische Konzepte, Lösungen für die Zukunft und Persönlichkeiten fallen nicht vom Himmel, auch nicht in der Pflege. Die Profession Pflege hat einen eigenen Wissenskörper und dieser ist weitgehend unerforscht. Erst Anfang 2000 setzte man sich erstmalig pflegewissenschaftlich mit dem Thema Bettlägerigkeit auseinander. Ein Resultat der Studie war, dass Bettlägerigkeit meist das

Ergebnis eines Prozesses ist, dem mehrere entscheidende Ereignisse vorzugehen. Sie kann vermieden werden, wenn diese Ereignisse verhindert werden. Ein weiteres Ergebnis war, dass Betroffene sich entschließen, im Bett liegen zu bleiben, wenn z. B. der Transfer vom Bett zum Stuhl zu schlecht ist. Die Interviewten äußerten hierzu: „Das ist so ein Gezerre.“¹⁰ Das legt die Vermutung nahe, dass durch einen unfachlichen Transfer eine Bettlägerigkeit provoziert wird. Die Studie zeigt weiter, dass die Kompetenz und die Einstellung der Pflegenden wesentliche Faktoren darstellen, um der Entwicklung von Bettlägerigkeit entgegenzuwirken. Neben dem Verlust der Lebensqualität durch eine Bettlägerigkeit führt diese letztendlich auch zu höheren Kosten. Hochqualifizierte Bildung zahlt sich somit auch in der Pflege aus.

Verstärkte Handlungsautonomie des Berufsstandes

Ein Grund, warum der Beruf seine Potenziale bislang nicht ausschöpfen kann, ist die begrenzte Handlungsautonomie der Pflegenden in Deutschland. Damit ist nicht gemeint, dass Pflegenden ärztliche Tätigkeiten übernehmen sollen. Vielmehr soll eine größere Autonomie Pflegefachpersonen in die Lage versetzen, die Leistung der Pflege eigenständig zu ermöglichen. Wird beispielsweise ein Spezialbett zur Dekubitusprophylaxe benötigt, das aus Sicht der Pflegefachkunde notwendig erscheint, muss dies in Deutschland von einem Arzt angeordnet werden. Gleiches gilt für die letztendliche Feststellung einer Pflegebedürftigkeit. Die Überleitungspflege, heute bekannt als Entlassmanagement, führten Pflegenden über 30 Jahre hinweg selbst- und eigenständig durch. Seit dem

1. Oktober 2017 ist das Entlassmanagement für Krankenhäuser gesetzlich vorgeschrieben und obliegt nun der Verantwortung von Medizinern.

Die **HANDLUNGSAUTONOMIE** der Pflegefachpersonen muss gestärkt und erweitert werden.

Bereits 2007 wurde im Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen postuliert: „In Zukunft sollte die Pflege eigenständig erstens den pflegerischen Bedarf einschätzen, zweitens Verantwortung für die Durchführung der Pflege tragen, und drittens die Überprüfung der Resultate der pflegerischen Versorgung übernehmen.“¹¹ Ein beschriebener Handlungs- und Entscheidungsspielraum gibt Orientierung, verhindert Versorgungslücken und führt letztendlich zur Reduzierung von Stress bei den Pflegefachkundigen. Es ist eine Ressourcenverschwendung, die fachliche Expertise der Pflegekundigen nicht zu nutzen. Ein Beruf, der mit Verantwortung und Selbstbestimmung ausgestattet wird, ist zudem attraktiver.

Ansatzpunkte für eine verbesserte Pflege

Eine angemessene Vergütung, ein leistbares Verhältnis der Pflegebedürftigen zu den Pflegenden und die Güte der Arbeitsbedingungen im Ganzen sind die Grundlage für eine nachhaltige Reform

im Pflegewesen. Gleichsam bedeutend sind ein Wandel in der Wertschätzung, in der Bildung und in der begrenzten Handlungsautonomie. Denn ohne diese werden alle Initiativen erfolglos bleiben.

Veränderungen für den Pflegeberuf müssen aus der Profession Pflege selbst hervorgehen. Dazu benötigt der Beruf eine Selbstverwaltung, Autonomie in der Gestaltung des Berufs sowie die Mitwirkung bei Gesetzgebungsverfahren, um die wichtigsten Punkte aufzuführen. Die pflegerische Kompetenz und Verantwortung müssen für alle transparent sein. Die Lösungen des Pflegenotstandes sind multifaktoriell. Es gilt, ernsthaft und nachhaltig an diesen zu arbeiten sowie „Hausaufgaben“ in vielen Bereichen zu erledigen. Exemplarisch seien genannt:

Für die Angehörigen der Berufsgruppe

Diese sollten selbstbewusster ihr Anliegen vertreten oder sich vertreten lassen und sich zu einem lebenslangen Lernen verpflichtet.

Für die Gesellschaft

Den zweitgrößten Beitrag neben der Berufsgruppe trägt die Gesellschaft. Die Meinung dieses Kollektivs prägt das Bild, welche Pflege erwünscht wird und welche letztendlich Pflegebedürftige empfangen werden. Weiterhin muss die Gesellschaft anerkennen, dass Pflegebe-

dürftigkeit eine lebenswerte Lebensform ist und dass diese als solche gestaltet werden muss. Den Betroffenen und den Pflegenden ist respektvoll zu begegnen.

Für die Pflegewissenschaft

Es gilt, Grundlagenwissen zu erforschen sowie evidenzbasierte Pflegehandlungen und Hilfsmittel zu entwickeln. Weiter müssen Pflegestatistiken sowie Kennzahlen generiert werden, um fundierte Personalbemessungsverfahren und Qualitätsstandards zu erstellen.

Für die Politik

Sie hat für die Voraussetzung der Autonomie des Berufsstandes zu sorgen. Sie muss die Vorgaben erstellen, um leitende Positionen in Ministerien, Ämtern sowie Institutionen, in denen Pflege stattfindet oder gestaltet wird, nur mit Personen zu besetzen, die über ein Pflegestudium verfügen. Unablässig dazu ist die Schaffung von pflegewissenschaftlichen Lehrstühlen an Universitäten, die mit Pflegewissenschaftlern zu besetzen sind.

Für die Arbeitgeber und Gewerkschaften

Ihr Auftrag ist die Gestaltung von Arbeitsbedingungen, die eine qualitativ hochwertige Pflege und eine ausgewogene Work-Life-Balance ermöglichen. Eine Grundlage dafür sind Tarife und deren Bindung für alle pflegerischen Sektoren sowie eine höhere Vergütung für den Nachtdienst, die Wochenenden und die Feiertage. Pflegekräfte, die sich weiterqualifizieren und Verantwortung übernehmen, müssen eine deutlichere monetäre Aufwertung erfahren.

Die Pflege, die wir heute säen, werden wir morgen ernten, und das Resultat wird jeden betreffen. ///

Der Sektor Pflege verdient den **GESELLSCHAFTLICHEN** Respekt.



Dieses Bild zeigt einen Stempel mit einer Bettschüssel. Der Stempel wurde exklusiv für die Studierenden der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth angefertigt und folgender Text begleitet ihn:

Warum ausgerechnet eine Bettschüssel? Nun, das Design der Bettpfanne hat sich im Laufe der letzten 500 Jahre kaum verändert. Woran liegt das? Innovationen und Entwicklungen fallen nicht vom Himmel. Es braucht Pflegende, die neue Ideen kreieren, entwickeln und umsetzen – denn die Zukunft der Pflege liegt in einer innovativen Gestaltung. Die Grundlage hierfür ist das Studium der Pflege. In diesem werden Pflegende befähigt, sich wissenschaftlich mit dem Gegenstand Pflege auseinanderzusetzen.

Pflegewissenschaft ist daher kein Luxus, sondern die Voraussetzung für eine effektive, effiziente und qualitativ hochwertige Pflege. Pflegewissenschaft hat den Auftrag, das Wissen für die Pflegepraxis zu erweitern, mit dem Ziel, die Pflegequalität und somit die Lebensqualität der Pflegebedürftigen zu erhöhen. Die Bettschüssel auf dem Stempel ist sozusagen ein Denkmal, das zeigen soll, dass sich Pflege ohne pflegewissenschaftliche Erkenntnisse nicht weiterentwickelt. Gleichzeitig ist der Stempel ein Mahnmal. Dieser soll die professionell Pflegenden daran erinnern, dass wir unserem Beruf in Form von Wissen selbst einen Stempel aufdrücken müssen.



/// PROF. DR. CHRISTINE FIEDLER
BScN, MScN

ist Professorin für Pflegewissenschaft an der Wilhelm Löhe Hochschule Fürth.

Anmerkungen

- ¹ Seidler, Eduard: Geschichte der Pflege des kranken Menschen, Stuttgart 1966.
- ² <https://www.bbraun-stiftung.de/de/serviceneersroom/40--fortbildung-fuer-pflegende-.html>, Stand: 11.11.2018.
- ³ http://www.pflegeportal.ch/pflegeportal/pub/vortrag_braunschweig_1410_1.pdf, Stand: 25.10.2018.
- ⁴ Bundesgesetzblatt Jahrgang 2018 Teil I Nr. 34, ausgegeben: Bonn, am 10.10.2018.
- ⁵ Augurzky, Boris / u. a.: Die Zukunft der Pflege im Krankenhaus, Materialien, Heft 104, hrsg. vom Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, 2016.
- ⁶ <https://www.dbfk.de/de/presse/meldungen/2018/5433624509.php>, Stand: 25.10.2018.
- ⁷ <https://afro.who.int/news/nursing-now-campaign-empower-and-support-nurses-meeting-21st-century-health-challenges>, Stand: 23.10.2018.
- ⁸ <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/akademiker-in-der-pflege-mit-masterstudium-ans-krankenbett-11855116.html>, Stand: 30.10.2018.
- ⁹ Schweikardt, Christoph: Die Entwicklung der Krankenpflege zur staatlich anerkannten Tätigkeit im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Das Zusammenwirken von Modernisierungsbestrebungen, ärztlicher Dominanz, konfessioneller Selbstbehauptung und Vorgaben preußischer Regierungspolitik, München 2008, S. 162.
- ¹⁰ Zegelin, Angelika: Festgenagelt sein, Bern 2013, S. 214.
- ¹¹ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/063/1606339.pdf>, Stand: 4.11.2018

/// Serviceteil

ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER FÜR PFLEGEBEDÜRFTIGE UND PFLEGE- PERSONEN

Nachfolgendes Adresskompendium soll einen Überblick über wichtige Fachstellen und Ansprechpartner geben, um schnell und komprimiert erste Ansatzpunkte zur Information sowie weiterführende Hinweise zu erhalten. Es wurde freundlicherweise von Prof. (Univ. Lima) Peter Bauer, dem kommissarischen Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, erstellt.

Beratung

Für alle gesetzlich versicherten Pflegebedürftigen gibt es mit dem **Pflegeservice Bayern** eine telefonische Erstanlaufstelle zu allen Fragen rund um die Pflege unter der Telefonnummer 0800 77 2 11 11 oder im Internet: www.pflegeservice-bayern.de

Gesetzlich versicherte Pflegebedürftige und deren Angehörige haben gegenüber ihren Pflegekassen einen gesetzlichen Anspruch auf individuelle Pflegeberatung, auf Wunsch auch in der häuslichen Umgebung. Dafür stehen Pflegeberater zur Verfügung.

Privat versicherte Patienten wenden sich mit Fragen rund um das Thema Pflege an ihre Krankenversicherung oder private Beratungsangebote, z. B. über die Inter-

netseite www.pflegeberatung.de oder die **Compass Pflegeberatung GmbH** unter der Telefonnummer 0800 101 88 00 oder im Internet: www.compass-pflegeberatung.de

Pflegestützpunkte und Fachstellen für pflegende Angehörige bieten eine kostenlose Beratung zu allen Themen rund um die Pflege und stehen allen Bürgern offen. Die Fachstellen bieten darüber hinaus eine begleitende Unterstützung und Koordination von Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige an. Eine Liste der Pflegestützpunkte und Fachstellen in Bayern nebst ihren Kontaktinformationen findet sich auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege: www.stmgp.bayern.de/service/ansprechpartner-und-fachstellen

Darüber hinaus bieten folgende Einrichtungen ebenfalls Beratung und Unterstützung für Pflegebedürftige und pflegende Angehörige an:

Demenzagentur Bayern

Spitalgasse 3, 90403 Nürnberg
Tel.: 0911 37 77 53 26
Internet: www.unterstuetzung-alltag-bayern.de

Bayerische Bezirke

Bezirk Niederbayern, Sozialverwaltung
Tel.: 0871 97512-100
Internet: www.bezirk-niederbayern.de

Bezirk Oberbayern, Servicestelle
Tel.: 089 2 19 82 10 10
Internet: www.bezirk-oberbayern.de

Bezirk Mittelfranken, Servicezentrum Nürnberg
Tel.: 0911 60 06 69 80
Internet: www.bezirk-mittelfranken.de

Bezirk Oberfranken, Servicestelle Bamberg
Tel.: 0921 78 46-24 03
Internet: www.bezirk-oberfranken.de

Bezirk Unterfranken, Servicestelle
Tel.: 0931 7959-0
Internet: www.bezirk-unterfranken.de

Bezirk Schwaben, Beratungsstelle der Sozialverwaltung
Tel.: 0821 31 01-2 16
Internet: www.bezirk-schwaben.de

Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e. V., Landesgeschäftsstelle Bayern

Westendstraße 179, 80686 München
Tel.: 089 89 04 48 32-0
Internet: www.bpa.de/bayern

Deutsche Alzheimer Gesellschaft, Landesverband Bayern e. V.
Wallensteinstraße 63, 90431 Nürnberg
Tel.: 0911 4 46 67 84
Internet: www.alzheimer-bayern.de

Freie Wohlfahrtspflege Bayern
Lessingsstraße 1, 80336 München
Tel.: 089 5 44 97-0
Internet: www.freie-wohlfahrtspflege-bayern.de

Geschäftsstelle des Patienten- und Pflegebeauftragten der Bayerischen Staatsregierung
Haidenauplatz 1, 81667 München
Tel.: 089 54 02 33-951 (Mo, Mi, Fr 9:00-11:00 Uhr; Di, Do 13:00-15:00 Uhr)
Internet: www.pflegebeauftragter.bayern.de

Koordinationsstelle ambulant betreute Wohngemeinschaften in Bayern
Spiegelstraße 4, 81241 München
Tel.: 089 20 18 98 57
Internet: www.ambulant-betreute-wohngemeinschaften.de

Koordinationsstelle „Wohnen im Alter“
Spiegelstraße 4, 81241 München
Tel.: 089 20 18 98 57
Internet: www.wohnen-alter-bayern.de

Psychologische Onlineberatung für pflegende Angehörige
nur Online-Beratung: www.pflegen-und-leben.de

Selbsthilfekoordination Bayern und Selbsthilfekontaktstellen Bayern e. V.
Theaterstraße 24, 97070 Würzburg
Tel.: 0931 20 78 16 40
Internet: www.seko-bayern.de

Sozialverband VdK Bayern e. V.
Schellingstraße 31, 80799 München
Tel.: 089 21 17-0
Internet: www.vdk-bayern.de

**Sozialverband VdK Bayern Beratungs-
telefon Pflege und Wohnen**
Tel.: 089 21 17-112

Beschwerde

Sofern es Grund für Beschwerden gibt, sollten sich alle Betroffenen zunächst an den Leistungserbringer selbst oder an ihre Pflegeversicherung wenden. Beschwerden über die Qualität der Pflege oder der Abrechnung von Pflegeleistungen können darüber hinaus bei folgenden Institutionen vorgebracht werden:

**Gesetzlich versicherte
Pflegebedürftige:
Medizinischer Dienst der Kranken-
versicherung in Bayern (MDK)**
Tel.: 0911 65068 555
Internet: www.mdk-bayern.de
Online-Beschwerdeformular: www.mdk-bayern.de/kontakt/beschwerde-ueber-eine-pflegeeinrichtung

**Private Kranken- und
Pflegeversicherung:
Verband der Privaten Krankenver-
sicherung e.V.**
Abteilung Qualitätsprüfung von
Pflegeeinrichtungen (QPP)
Gustav-Heinemann-Ufer 74 c,
50968 Köln
Tel.: 0221 99 87-29 10
Internet: www.pkv.de

**Staatliche Fachstellen für Pflege- und
Behinderteneinrichtungen – Qualitäts-
entwicklung und Aufsicht – FQA**
Die FQA wirkt darauf hin, dass die Inter-
essen und Bedürfnisse von alten, behin-

derten und pflegebedürftigen Menschen in stationären Einrichtungen erkannt, beachtet und geschützt werden. Sie übernimmt nach dem Bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz (PfleWoG) Überwachungs- und Kontrollfunktionen stationärer Einrichtungen. Daneben beraten und informieren sie die Bewohner stationärer Einrichtungen und deren Träger. Die FQA sind bei den Landrats-ämtern und kreisfreien Städten angesiedelt. Eine Liste der FQA vor Ort führt das Bayerische Staatsministerium für Gesundheit und Pflege unter: www.stmgp.bayern.de/service/ansprechpartner-und-fachstellen

Gesundheit und Pflege

Ein umfassendes und kommentiertes Verzeichnis von Adressen und Ansprechpartnern in Bayern auf dem Gebiet von Gesundheit und Pflege bietet auch die Broschüre Patientenberatung in Bayern, die vom Runden Tisch „Patientenangelegenheiten“ erarbeitet wurde. Internet: www.PatientenPortal.bayern.de (Stichwort: Patientenberatung). ///



/// PROF. (UNIV. LIMA)
DR. PETER BAUER, MDL

ist kommissarischer Patienten- und Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, München.

/// AfD nutzt Kopfkino, um Angst in der Bevölkerung zu schüren

FRAMING MACHT POLITIK

CHRISTOPH SCHIEBEL /// Wie verstehen wir Politik? Mit Hilfe von Frames, die erst unser Denken ermöglichen, sagen Neurolinguisten. Aber was genau versteht man unter Framing? Bei unterschiedlichen Formulierungen einer Botschaft – Inhalt verändert sich – werde das Verhalten des Empfängers unterschiedlich beeinflusst, so die Wissenschaft. Durch das Konzept des politischen Framing lässt sich die Politik eines George W. Bush oder eines Donald J. Trump begreifen. Bush legte neben Ronald Reagan das Fundament für eine konservative Sprache, die Trump mit rechtspopulistischen Frames verbindet. Lässt sich mit dem politischen Framing vielleicht sogar der politische Erfolg von Gauland, Weidel, Höcke und Co. erklären?

Konservative und rechts- populistische Frames bei der AfD

Inwieweit ist die Alternative für Deutschland eine konservative Partei? Und welchen Beitrag leistet der Rechtspopulismus in der Rhetorik der AfD? Die AfD ist nach amerikanischem Verständnis eine konsequent konservative Partei, die sich des Rechtspopulismus als Stilmittel bedient. Das zeigt sich in ihrer Sprache. Die AfD bezieht nach einer stringenten

Logik Positionen und grenzt sich dadurch entschieden vom Rest des Parteienspektrums in Deutschland ab. Hierzulande steht keine der etablierten Parteien so eindeutig wie die AfD am konservativen Pol des politischen Systems.

Was ist politisches Framing?

Politisches Framing ist der Einsatz von Sprache mit dem Ziel, Politik zu machen. Politiker setzen bewusst in ihrer Rhetorik auf Bilder und Ideen, um Deutungshoheit zu erlangen. Sie aktivieren damit Frames in unseren Köpfen. Der Neurolinguist George Lakoff beschreibt dieses Phänomen im Folgenden: „Frames sind Deutungsrahmen, die unser Wissen strukturieren und den Informationen einen Sinn zuordnen.“¹ Die kognitive Tiefenwirkung von Frames

Die AfD bedient sich des
RECHTSPOPULISMUS als Stilmittel.



Das Gehirn lässt sich durch Bildbotschaften beeinflussen und das macht sich die AfD in ihrer Rhetorik zunutze.

bringt dessen Kollegin Elisabeth Wehling auf den Punkt: „Indem unser Gehirn Worte und Ideen berechnet, simuliert es nicht nur Bewegungen, sondern auch anderes abgespeichertes Wissen wie Gefühle, Tastsinn, Gerüche und Geschmäcke.“⁴² Nicht möglich ist es, nicht in Frames zu denken. Daher ist politische Kommunikation immer auch Kopfkino. Mit allen Sinnen versuchen wir unsere Umwelt und Sprache nachzuvollziehen. Entsprechend groß ist die Macht der Bilder, die wir als solche nicht einmal bewusst wahrnehmen. Meine erste und ziemlich offensichtli-

che These lautet, dass die AfD den Nutzen von politischem Framing erkannt hat und darum bemüht ist, durch Sprache eine Umdeutung von Politik und Demokratie zu erreichen.

Was ist konservativ?

Laut George Lakoff handelt es sich um die Metapher vom „strengen Familienvater“, der autoritär das Gute gegen das Böse, das Eigene gegen das Fremde, durchsetzt.³ Das Konkurrenzdenken der Konservativen gehe auf den Sozialdarwinismus zurück, der von der Naturgegebenheit sozialer Selektion ausgeht. Nach dem Sozialdarwinismus gibt es keine gesellschaftliche Gnade für den Schwächeren. Konkurrenzdenken dominiert demnach die Gesellschaft. Deswegen setze sich stets der Stärkere, der zu gerechter Härte erzogen worden ist, durch. Das Gute könne sich nur durch Stärke und Strenge durchsetzen.⁴

Im Gegensatz wäre progressiv als fürsorglich und kooperativ festgelegt. Beide

Die AfD verursacht durch Sprache die **UMDEUTUNG** von Politik.

Konzepte können in der Realität eine Symbiose eingehen.⁵ In Deutschland und Europa spielt die Fürsorge eine größere Rolle als in den USA, was gerade auf christdemokratische oder christlich soziale Parteien⁶ und die Suche nach der politischen Mitte, insbesondere durch die Bundesregierungen im Verlauf der deutschen Nachkriegsgeschichte, zutrifft.⁷ Ökonomischer Liberalismus gehört zu den klassischen Werten und Ansichten des amerikanischen Konservatismus.

In Europa hat er mit Einschränkungen in jüngerer Vergangenheit Einzug ins konservative Denken gehalten und bislang nicht vollständig erfasst. Der Politikwissenschaftler Frank Decker erklärt den Markenkern des deutschen und europäischen Konservatismus folgendermaßen: „Dass es sich beim Konservatismus um eine dominante Strömung der Rechten handelt, ist unumstritten; es ergibt sich nicht nur aus den in den westlichen Demokratien vorgefundenen Machtverhältnissen, sondern auch aus der Ideologie selbst, deren wichtigste Elemente – Traditionalismus und Autoritätsdenken – soweit sie auf einer anti-egalitären Konzeption gründen, eindeutig rechts gelagert sind.“⁸ Entsprechend spielt im europäischen Konservatismus der Traditionalismus eine größere und offensichtliche Rolle. Dennoch ist nach Alexander Häusler und Rainer Roser der Sozialdarwinismus für den Konservatismus im Allgemeinen charakteristisch, der sich allerdings im Spannungsverhältnis zum Traditionalismus befindet, der auf überlieferte Ordnungen und Hierarchien abstellt.⁹

Meine zweite These ist, dass die AfD nach dieser Beschreibung eine strikt konservative Partei nach amerikanischem Vorbild ist. Die AfD verfügt über ein wirtschaftsliberales und autoritäres

Politikverständnis. Der Traditionalismus der AfD ist hingegen rein selektiver Natur. Das Bindeglied zwischen Konservatismus und Rechtspopulismus ist, dass beide als politisch rechts gelten.

Was ist Rechtspopulismus?

Der Rechtspopulismus ist ein Spezifikum des Populismus, der relativ flexibel ist und daher häufig als Stil betrachtet wird. Den Populismus kennzeichnet ein Antagonismus von Volk und Elite.¹⁰ Im Allgemeinen charakterisiert den Populismus ein ebenfalls im Sozialdarwinismus vorhandenes Freund-Feind-Denken.¹¹ Unter Rechtspopulismus ist eine gegen Minderheiten und Eliten gerichtete Rhetorik zu verstehen, die das Volk als homogene Einheit mit einem eben solchen Willen annimmt. In Frames gedacht, grenzt sich der Populismus „sein Volk“ (von lat. *populus*) nach oben, nach unten und nach außen ab. Die dritte und letzte Eingangsthese ist, dass es sich bei der AfD um eine Partei handelt, die als Stilmittel Rechtspopulismus einsetzt.¹²

Die AfD verwendet eine gegen **MINDERHEITEN** und **Eliten** gerichtete Rhetorik.

Nationale Interessen als Maßstab für die (Verteidigungs-)Politik

Geht es nach einer konservativen Weltanschauung, wie Lakoff sie definiert, sollen nationale Interessen die Grundlage verteidigungspolitischer Entscheidungen

sein. Demnach gibt es unter Staaten keine Freunde. Außerhalb der Nation als Familie herrsche ausnahmslos Konkurrenz. Die Moral der eigenen Nation zeige sich in diesem Machtkampf. In einer Aneinanderreihung von Frames positioniert sich Björn Höcke als Befürworter einer Verteidigungspolitik, die sich auf nationale Interessen stützt. Höcke vertritt das Bild vom homogenen Volk und seiner nationalen Interessen dienenden Armee: „Unsere einst geachtete Armee ist von einem Instrument der Landesverteidigung zu einer durchgegenderten multikulturalisierten Eingreiftruppe im Dienste der USA verkommen.“¹³ Entsprechend lehnt Höcke kulturelle, ethnische und Geschlechtervielfalt im Militär ab und spricht sich gegen Multilateralismen in der Verteidigungspolitik aus. Die Armee wird als Dienstleister der USA und nicht zur Landesverteidigung begriffen. Höcke wertet internationale Militärkooperationen ab und befürwortet nationale Eigenständigkeit für die Armee. Deshalb geht Höcke von einem Verfall der Armee aus. Die Fremdwörter im zweiten Teil des Satzes sollen Abwertung und Distanz framen und Assoziationen zu für die AfD negativ besetzten Begriffen hervorrufen.

Auch der Begriff der Truppe wirkt despektierlich im Vergleich zu dem positiv konnotierten Konzept der Armee. Anerkennung könne sich die eigene Nation nur durch militärische und moralische Stärke verschaffen, weswegen die traditionelle Moral des Volkes und der Armee zu stärken sei. Des Weiteren stellt der AfD-Bundesvorsitzende Alexander Gauland die selbstlosen Bundeswehrsoldaten den untätigen, ihre Freizeit genießenden Flüchtlingen aus Afghanistan gegenüber: „Und jetzt, ver-

ehrte Bundesregierung und Frau Verteidigungsministerin, wollen Sie erneut deutsche Soldaten zur Staatenrettung nach Afghanistan schicken, während afghanische Flüchtlinge auf dem Ku'damm Kaffee trinken, anstatt beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen.“¹⁴ Somit entsteht der Eindruck einer Bundesregierung und vor allem einer Verteidigungsministerin, die der Bundeswehr Gefahren zumuten und die Bürger eines fremden Landes bevorzugen, die keinen wertvollen Beitrag zur deutschen Gesellschaft leisten. Nach AfD-Framing betreibt die politische Elite eine Verteidigungspolitik, der die Interessen der eigenen Nation fremd geworden seien. In dieser Argumentation zeigen sich rechtspopulistische wie auch konservative Frames.

Betonung einer Volksgemeinschaft durch Verneinung

Der integrations- und migrationspolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Gottfried Curio, geht einen Schritt weiter als viele „Rechtspopulisten“. In der Bundestagssondersitzung zu den Vorfällen in Chemnitz verwendet Curio NS-Jargon, um die Unterscheidung zwischen dem deutschen Volk und den Minderheiten in den Köpfen durch Frames zu festigen. Zugleich antizipiert und konsolidiert Curio den Eindruck von einem Überlebenskampf: „Aber laut

Curio schürt mit seiner Wortwahl ANGST in den Köpfen der Bevölkerung.

Regierung haben Bürger bloß Ängste, und wer protestiert, ist Nazi. Den Deutschen wird in Chemnitz, wie anderswo, ihr täglicher friedlicher Lebensraum genommen. Das ist das Problem.“¹⁵ Für Curio bedroht die Gewalt des Fremden, d.h. der Minderheiten, den sozialen Frieden und die Existenz der Mehrheit, d.h. des „friedlichen“ deutschen Volkes. Gewaltverbrechen werden im eigenen Volk in Abrede gestellt und bei Minderheiten verallgemeinert.

Wehling würde argumentieren, wer einen Frame bewusst hervorrufen und stärken möchte, betont diesen eingangs durch Rechtfertigung.¹⁶ Sobald politische Frames wie derjenige, der Demonstranten pauschal in die Nähe von „Nazis“ rückt, aktiviert sind, lässt sich leichter eine kognitive Brücke zur Ideologie des Nationalsozialismus schlagen, in welcher der Begriff „Lebensraum“ prominent besetzt ist. Folglich hätte Curio die Worte „Nazi“ und „Lebensraum“ in aufeinanderfolgenden Sätzen vermeiden können. Als offiziell Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion darf dem habilitierten Naturwissenschaftler eine Kenntnis seiner in diesem Falle rechtsextremistisch anmutenden Rhetorik unterstellt werden. Curio provoziert hier gezielt Missverständnisse, wenn er von entsprechend vorbelasteten Frames Gebrauch macht. Nicht von der Hand zu weisen ist, dass die Lebensraumrhetorik mit Blick auf einen Verdrängungswettbewerb unterschiedlicher Ethnien vorbelastet ist. Wenn nun davor schon der Nationalsozialismus-Frame durch das Wort „Nazi“ abgerufen wurde, ist dieser politische Frame ungleich präsenter, als wäre keine Rechtfertigung erfolgt. Bei dem Lebensraum-Frame handelt es sich um eine kognitive Metapher.

Bedrohungsszenarien und die ausgrenzende Wirkung kognitiver Metaphern

Wehling betont die Bedeutung kognitiver Metaphern, die Bilder in unseren Köpfen evozieren und Handlungen simulieren.¹⁷ Kognitive Metaphern spielen in der rechtspopulistischen Kommunikation der AfD eine Rolle, indem sie Minderheiten als gefährlich schildern. Vielfach beschwört der AfD-Bundesvorsitzende Jörg Meuthen die „Festung Europa“.¹⁸ Mit der Metapher von einem Abwehrbollwerk impliziert Meuthen auf Europa erfolgende Angriffe von außen. Eine „Festung“ bietet Schutz und Zuflucht gegen Eindringlinge und Invasoren. Demzufolge lauert der Feind vor den Festungsmauern. Die AfD sieht in den europäischen Außengrenzen Schutz vor Feinden Europas. Minderheiten werden mit einer Bedrohung von außen in Verbindung gebracht. Geht es nach der AfD, ist das Fremde durch die „Festung Europa“ zu begrenzen. Europa wird wie für Nationen ebenso geläufig als Gefäß geschildert. Somit erscheint Europa als klar geografisch umgrenzter und begrenzter Raum, der nicht unendlich Platz bietet.

Björn Höcke assoziiert Flüchtlinge mit KRANKHEITEN.

Krankheiten und Epidemien werden als Bedrohung empfunden. Sie stellen als kognitive Metaphern ein Gefahrenszenario dar. Insbesondere gegenüber

Schutzbedürftigen oder Schwächeren ergibt sich eine gesellschaftliche Verantwortung, sie vor gesundheitlichen Gefahren abzusichern. Björn Höcke arbeitete im Landtag gesundheitliche Gefahren als gleichbedeutend mit der Ankunft von Flüchtlingen in Thüringen heraus und stellte äußere Gefahren dar: „Sagen Sie den Kindern, sagen Sie unseren Kindern, deren Eltern und sagen Sie unseren Senioren, dass sich Tuberkulose, dass sich Masern, dass sich Windpocken, dass sich Krätze wieder in Thüringen ausbreiten!“¹⁹ Krankheiten kommen demzufolge von außen und gefährden die eigene Familie, die zu schützen gerade die Stärkeren von uns verpflichtet seien. Höcke spricht nicht einmal mehr von Flüchtlingen. Stattdessen setzt er diese mit Krankheiten gleich und entpersonalisiert diese. Andere Frames, welche die Bedürfnisse von Menschen im Allgemeinen und von Flüchtlingen im Besonderen ansprechen und diesen ebensolchen gesundheitlichen Schutz gewähren würden, kommen nicht vor. Vielmehr seien in dem Freistaat Thüringen die gesunden Menschen und von außen kämen die Krankheiten.

Das politische Framing der AfD lebt also ganz wesentlich von kognitiven Metaphern, die ausgrenzend wirken und damit die positive Bedeutung des Volkes im Rechtspopulismus stärker noch als im Linkspopulismus hervorheben.

Politische Frames gegen das Fremde und für das nationale Interesse

Die AfD-Bundestagsfraktionsvorsitzende stellt mit Frames den ökonomischen Beitrag von Bevölkerungsgruppen und anderen Ländern in Abrede. So hinterfragt sie zunächst in einer Bundestagsrede die Leistungsfähigkeit von Migran-

ten, insbesondere solchen aus muslimischen Kulturkreisen: „Burkas, Kopftuchmädchen und alimentierte Messer-männer und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern.“²⁰ Folglich schade die Zuwanderung aus bestimmten Kulturen dem deutschen Staat und dessen Volkswirtschaft mehr, als es ihm nutze.

Eine ähnliche Einstellung offenbart Alice Weidel mit folgendem Facebook-Statement zur Neuverschuldung Italiens: „Die spinnen, die Römer!“²¹.



Quelle: Facebook

Weidel stellt damit die italienische Regierung und die Italiener in Tradition mit dem Römischen Reich und spielt auf

dessen Geschichte und Anspruchsdenken an. Entnommen ist diese Äußerung den Asterix-Comics. Zugleich zweifelt Weidel durch ihre Äußerung die geistige Zurechnungsfähigkeit einer Regierung und einer Nation an. Folglich grenzt Weidel die eigene favorisierte Politik von den Spinnern ab. Die Italiener seien reich, während ihr Staat am Tropf der EU hänge, womit das Bild eines kranken und schwachen Staats hervorgerufen wird.²² Der Frame von den Römern legt zudem ein Leben in Luxus nahe. Schließlich lebten die Italiener wie Römer über ihre Verhältnisse.²³

Auf Twitter wiederum unterscheidet Beatrix von Storch zwischen „Gesellschaften“, in denen sich Anschläge zwangsläufig ereignen müssten, und solchen Ländern, die davor geschützt seien: „Wer zweifelt daran? Der „eine große“ Anschlag ist doch nur eine Frage des „wann“ u nicht des „ob“. Sowas passiert halt in „offenen“ u ach so „bunten“ Gesellschaften. Bööse Länder wie #Ungarn #Polen #Slowakei #sindsafe #AfD.“²⁴



Quelle: Twitter

Der Preis der Moral sei, so impliziert von Storch hämisch-ironisierend, die Sicherheit. Anschläge könnten sich in einem Land mit einer weder offenen noch bunten Gesellschaft nicht ereignen. Somit werden wir seitens von Storchs vor die Wahl zwischen Sicherheit und vermeintlicher Moral gestellt.

Fazit

Die AfD polemisiert, polarisiert und provoziert. So setzt die AfD auf einen kompromisslosen Konservatismus amerikanischen Typs, indem sie sich dem Politikverständnis und der Rhetorik

Die AfD **PROVOZIERT** mit einem Politikverständnis und der Rhetorik eines Trump.

eines Trump annähert. Dabei schreckt sie bisweilen nicht vor rechts-extremistisch anmutenden Äußerungen und NS-Jargon zurück, was im Bundestag ein Novum und damit eine Grenzverschiebung zugunsten des vorher Unsagbaren sowie nicht gekannter verbaler Aggression darstellt. Die politische Rhetorik der AfD lebt von einem auf Exklusion bedachten autoritären Verständnis auf allen politischen Feldern. Sie beackert diese stringent und setzt auf die zunehmende Polarisierung. Die politische Mitte hat es in einem solch rauen Klima der Gegensätze schwer, denn sie findet sich zunehmend zwischen den Stühlen wieder. Neben klassischen Frames des deutschen poli-

tischen und medialen Diskurses bedient die AfD eine dezidiert konservative Sicht im amerikanischen Sinne und einen Rechtspopulismus á la Trump.

Glücklicherweise federt das deutlich konsensorientiertere politische System Deutschland die schlimmsten Effekte einer auf einem kategorischen „Entweder ... Oder“ und auf einer auf klaren Gegenpolen beruhenden Rhetorik ab. Dennoch lohnt es sich, wenn wir uns verstärkt mit der Wirkmächtigkeit von Sprache, Frames und Metaphern in der Politik auseinandersetzen. Das konservative Denken der AfD ist mehr als ein Feigenblatt. Schließlich will die AfD eben jenen Nachkriegskonsens aufkündigen, zu dessen Erfolgsgeschichte sie sich in ihrem Parteiprogramm bekennt.²⁵ Daher sucht sie bewusst die Konfrontation mit dem politischen Gegner und bedient eine Freund (Volk)-Feind (Eliten und Minderheiten)-Rhetorik, die sich über eine auf Ausgleich bedachte Sprache hinwegsetzt, wie sie den politischen Diskurs in Deutschland lange Zeit geprägt hat. Gleichwohl sehen sich die AfD-Funktionäre selbst in der Rolle des autoritären Familienvaters für das „Volk“.

Zunehmend schwer fällt es Parteien, die sowohl über konservative und progressive Elemente verfügen, glaubhaft eine ausgewogene Politik zu vertreten, wenn die beiden Pole (konservativ und progressiv) auf Vereinfachung setzen. Das Ergebnis könnte zu Lasten der Komplexität der politischen, volkswirtschaftlichen und sozialen Realität gehen und die Entscheidungsfindung auf sachpolitischer Grundlage erschweren. Das könnte sich gerade auch in einer Wechselwirkung beider Pole niederschlagen, welche die Fronten im politischen System langfristig verhärten würde. ///



/// CHRISTOPH SCHIEBEL M.A.

ist Doktorand am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Anmerkungen

- ¹ Lakoff, George / Wehling, Elisabeth: Auf leisen Sohlen ins Gehirn. Politische Sprache und ihre heimliche Macht, Heidelberg, 2. Aufl., 2009, S. 73.
- ² Wehling, Elisabeth: Politisches Framing. Wie eine Nation sich ihr Denken einredet – und daraus Politik macht, Köln 2016, S. 22.
- ³ Lakoff / Wehling: Auf leisen Sohlen ins Gehirn, S. 40-64.
- ⁴ Ebd., S. 44ff.
- ⁵ Ebd., S. 40-64.
- ⁶ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/merkel-wir-sind-volkspartei-der-mitte-15824323.html>, Stand: 28.10.2018.
- ⁷ Strüwe, Klaus: Die Rede des Kanzlers. Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder, Wiesbaden, 1. Aufl., 2005.
- ⁸ Decker, Frank: Parteien unter Druck. Der neue Rechtspopulismus in den westlichen Demokratien, Wiesbaden 2000, S. 63f.
- ⁹ Häusler, Alexander / Roeser, Rainer: Die rechten „Mut“-Bürger. Entstehung, Entwicklung, Personal und Positionen der Alternative für Deutschland, Hamburg 2015, S. 19-22.
- ¹⁰ Jesse, Eckhard / Panreck, Isabelle: Populismus und Extremismus. Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD, in: Zeitschrift für Politik 1/2017, S. 59-76.
- ¹¹ Rensmann, Lars: Populismus und Ideologie, in: Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, hrsg. von Frank Decker, Wiesbaden 2006, S. 68.
- ¹² Hartleb, Florian: Die Stunde der Populisten. Wie sich unsere Politik trumpetisiert und was wir dagegen tun können, Schwalbach 2017, S. 7-79.

- ¹³ https://www.focus.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-sieben-zitate-zeigen-wie-gefaehrlich-der-afd-rechtsausen-wirklich-ist_id_6536746.html, Stand: 28.10.2018.
- ¹⁴ <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btp/19/19002.pdf>, Stand: 28.10.2018.
- ¹⁵ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/19/19049.pdf>, Stand: 28.10.2018.
- ¹⁶ Wehling: Politisches Framing S. 52-64.
- ¹⁷ Ebd.
- ¹⁸ https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/afxline/topthemen/article178511994/AfD-will-Festung-Europa.html, Stand: 28.10.2018.
- ¹⁹ http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/55606/23_plenarsitzung_sondersitzung.pdf, Stand: 28.10.2018.
- ²⁰ <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aliceweidel-provoziert-mit-kopftuchmaedchen-aussage-15593291.html>
- ²¹ <https://www.facebook.com/aliceweidel/photos/a.1063313067013261/220537689457454/?type=3>, Stand: 28.10.2018.
- ²² Wehling: Politisches Framing, S. 126ff.
- ²³ Ebd.
- ²⁴ https://twitter.com/Beatrix_vStorch, Stand: 28.10.2018.
- ²⁵ https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf, Stand: 1.11.2018.

/// Impulsive Führung im Weißen Haus

DIE TRUMP-TRANSITION

MANFRED GROß /// Trumps populistisch geführter Wahlkampf sowie seine turbulente Präsidentschaft dominieren die Analysen in Medien und Fachzeitschriften. Gleichwohl war bereits die Transition, also die Zeit zwischen dem Wahltag im November 2016 und der Amtseinführung im Januar 2017, „typisch Trump“. Der folgende Beitrag gibt einen Überblick über präsidentielle Führungsstile und zeichnet die Trump-Transition nach.

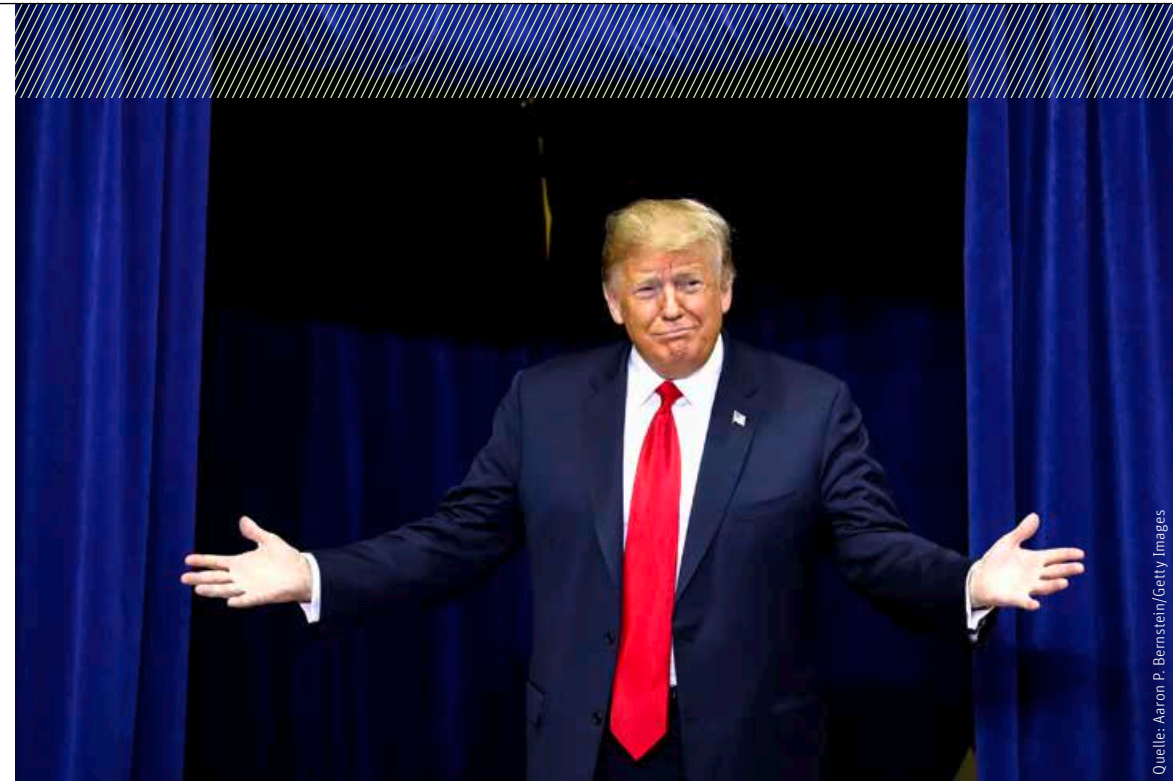
Transitionen im Spiegel der Zeit

Die Übergabe der bundesstaatlichen exekutiven Gewalt des amtierenden Präsidenten an den gewählten Präsidenten wird als präsidentielle Transition bezeichnet. Formell begann die Transition von Barack Obama zu Donald Trump nach dem Wahltag, dem 8. November 2016 und endete mit der Amtseinführung am 20. Januar 2017. Sie dauerte damit genau 73 Tage. Um die Trump-Transition bewerten zu können, wird sie in ihren historischen Kontext gerückt und es werden dabei auch die ersten beiden Amtsjahre Trumps bedacht.¹

Historisch waren Transitionen in den ersten anderthalb Jahrhunderten der USA relativ einfach zu managen, da die Institution der Präsidentschaft überschaubar war. So hielt sich der Aufwand der Transition Dwight D. Eisenhowers in Grenzen.² Sein Nachfolger John F. Kennedy bat bereits während der Wahlkampagne den Anwalt und späteren

Verteidigungsminister Clark Clifford und den Politikwissenschaftler Richard Neustadt um ein Memorandum für einen geordneten Transitionsprozess. Im Jahr 1963 schließlich verabschiedete der Kongress ein Gesetz (Presidential Transition Act), das vor allem die Finanzierung der Transition regelte. Als Richard Nixon 1968 zum Präsidenten gewählt wurde, plante er akribisch die Transition, hielt aber einen ausgeklügelten Prozess für nicht erforderlich. Jimmy Carter initiierte die moderne Ära elaborierter Transitionsplanung. Er kam als Gouverneur des Bundesstaates Georgia mit re-

Der geordnete **MACHTÜBERGANG** im Weißen Haus wird immer komplexer.



Showtime für den 45. Präsidenten der USA: Donald Trump ist immer für eine Überraschung gut.

lativ wenig Erfahrung ins Weiße Haus und war daher auf ein formalisiertes Prozedere angewiesen.

Einen weiteren Schritt tat vier Jahre später Ronald Reagan, der ebenfalls keine Washington-Erfahrung hatte. Er begann mit der Transitionsplanung im Frühjahr 1980 und setzte Arbeitsgruppen ein. Als George H. W. Bush 1989 das Weiße Haus übernahm, war er bereits Vizepräsident. Zudem sah er die Reagan-Transition als zu aufwändig an. Oberflächlich war die Bush-Transition geschmeidig, aber darunter brodelte es, weil Bush seine eigenen Leute in Ämter hievte, die von Reagan-Mitarbeitern besetzt waren und die davon ausgingen, dass sie diese behalten würden. Bill Clinton koordinierte seine Transition aus Little Rock, der Hauptstadt des Gliedstaats Arkansas. Dort war er vor seiner Wahl zum Präsidenten Gouver-

neur gewesen. Dass er zugleich Teams in Washington aufbaute, komplizierte den Prozess, da seine Mitarbeiter in Little Rock und Washington bereits während der Transition um Macht, Einfluss und Ämter in der neuen Regierung konkurrierten. Zwar konnte Clinton die meisten Kabinettsmitglieder rechtzeitig ernennen, doch die Besetzung einiger wichtiger Mitarbeiter im Weißen Haus verzögerte sich und sorgte für einen holprigen Start seiner Regierung.

George W. Bush schaffte im Vergleich zu Clinton einen relativ geregelten Amtsübergang – trotz einer fünfwöchigen Verzögerung, bis der Oberste Gerichtshof seinen Wahlsieg entschieden hatte. Sein Team begann bereits vor der Entscheidung mit der Transitionsplanung. Aber auch bei Bush verzögerte sich die Ernennung wichtiger Mitarbeiter. Barack Obamas Transition war im

Grafik 1: Präsidenten

Präsidenten der USA	
Dwight D. Eisenhower	1953 – 1961
John F. Kennedy	1961 – 1963
Lyndon B. Johnson	1963 – 1969
Richard Nixon	1969 – 1974
Gerald Ford	1974 – 1977
Jimmy Carter	1977 – 1981
Ronald Reagan	1981 – 1989
George H. W. Bush	1989 – 1993
Bill Clinton	1993 – 2001
George W. Bush	2001 – 2009
Barack Obama	2009 – 2017
Donald Trump	seit 2017

Quelle: Manfred Groß

● Demokrat ● Republikaner

Grunde erfolgreich. Trotz der düsteren ökonomischen Lage konnte sich Obama kurz nach Amtsantritt seiner Agenda widmen. Der Erfolg der Obama-Transition muss aber auch George W. Bush zugerechnet werden, der sich außerordentlich kooperativ verhielt.³ Eines lehrt uns die Geschichte der Transitionen moderner Präsidenten immerhin: Der geordnete Machtübergang im Weißen Haus wird immer komplexer.

Herausforderungen für den gewählten Präsidenten

Transitionen stehen vor mehreren Herausforderungen, die im Spannungsbogen zwischen Kontinuität und Wandel verlaufen. Gewählte Präsidenten und ihre Berater sind in der Regel immer skeptisch gegenüber der Bürokratie. Sie sollten sich stets drei Herausforderungen bewusst sein: Erstens kann es dazu kommen, dass sich im Siegesrausch der gewonnenen Wahlen eine gewisse Arroganz und Hybris der Sieger breitmacht.

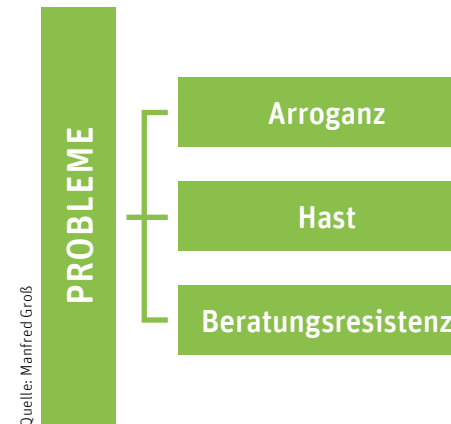
Zweitens laufen neu ins Amt getragene Präsidenten Gefahr, hastige Entscheidungen zu treffen und ihrer Agenda mit Überreaktionen Geltung verschaffen zu wollen. Drittens können gewählte Präsidenten den Fehler begehen, ihren Amtsvorgängern nicht zuzuhören und ihren Rat und ihre Erfahrung zu missachten.

Das Transitionsteam erwartet zwei zentrale Aufgaben. Erstens muss der gewählte Präsident geeignetes Personal für die neue Regierung finden. Dazu zählen zuerst die Kabinettsmitglieder. Sie sind das sichtbare Zeichen einer Veränderung und einer neuen politischen Agenda. Alle Kabinettsposten außer dem Stabschef und dem Vizepräsidenten erfordern die Zustimmung des Senats. Zudem sind rund 4.000 politische Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes zu ernennen. Die Dauer der Ernennungen, von denen die führenden Positionen seitens des Senats bestätigt werden müssen, verlängerte sich von Kennedy mit im Schnitt 2,4 Monaten bis zu Clinton auf durchschnittlich 8,5 Monate, während bei Trump Ende 2018 noch eine Reihe von Ämtern unbesetzt waren. Zweitens ist die politische Agenda der neuen Regierung zu formulieren. Wahlversprechen müssen in kohärente Politikvorschläge übersetzt und Gesetzesvorlagen durch den Kongress gebracht werden. Obendrein müssen diese Aufgaben relativ schnell erledigt werden, um einen reibungslosen Start der neuen Regierung am 20. Januar sicherzustellen.⁴

Führungsstile amerikanischer Präsidenten

Der Persönlichkeit des Präsidenten wird in Fragen der Führung und Entscheidungsfindung im Weißen Haus zentrale Bedeutung beigemessen. Der Politikwissenschaftler Fred Greenstein misst

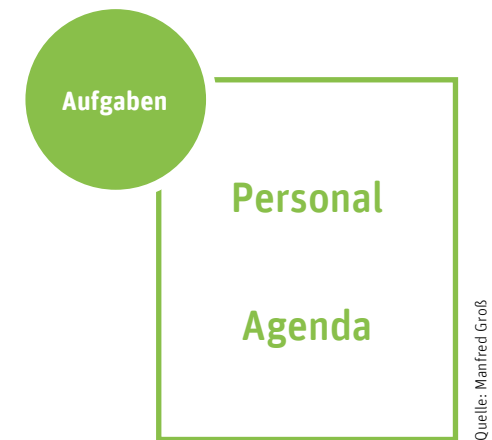
Grafik 2: Probleme



die Leistung von Präsidenten anhand verschiedener Dimensionen und Fähigkeiten.⁵ Will man Führung während der Transition untersuchen, so bietet sich als analytisches Raster diese Art einer Persönlichkeitsanalyse des Präsidenten an. Denn während einer Transition kann gerade ein dominanter gewählter Präsident seinem Charakter voll Ausdruck verleihen. Greenstein definiert sechs Fähigkeiten eines Präsidenten, die über Erfolg oder Misserfolg seiner Präsidentschaft bzw. Transition entscheiden.

Erstens ist die Effektivität als öffentlicher Kommunikator für den Erfolg eines Präsidenten entscheidend. Gemessen daran, dass Kommunikation eine zentrale Aufgabe des Präsidenten ist, waren viele Präsidenten schlechte Kommunikatoren. Roosevelt, Kennedy, Reagan, Clinton und Obama sind positive Ausnahmen. Erfolgreiche Kommunikatoren arbeiteten stets an den Entwürfen ihrer Reden mit und übten ihre Präsentationen. George H. W. Bush erkannte sein mangelndes Talent für große Reden, nutzte daher den zentralen Besprechungsraum

Grafik 3: Aufgaben



des Weißen Hauses für seine öffentliche Kommunikation und adressierte die Nation nur selten vom Oval Office aus.

Sechs persönliche FÄHIGKEITEN eines Präsidenten entscheiden über seinen Erfolg oder Misserfolg.

Zweitens entscheiden die organisatorischen Fähigkeiten über den Erfolg eines Präsidenten. Diese betreffen die Fähigkeit, ein Team zusammenschweißen und das meiste aus ihm herauszuholen. Dieses Team sollte die Tendenz der Mitarbeiter, dem Präsidenten das zu erzählen, was er hören will, geringhalten. So ermutigte Roosevelt unterschiedliche Empfehlungen, indem er seine Assistenten gegeneinander ausspielte. Kennedys Methode war es, sei-

Grafik 4: Fähigkeiten

Fähigkeiten des Präsidenten	Erfolgreiche Vertreter	Erfolgreiche Vertreter
kommunikative	Roosevelt, Kennedy, Reagan, Clinton, Obama, Trump	George H. W. Bush, George W. Bush
organisatorische	Truman, Eisenhower, Kennedy, Ford, George H. W. Bush, Obama	Johnson, Carter, Clinton, Nixon, Trump
politische	Johnson, Trump	Carter, Obama
visionäre	Roosevelt, Kennedy, Reagan, George W. Bush, Obama, Trump	George H. W. Bush
kognitive	Clinton, Obama, Eisenhower, Nixon	Carter, Reagan, Trump
emotionale Intelligenz	Eisenhower, Ford, George H. W. Bush, George W. Bush, Obama	Roosevelt, Kennedy, Reagan, Johnson, Nixon, Carter, Clinton, Trump

Quelle: Manfred Groß

nen Bruder Robert und sein Alter Ego Ted Sorensen die Vorschläge der anderen Berater genau untersuchen zu lassen. Aber nicht alle Präsidenten waren offen für ein energisches Für und Wider: Nixon, Reagan und Obama fühlten sich unwohl bei direkten Meinungsverschiedenheiten. Johnsons texanische Mentalität hatte eine entspannende Wirkung auf seine Mitarbeiter. Der Präsident sollte außerdem die Fertigkeit besitzen, effektive institutionelle Regeln zu schaffen. Mitarbeiter von Truman, Eisenhower, Kennedy, Ford, George H. W. Bush und Obama hatten nur Lob für ihre ehemaligen Chefs. Anders verhielt es sich bei Johnson, Carter, Clinton und vor allem Richard Nixon. Manche seiner Mitarbeiter mussten ins Gefängnis wegen seiner Handlungen im Amt.

Drittens tragen die politischen Fähigkeiten eines Präsidenten zum Erfolg seiner Amtszeit bei. Die klassische Feststellung, wie zentral die politischen Fähigkeiten für die Performanz des Präsidenten sind, machte Richard Neustadt. Er fragte, wie der Präsident dem politi-

schen System der USA seinen Stempel aufdrücken kann. Seine Empfehlung war, der Präsident sollte die Macht seines Amtes durchsetzungsstark nutzen, öffentliche Unterstützung aufbauen und sich den Ruf als talentierter und entschlossener Politiker schaffen. Johnson schien seine Methoden direkt aus Neustadts Werk entnommen zu haben.⁶ Carter war genau das Gegenteil davon. Obama hingegen versuchte, mit Verordnungen den gewöhnlichen Gesetzesweg über den oppositionell republikanisch dominierten Kongress zu umgehen, und unterlag damit dem Trugschluss, Politik gestalten zu können. Denn Verordnungen können vom nächsten Präsidenten relativ problemlos beseitigt werden.

Viertens ist die Vision, die ein Präsident hat, entscheidend für seinen Erfolg. Vision ist ein Wort mit vielen Konnotationen – eine ist die Fähigkeit zu inspirieren. Rhetorisch talentierte Präsidenten wie Kennedy, Reagan, Roosevelt und Obama waren dabei überragend. Im engeren Sinn bezieht sich Vision hier auf die Beschäftigung mit dem Inhalt

der Politik, die Fähigkeit, ihre Umsetzbarkeit festzustellen, und die Fertigkeit, übergreifende Ziele zu setzen. Vision umfasst auch die Konsistenz einer Sichtweise. Präsidenten mit einer klaren Sichtweise sind fähig, die Bedingungen des politischen Diskurses zu setzen. Sie dienen als Anker für den Rest der politischen Gemeinschaft. George H. W. Bush war nicht der einzige, dem die „Visions-Sache“ abging. Er steht sinnbildlich für eine Reihe moderner, pragmatischer Präsidenten. Die Kosten einer visionsfreien Führung sind inkonsistente Programme. George W. Bush war genau das Gegenteil seines Vaters. Obamas Vision war, die amerikanische Nation wieder aufzubauen, nachdem der Krieg gegen den Terror das Land ausgezehrt hatte. Nach der Durchsetzung seines Prestigeprojekts, der allgemeinen Krankenversicherung, verblasste seine Vision jedoch zunehmend.

George H. W. Bush steht sinnbildlich für eine Reihe moderner, PRAGMATISCHER Präsidenten.

Fünftens entscheiden kognitive Fähigkeiten und strategische Intelligenz über den Erfolg einer Präsidentschaft. Carter hatte eine ingenieurhafte Neigung, Probleme in seine Einzelteile zu zerlegen. Dies war problematisch, weil er der Regierung keine Richtung vorgeben konnte. Eisenhower und Nixon waren Gegenpole zu Carter. Nixon legte seine Strategie schon zwei Jahre vor der

Wahl zum Präsidenten fest, den Vietnamkrieg zu beenden, ein Gleichgewicht der Mächte mit der Sowjetunion aufzubauen und China zu öffnen. Im letzten Jahr seiner ersten Amtszeit hatte er alle Ziele erreicht. Im Gegensatz zu Nixons Erfolgen stehen die beiden Amtszeiten Bill Clintons. Clinton besaß die Fähigkeit, Ideen und Informationen aufzunehmen und in Bewegung zu setzen, aber sein Denken war eher synthetisch denn analytisch. Seine politischen Impulse führten manchmal dazu, dass er Verstand durch reine Rationalisierung ersetzte. Reagan war kognitiv begrenzt und berüchtigt dafür, dass er seine politischen Initiativen nicht immer perfekt verstand. Dass beide Präsidenten große politische Erfolge hatten, zeigt, dass Intelligenz und Information nicht die einzigen Ursachen präsidentieller Effektivität sind.

Sechstens beeinflusst emotionale Intelligenz den Erfolg eines Präsidenten. Bei Eisenhower, Ford, George H. W. Bush, George W. Bush und Barack Obama war die emotionale Intelligenz relativ ausgeglichen. Roosevelt, Truman, Kennedy, Reagan waren gekennzeichnet von emotionalen Irrungen, die aber zumindest ihre Führungsfähigkeit nicht signifikant schwächten. Johnson, Nixon, Carter und Clinton hingegen waren emotional eingeschränkt. Carters Starrsinn behinderte seinen Erfolg im Weißen Haus. Die gestörte Impulskontrolle Clintons führte ihn an den Abgrund der Amtsenthebung. Nixon war der emotional zerbrechlichste Präsident. Seine Wut und sein Misstrauen waren legendär. Greenstein misst emotionaler Intelligenz die entscheidende Bedeutung bei. Selbstverständlich legt er mit seiner Systematik einen perfekten Präsidenten dar, den es in der Realität

wohl so nie gibt. Dennoch lässt sich anhand seines Rasters deklinieren, inwiefern präsidentielle Führung tendenziell erfolgreich ist. Auf jeden Fall lassen sich so die Stärken und Schwächen eines Präsidenten herausarbeiten und es kann der Erfolg eines Präsidenten bewertet werden.

Emotionale Intelligenz ist für den Politikwissenschaftler Greenstein die WICHTIGSTE präsidentiale Eigenschaft.

Donald Trumps Führungsstil in der Transition

Donald Trumps Transition verlief ruppig und ebenso polarisierend, populistisch und aggressiv wie der Wahlkampf in den Monaten zuvor. Die Trump-Transition begann weit vor dem Wahlabend am 8. November 2016 und lag somit im Einklang mit den gesetzlichen Vorgaben sowie den praktischen Erfordernissen. Bereits im April 2016 wurde Trump über die ersten Schritte der Transition unterrichtet. Im Mai 2016 wurde Trumps Schwiegersohn Jared Kushner beauftragt, ein Transitions-Team aufzubauen. Der Gouverneur des Bundesstaates New Jersey, Chris Christie, wurde zum Vorsitzenden des Teams ernannt. Im Oktober, einen Monat vor den Wahlen, zählte das Transitions-Team mehr als 100 Mitarbeiter. Da Trump im Sommer und Herbst 2016 seine gesamte Energie in den Wahlkampf investierte, trat er dabei persönlich kaum in Er-

scheinung. Das gesamte organisatorische Unterfangen war im Prinzip an seine Mitarbeiter delegiert und schien zu funktionieren.

Die Wahlen am 8. November gewann Trump unerwartet und knapp. Sein populistischer Wahlkampf trug in einer entlang der Parteilinien polarisierten und von Wutbürgern aufgewühlten amerikanischen Gesellschaft Früchte. Die im amerikanischen Wahlsystem entscheidende Stimmenmehrheit im Wahlmännergremium entschied er klar für sich, obwohl er manche Wahlkreise nur mit hauchdünner Mehrheit gewann, während Clinton in anderen Wahlkreisen hohe Gewinnmargen einfuhr. Im Mehrheitswahlrecht der USA führte dies dazu, dass die „popular vote“ klar an Clinton ging.

Am 10. November lud Präsident Obama Trump ins Weiße Haus ein und versprach, „dass es eine erfolgreiche Transition zwischen unseren Präsidentschaften gibt“. ⁷ Darüber hinaus blieb ihre Beziehung kühl und distanziert. Trump bemühte sich nicht, auf die Erfahrungen Obamas zu bauen, und verunglimpfte ihn selbst nach dem Wahlsieg im Stil eines Wahlkämpfers. Bereits am 11. November ersetzte Trump seinen Vorsitzenden des Transitions-Teams, Chris Christie, durch seinen designierten Vizepräsidenten Mike Pence. Im Grunde tat Trump damit einen logischen Schritt, denn in der Tat musste die Transition von jemandem geleitet werden, der das Vertrauen des gewählten Präsidenten genoss. Pence stabilisierte den Prozess der Transition. Als Gouverneur des Bundesstaates Indiana und Abgeordneter im Repräsentantenhaus war er ein Washington-Insider und setzte Trumps Vorgaben mit unbedingter Loyalität um.

Trumps Transition war genauso POLARISIEREND und populistisch wie sein Wahlkampf.

Nach seiner Wahl schien Trump seinen Managementansatz, der ihn in der Unterhaltungs- und Baubranche erfolgreich gemacht hatte, unverändert zu verfolgen. Er hatte nie einen direkten Vorgesetzten und konnte auch keine Erfahrung mit großen Bürokratien vorweisen. Ebenso fehlte ihm die Erfahrung, mit dem Kongress zusammenzuarbeiten. Insofern war er für das Amt des Präsidenten schlecht vorbereitet. Trumps Stil war zwanglos und arbiträr: „Sie können meine Leute anrufen, oder mich – es macht keinen Unterschied – wir haben keine formelle Kommandokette hier.“ ⁸ In seinem Buch „Die Kunst des Erfolges“ schrieb Trump: „Ich lasse meine Tür offen. Man kann nicht einfallreich oder unternehmerisch sein, wenn man zu viel Struktur hat. Ich will jeden Tag arbeiten und sehe dann, was sich tut.“ ⁹ Dieser Führungsstil war ein Unikum unter amerikanischen Präsidenten und es darf bezweifelt werden, ob er der Würde des Amtes angemessen ist.

Bei der Ernennung des wichtigsten Personals baute Trump zwei gegenläufige Lager auf, die später im Weißen Haus um Macht und Einfluss konkurrierten. Eine Gruppe waren Trump-Loyalisten, die nationalistisch, nativistisch und populistisch agierten. Ihr gegenüber standen konservative Republikaner und internationale Realisten. Dem nationalis-

tischen Lager stand Steve Bannon vor. Er wandte sich gegen das transpazifische Handelsabkommen TPP und gegen die nordamerikanische Freihandelszone Nafta, stellte das westliche Verteidigungsbündnis, die NATO, infrage, torpedierte das Iran-Abkommen und forcierte die Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens. Dabei war er pro-russisch eingestellt und leugnete die russischen Manipulationsversuche der Wahlen. Er stellte sich gegen Immigration und war federführend in der präsidentiellen Verordnung eines Einreiseverbots gegen Staaten mit einer muslimischen Bevölkerungsmehrheit. Innenpolitisch setzte er sich zum Ziel, den so genannten Verwaltungsstaat zu dekonstruieren. Im Grunde sahen die Nationalisten traditionelle Republikaner als Teil des Washingtoner „Sumpfes“ an, der ausgetrocknet werden müsse.

Dieses Lager der traditionellen konservativen Republikaner und realistischen Internationalisten bestand aus Gary Cohn, dem Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftsrats, General H. R. McMaster, dem Nationalen Sicherheitsberater, und Rex Tillerson, dem Außenminister. Sie setzten sich für Freihandel ein, waren skeptisch gegenüber Russland und sprachen sich für eine internationale Führungsrolle der USA aus. Während der Transition war unklar, welche Gruppe für den Präsi-

Trump baute zwei GEGENLÄUFIGE Lager auf, die im Weißen Haus um Macht und Einfluss konkurrierten.

denen sprach, da Trump manchmal die Position der einen, manchmal die Position der anderen Gruppe einnahm und zudem seine Positionen mehrfach änderte.

Neben diesen beiden ideologischen Lagern gewannen Trumps Tochter Ivanka und vor allem sein Schwiegersohn Jared Kushner bedeutenden Einfluss im Weißen Haus. Kushner war für eine Nahoststrategie der USA verantwortlich, ebenso für eine Strategie gegenüber Mexiko und China. Sein Portfolio stand sinnbildlich für Trumps Abhängigkeit von Loyalisten, seiner Unerfahrenheit im Management politischer Organisationen und dem Fehlen eines geregelten Politikprozesses. Problematisch an dieser Konstellation war, dass gewöhnliche Mitarbeiter des Präsidenten sich es mit ihm nicht verscherzen wollten und daher wider besseren Wissens keine den Familienmitgliedern konträre Position einnahmen. Die Folge davon war, dass Trump nicht alle Handlungsoptionen präsentiert wurden und die Gefahr eines „Gruppendenkens“ stieg.

Erratische Persönlichkeit und improvisierte Transition

In seiner ersten Pressekonferenz als Präsident am 16. Februar 2017 behauptete Donald Trump: „Diese Regierung läuft wie geschmiert.“¹⁰ Nach der Analyse von Trumps Transition darf diese Behauptung bezweifelt werden. Nimmt man Greensteins Kriterien zum Maßstab einer Führungsstilanalyse des Präsidenten, so trat Trump als spontaner Kommunikator in Erscheinung, der in der Transition impulsiv agierte, mit unterschiedlichen ideologischen Fraktionen seiner Regierung paktierte und sich nicht scheute, seine Positionen situativ fundamental zu ändern. Die direkte

Kommunikation via Twitter nutzte Trump exzessiv und umging damit die traditionelle Rolle der Medien als Mittler und Vermittler politischer Botschaften. Oft war es für Analysten nicht möglich zu sagen, ob diese Wendungen kalkuliert, nicht beabsichtigt oder einfach unwissend waren.

Seine organisatorischen Fähigkeiten waren insofern nachvollziehbar, als er mehrere ideologische Fraktionen im Weißen Haus und in der Regierung aufbaute und sie konkurrieren ließ. Als Fehler entpuppten sich die bedeutenden Rollen, die er seiner Tochter Ivanka und noch mehr seinem Schwiegersohn Kushner zuwies. Politisches Feingefühl erwies Trump bisher nicht. Oft präsentierte er sich als der sprichwörtliche Elefant im Porzellanladen. Impulsive Entlassungen wie die des FBI-Chefs James Comey schädigten die Institutionen der USA, die Zusammenarbeit mit dem Kongress erwies sich als schwierig. Trumps kognitive Fähigkeiten und seine emotionale Intelligenz sind schwer zu beurteilen. Einige Psychologen wagten zwar eine Ferndiagnose und erklärten Trump für verrückt, untergruben dadurch aber eher ihre eigene Glaubwürdigkeit und das Vertrauen in seriöse wissenschaftliche Arbeit. Sein oftmals erratisches Verhalten, seine vielen Kehrtwendungen, seine öffentlich via Twitter verkündeten Entlassungen oder Zurechtweisungen leitender Mitarbeiter, seine Diskriminierung von Richtern und politischen Gegnern und seine offensichtlichen Lügen ließen das Gefühl mangelnder emotionaler Intelligenz gepaart mit dem Eindruck, dem Amt nicht gewachsen zu sein, aufkommen. Zweifelsohne hatte Trump jedoch eine Vision. Diese Vision war geprägt von einer nationalistisch-nativistischen Sicht

Amerikas, die das alte Amerika des frühen 20. Jahrhunderts beschwor. Dieses Amerika wünschten sich Trumps Stammwähler zurück. Davon wurden Trumps Protektionismus und seine Absage an eine internationalistische Außenpolitik gespeist.

In seinem ersten Amtsjahr schienen traditionell konservative Republikaner und die realistischen Internationalisten Trumps Visionen Grenzen zu setzen. So verhinderten Tillerson und McMaster die Kündigung des Iran-Abkommens und bewahrten die transatlantischen Beziehungen vor einer Zerreißprobe. Mit der Entlassung Tillersons und McMasters, mit dem Rücktritt Gary Cohns sowie der Berufung John Boltons zum nationalen Sicherheitsberater standen ausgleichende Kräfte in

Die Trump-Transition wirkte **IMPROVISIERT** und ist selbst nach **zwei Jahren im Amt noch nicht abgeschlossen.**

der amerikanischen Regierung mehr denn je zur Disposition. Anonyme Zuschriften an die New York Times und Bob Woodwards Enthüllungen ließen die Führung in Trumps Weißem Haus als disruptiver und volatiler denn je erscheinen. Die Trump-Transition wirkte improvisiert und sucht selbst nach zwei Jahren im Amt nach ihrer historischen Interpunktion. ///



/// MANFRED GROß M.A.

ist Referent der Vizepräsidentin an der Hochschule für angewandtes Management (HAM) in Ismaning, an welcher er auch die Stabsstelle Qualitätsmanagement innehat.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Pfiffner, James: Presidential Transitions, in: The Oxford Handbook of the American Presidency, hrsg. von George Edwards und Williams Howell, New York 2009, S. 85-107.
- ² Vgl. Halchin, L. Elaine: Presidential Transitions: Issues Involving Outgoing and Incoming Administrations. Congressional Research Service: CRS Report RL34722, 7.5.2017.
- ³ Vgl. Burke, John: The Contemporary Presidency: The Obama Presidential Transition: An Early Assessment, in: Presidential Studies Quarterly 3/2009, S. 574-604.
- ⁴ Vgl. Pfiffner, James: presidential transitions, in: Encyclopedia of the American Presidency, hrsg. von Michael Genovese, New York 2009, S. 373-375.
- ⁵ Vgl. Greenstein, Fred: The Qualities of Effective Presidents: An Overview from FDR to Bill Clinton, in: Presidential Studies Quarterly 1/2000, S. 178-185.
- ⁶ Vgl. Neustadt, Richard: Presidential Power and Modern Presidents, New York 1990.
- ⁷ Zit. nach The Washington Post – Team Fix: Transcript: President Obama's remarks on Donald Trump's election: https://www.washingtonpost.com/news/the-fix/wp/2016/11/09/transcript-president-obamas-remarks-on-donald-trumps-election/?utm_term=.4f3dff1784c8, Stand: 1.11.2018 (Übersetzung durch Manfred Groß).
- ⁸ Zit. nach Balakrishnan, Anita: Trump meets with tech titans as Bezos lauds "productive" session, in: CNBC Tech, 14.12.2016: <https://www.cnbc.com/2016/12/14/trump-to-tech-leaders-no-formal-chain-of-command-here.html>, Stand: 1.11.2018 (Übersetzung durch Manfred Groß).
- ⁹ Trump, Donald: The Art of the Deal, New York 1987, S. 1 (Übersetzung durch Manfred Groß).
- ¹⁰ Zit. nach Struyk, Ryan: President Trump says his administration is "running like a fine-tuned machine", in: ABC News, 16.2.2017 (Übersetzung durch Manfred Groß).

/// Einführung

BRAUCHT DEUTSCHLAND ATOMWAFFEN?

REINHARD MEIER-WALSER /// Entgegen vielfach geäußelter Hoffnungen, dass dem Zeitalter der Ost-West-Konfrontation nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes eine neue, konfliktärmere Weltordnung im Sinne von Francis Fukuyamas „Ende der Geschichte“ folgen würde, war und ist die internationale Politik auch nach dem Ende des Kalten Krieges von Bedrohungen der internationalen Sicherheitslage geprägt.

Aus der Perspektive der Staaten des demokratischen europäischen Westens verschärfte sich die Situation in den vergangenen Jahren durch multiple Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie durch die dramatische Verschlechterung des Verhältnisses zu Moskau im Zuge der Ukraine-Krise zusätzlich. In dieser bedrohlichen Situation wird überdies der Zusammenhalt der NATO, die jahrzehntelang gewissermaßen das „obligatorische“ Verteidigungsinstrument der Atlantischen Gemeinschaft war, durch US-Präsident Donald Trump geschwächt. Trump hatte die NATO bereits im Präsidentschaftswahlkampf 2016 als „obsolet“ bezeichnet und später mehrfach Zweifel an Washingtons Bündnisgarantien gegenüber den atlantischen Partnern der USA geweckt.

Vor diesem Hintergrund, in dem auch der bevorstehende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union eine signifikante Rolle spielt, flammte in

jüngerer Zeit in der Diskussion um die Sicherheit Europas die Frage auf, ob nicht auch die Bundesrepublik Deutschland, die im Unterschied zu Großbritannien und Frankreich über keine Kernwaffen verfügt, aus sicherheits- und verteidigungspolitischen Gründen erwägen sollte, Atommacht zu werden.

Angesichts der instabilen internationalen Sicherheitslage steht das Thema einer DEUTSCHEN Atomausrüstung wieder zur Diskussion.

Angestoßen wurde die Debatte durch den an der University of Winchester forschenden und lehrenden Po-



Abschrecken mit nuklearer Ausrüstung oder weiter auf den Dialog setzen? Die Diskussion um Deutschland als Atommacht ist angesichts der internationalen Entwicklungen wieder im Gange.

litikwissenschaftler und Strategieexperten Maximilian Terhalle, der im Berliner „Tagesspiegel“ bereits im Januar 2017 unumwunden gefordert hatte: „Deutschland braucht Atomwaffen“. Es entwickelte sich eine lebhaft, facettenreiche und kontroverse Diskussion, in der neben der sowohl rechtlich als auch politisch heftig umstrittenen Frage einer nuklearen Waffenoption der Bundesrepublik Deutschland auch weitergehende Fragen wie Aspekte einer nuklearen Teilhabe Berlins in einem multilateralen europäischen Projekt erwogen wurden.

Wir haben zwei der prominentesten Experten, die in dieser Intellektuellen-debatte die Klänge kreuzten, eingela-

den, ihre jeweilige Position im Forum der Politischen Studien vor- und zur Diskussion zu stellen: Professor Christian Hacke, der angesichts der bündnispolitischen Kurskorrektur Donald Trumps davon ausgeht, dass die Bundesrepublik Deutschland „erstmalig seit 1949 ohne nuklearen Schutzschirm der USA“ auskommen muss. Da gemäß De Gaulles Maxime, dass nukleare Gewalt „schlecht zu teilen“ sei, eine gemeinschaftliche europäische Nuklearstreitmacht nicht realisiert werden könne, müsse die „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) einen sicherheitspolitischen Neubeginn wagen. Dies sei, so Hacke, auch im Sinne der Partner Berlins, zumal eine „neue demokrati-

sche Nuklearmacht Deutschland die Sicherheit des Westens stärken“ würde.

Professor Joachim Krause entgegnet, sowohl rechtliche als auch strategische und politische Gründe sprächen gegen die Idee einer deutschen Kernwaffenrüstung. Deutschland, das sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag dazu verpflichtet habe, keine Kernwaffen zu beschaffen oder zu besitzen, würde sich im Falle eines Verstoßes gegen diese Regelung innerhalb des demokratischen Westens isolieren und die NATO zerstören. Gleichzeitig würde Berlin militärische Kommandounternehmen oder punktgenaue Luftangriffe Russlands zur Zerstörung der im Aufbau befindlichen deutschen Kernwaffenkapazität provozieren, wobei dann „kein Bündnispartner seine Hand für Deutschland rühren“ würde.

Ungeachtet dieser fundamentalen Kritik attestiert Krause dem „Weckruf“ Hackes sicherheitspolitische Berechtigung und Notwendigkeit insofern, als die weitreichenden und tiefgreifenden Veränderungen der internationalen Sicherheitslage Anpassungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erforderten, die im Rahmen einer „strate-

gischen Debatte“ vorab erörtert werden müssten. Diese Debatte, so Krause, dürfe nukleare Fragen nicht ausklammern, sie müsse aber insgesamt „breiter und komplexer angelegt“ sein. ///



/// PROF. DR. REINHARD
MEIER-WALSER

ist Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen sowie Chefredakteur der Politischen Studien, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

/// Pro

SOLL DEUTSCHLAND NUKLEARMACHT WERDEN?

CHRISTIAN HACKE /// Die semi-autoritäre Attitüde und unverhohlene Kumpanei des amerikanischen Präsidenten mit den Feinden der Demokratie verschärft die Frage, ob der Westen zu zerbrechen droht. Zudem begegnet Präsident Trump den einstmals geschätzten Verbündeten mit offensichtlicher Arroganz. Unter dem Leitbild „Amerika First“ werden die Verbündeten plötzlich zu Ballast. Indem Trump zentrale Werte und Interessen des Westens mit Füßen tritt, verspielt er die Rolle der USA als Führungsmacht des Westens. Weil er sich bei Diktatoren anbiedert, verschleudert er Amerikas Ansehen als Weltordnungsmacht und gibt Einflusszonen preis, die zu bedenklichen Machtverschiebungen zuungunsten der freien Welt führen könnten.

Rückblick

Ein Blick in die Geschichte wie z. B. in die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zeigt, dass Isolationismus und Protektionismus ur-amerikanische Verhaltensweisen sind. So gesehen kann man den liberalen Internationalismus der USA während des Kalten Krieges als Ausnahme verstehen. Trump knüpft somit an populäre Traditionen an. Was er tut, ist nicht neu, aber er revolutioniert wie kein zweiter Präsident seit dem Zweiten Weltkrieg die amerikanische Außenpolitik. Aus Freunden werden Gegner, während den Feinden der Demokratie der rote Teppich ausgerollt wird. Trump repräsentiert folglich ein Amerika, das schon immer da war, das wir Europäer und besonders wir Deutsche aber bislang nicht gekannt und des-

sen Geschichte wir geflissentlich verdrängt haben. Dieses Amerika zieht die Distanz vor und fühlt sich am wohlsten ohne den Ballast internationaler Verantwortung.

Diese derzeitige Veränderung in der amerikanischen Außenpolitik trifft die Verbündeten, insbesondere Deutschland, hart. War die Bundesrepublik mehr als 60 Jahre der bevorzugte europäische

Amerika folgt außenpolitisch
TRADITIONELL eher dem Isolationismus und Protektionismus.

Verbündete, so nimmt sie heute einen Sonderstatus ein. Sie gilt als Trumps Intimfeind Nr. 1. Diese Volte in der amerikanischen Deutschlandpolitik ist in der modernen Geschichte beispiellos. Auch deshalb macht Deutschland einen geschockten Eindruck. Vielerorts will man diese Degradierung und Bloßstellung einfach nicht wahrhaben. Und entsprechend wütend fällt das Trump-Bashing in Deutschland auch aus. Die Bundeskanzlerin pariert die Ausfälle von Trump souverän, aber ansonsten lamentiert das Land. Moralisierende Arroganz ist jedoch kein Ersatz für kluge Politik. Außerdem sitzen die USA im Streit machtpolitisch einfach am längeren Hebel. Deutschland braucht die USA mehr als umgekehrt. Und der amerikanische Präsident hat Recht, wenn er beklagt, dass sich die Bundesrepublik jahrzehntelang sicherheitspolitisch bequem eingerichtet

hat. Deutschland wird in den USA als undankbarer Trittbrettfahrer gesehen, der sich, wenn es brenzlich wird, militärischer Solidarität versagt.

Es geht bei der Kritik an Deutschland aber nicht nur um den unzureichenden Verteidigungsbeitrag im Rahmen der NATO, sondern auch um den katastrophalen Zustand der Bundeswehr. Nichts fliegt, nichts schwimmt und nichts läuft in der Truppe. Diese Armee scheint nicht verteidigungsfähig. Reformen bleiben halbherzig. Auch verstört, dass Deutschlands politische Eliten nur für die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen und emphatisch für Global Zero sowie für den Abzug amerikanischer Nuklearwaffen aus Deutschland plädieren. Dazu passt das öffentliche Desinteresse an der Verteidigungspolitik. Es spiegelt einen Provinzialismus wider, der die Idylle zum Naturzu-

stand der Weltpolitik erklärt. Treten internationale Krisen auf, dann herrscht kurzzeitig Alarm, der aber sehr bald in Desinteresse umschlägt. Das politische Berlin denkt und handelt dann gern nach der Devise „Augen zu und durch“ und hofft auf bessere Zeiten.

Die amerikanische KRITIK an Deutschland erscheint nicht ganz unbegründet.

In der Sicherheitspolitik auf Hoffnung zu bauen, könnte sich als fatal erweisen. Die Geschichte gibt dafür genügend Beispiele. Aber in Deutschland, der Insel der Seligen, gewinnt man innenpolitisch Stimmen, wenn man das Thema Sicherheit idealistisch-eskapistisch ausdünn. Der pazifistischen und zunehmend anti-amerikanischen Grundstimmung der Bevölkerung entgegenzukommen, ja sie zu schüren, das macht Stimmung und bringt Stimmen. Aber so wird Deutschlands Sicherheit leichtfertig aufs Spiel gesetzt und Anti-Amerikanismus geschürt.

Donald Trump spielt mit seinem narzisstischen und undiplomatischen Stil dieser Entwicklung noch in die Hände. Dabei wird aber übersehen, dass er im eigenen Land bislang mehr punkten konnte, als die Deutschen wahrhaben möchten. Seine populistische Diplomatie nach dem irreführenden Strickmuster „Freundschaft mit den mächtigen Autoritären und Distanz zu den unnützen Verbündeten“ findet in den USA

mehr Zuspruch, als die Europäer vermuten. Die Amerikaner sind politisch nach 17 Jahren erfolglosem Anti-Terror Krieg erschöpft. Diese Sichtweise geht aber im einseitigen Trump-Bashing in Deutschland unter. Vor allem die dramatischen sicherheitspolitischen Konsequenzen für Deutschland fallen dabei gänzlich unter den Tisch. Glaubt denn jemand im Ernst, dass unzureichende deutsche Sicherheitspolitik und Trump-Bashing in Zeiten revolutionärer Veränderungen in der Welt Deutschlands Sicherheit angemessen sind? Ist nicht vielmehr zu befürchten, dass der deutsche Nuklear-Eskapismus Präsident Trumps Deutschland-Bashing in die Hände spielt und die nukleare Abschreckungsgarantie der USA weiter ausdünn?

Deutschland muss vor diesem Hintergrund seine Sicherheitspolitik vom Kopf auf die Füße stellen:

- Als Erstes sollte Berlin den USA sicherheitspolitisch dort entgegenkommen, wo es notwendig erscheint. Die unzureichenden Verteidigungsausgaben müssen schnell und substanziell erhöht werden. Die bislang halbherzigen Ansätze reichen nicht aus.
- Deutschland muss aber auch die Qualität seiner Streitkräfte verbessern bzw. modernisieren.
- Deutschland muss eine anspruchsvolle sicherheitspolitische Kultur entwickeln. Berlin muss den Willen und die Fähigkeit entwickeln, in militärstrategischen Kategorien zu denken oder zu handeln. Geopolitische Überlegungen wie zur Sicherung der handelspolitischen Interessen sind angesichts neuer Herausforderungen dringlich. Eine nationale Verteidigungspolitik, die sich auf das Bündnis stützt, sich aber nicht hinter



Unter Präsident Trump verfolgen die USA außenpolitisch wieder einen isolationistischeren Kurs.

Quelle: Kyodo News/Getty Images

Bündnisgemeinschaften versteckt, wird zwingend.

- Die neuen nuklearen Bedrohungen im 21. Jahrhundert dürfen nicht als Relikte des Kalten Krieges bagatellisiert werden, sondern müssen durch aktive und konstruktive Beteiligung Deutschlands gelöst werden.
- Deutschlands neue Rolle als Feind Nr. 1 des amerikanischen Präsidenten zwingt es zu radikalen Neuüberlegungen seiner Sicherheitspolitik.

Deutschland muss seine SICHERHEITSPOLITIK überarbeiten.

In dieser ernsten sicherheitspolitischen Lage bieten sich für Deutschland folgende Alternativen an:

- Berlin wurstelt sich weiter wie bisher in der Sicherheitspolitik durch und hofft auf bessere Zeiten nach Trump. Dann wird aber die amerikanische Abschreckungsgarantie von Tag zu Tag unglaubwürdiger. Die jüngsten Äußerungen von Präsident Trump mit Blick auf das NATO-Mitglied Montenegro bestärken diese Zweifel. Gerade Deutschland als neues Feindbild von Präsident Trump kann kaum mit amerikanischen Beistand rechnen. Das zwingt zu einer desaströsen Erkenntnis. Die Bundesrepublik Deutschland ist erstmals seit 1949 ohne nuklearen Schutzschirm der USA. Deutschland ist heute im extremen Krisenfall schutzlos. Wer spricht das aus? Wer

räsoniert intelligent über mögliche Konsequenzen? Mehr geistige und materielle Beiträge Deutschlands sind erforderlich. Damit die USA sowohl die NATO als auch deren Mitglied Deutschland wieder als verteidigungswürdig anerkennen, muss Deutschland auch mit Blick auf eine nukleare Abschreckung zukunftsorientiert denken und handeln.

- Als Ersatz für die schwindende amerikanische Nukleargarantie wird in Berlin jetzt eine europäische Variante ins Gespräch gebracht. Entweder soll eine gemeinschaftliche europäische Nuklearmacht entstehen oder Frankreich bzw. England als Nuklearmächte sollen für Deutschland eine entsprechende Abschreckung garantieren. Deutschland könnte eine europäische Nuklearmacht dadurch unterstützen, dass es sich bereit erklärt, britische und / oder französische Nuklearwaffenprojekte mit zu finanzieren, wenn sich die beiden Mächte im Gegenzug bereit erklären würden, Deutschlands Sicherheit mit einer erweiterten nuklearen Abschreckung zu garantieren. Doch kann dieser Vorschlag überzeugen? Europa wartet nun schon seit 70 Jahren vergeblich auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik und sie wird auch in Zukunft wegen der unterschiedlichen nationalen Interessen illusorisch bleiben. Vor allem sind weder Frankreich noch Großbritannien geneigt, mit ihren nationalen Atomarsenalen Deutschlands Sicherheit zu garantieren. Ein französischer oder britischer Nuklearschirm, der für Deutschlands Sicherheit sorgt, ist also vermutlich keine Alternative und kein Ersatz. Nach wie vor gilt nicht nur in Frankreich de Gaulles

Maxime: „Nukleare Gewalt ist schlecht zu teilen.“ Berlin neigt also auch hier zur Flucht in die Illusion.

- Da die amerikanische Nukleargarantie zweifelhaft geworden ist und vermutlich auch keine europäische Abschreckungsvariante realisierbar erscheint, folgt daraus logischerweise die realistische Erkenntnis: Deutschland kann sich im extremen Krisenfall nur auf sich allein verlassen. Erweiterte Abschreckung weist ja grundsätzlich eine zentrale Schwäche auf. Der schwächere Partner Deutschland kann sich heute unter den gegebenen Umständen nicht mehr hundertprozentig darauf verlassen, dass irgendeine verbündete Nuklearmacht im Ernstfall atomar für seine Sicherheit einspringt. Damit richtet sich der Blick auf den weißen Elefanten im Raum, über den keiner in Deutschland sprechen möchte: Wie halten wir es mit einer potenziellen Atommacht Deutschland?

Eine EIGENE atomare Verteidigung Deutschlands wäre eine mögliche Alternative.

In der Vergangenheit hat Deutschland auf Massenvernichtungswaffen verzichten können, weil seine Sicherheit durch andere garantiert wurde. Das erscheint heute sehr zweifelhaft. Auf *pacta sunt servanda* folgt jetzt zwingenderweise *rebus sic stantibus*. Den neuen Krisen und strukturellen Veränderungen muss not-

wendigerweise auch die Überprüfung der vertraglichen Ecksteine deutscher Verteidigungspolitik folgen. Aber aus Gründen der *political correctness*, fehlender Zivilcourage und mangelhafter militärstrategischer Überlegungen wird die nukleare Komponente unserer Sicherheit verdrängt. Stattdessen verhalten sich die Verantwortlichen in Berlin wie die drei Affen: nichts sagen, nichts hören, nichts sehen.

Auch problematische Entscheidungen wie z. B. die Aussetzung der Wehrpflicht müssen überprüft werden. Die jüngste Ankündigung, mangels Bewerber nun Ausländer für die Bundeswehr zu rekrutieren, stimmt mehr als bedenklich. Droht der Bundeswehr wegen mangelhafter Wehrbereitschaft nun der Absturz in eine pseudo-europäische Fremdenlegion? Auch der überstürzte Ausstieg aus der Atomenergie muss angesichts der kontroversen Energiewende überprüft werden. Beide Fehlentscheidungen haben Moral, gesellschaftspolitische Verankerung und Verteidigungsfähigkeit der Streitkräfte nachhaltig geschwächt sowie Deutschlands vorbildliche Rolle als zivile Atommacht in der Welt eliminiert.

Fazit

Der absehbare Verlust der erweiterten Abschreckung durch die Nuklearmacht USA, das Fehlen einer europäischen Nuklearabschreckung, die schwindende Bedeutung der westlichen Gemeinschaftsinstitutionen wie NATO und EU und eine mangelhafte verteidigungspolitische Kultur in Deutschland erfordern einen realistischen Neubeginn. Dabei geht es auch um die zentrale Frage: Unter welchen Bedingungen und zu welchen Kosten könnte die Zentralmacht Europas Atommacht werden?

Die personellen und strukturellen Veränderungen in den USA und in der Welt zwingen Deutschland zu schwierigen Entscheidungen, vor denen die Verantwortlichen in Staat und Gesellschaft sich nicht länger drücken dürfen. Denn Deutschland droht im Nuklearzeitalter des 21. Jahrhunderts Schutzlosigkeit. Nicht Abrüstung, sondern bedrohliche Weiterverbreitung von nuklearen Diktaturen nach dem Vorbild Nordkoreas kündigen sich an. Auch dagegen muss sich Deutschland wappnen. Im Übrigen würde eine neue demokratische Nuklearmacht Deutschland die Sicherheit des Westens stärken.

Diese Fragen müssen ohne Hysterie erörtert werden. Es ist keinerlei Alarismus angebracht. Es geht vielmehr um langfristige Sicherheitsvorsorge in einer zunehmend unübersichtlichen Welt. Angesichts wachsender nationaler Egoismen muss auch ein Land wie Deutschland für seine eigene Sicherheit sorgen. Optimal gesehen muss jeder potenzielle Angreifer nuklear abgeschreckt werden. Die Krisen der vergangenen Jahre haben uns gelehrt, dass Unmögliches sehr schnell Wirklichkeit werden kann. Kernwaffen haben vor allem eine politische Funktion, nämlich ein Land in Krisensituationen vor Erpressbarkeit zu schützen. Die Krisendiplomatie eines Landes ist dann erfolg-

Die globale Entwicklung erfordert, dass sich Deutschland langfristig SELBST um seine Sicherheitsvorsorge kümmern muss.

reich, wenn sie militärisch kraftvoll abgestützt wird.

Donald Trump verkörpert nicht die Ursache westlicher Schwäche und brisanter Niedergangstendenzen des Westens und des Zerfalls seiner Gemeinschaftsinstitutionen. Vielmehr legt er deren Schwächen, die schon vor seiner Amtszeit ausbrachen, bloß. Aber er könnte durch seine unorthodoxe Gipfeldiplomatie zum Brandbeschleuniger der Krise des Westens werden. Auch dagegen muss sich Deutschland langfristig wappnen. Natürlich ist es schön, die Europäer aufzurufen, ihr Schicksal endlich selbst in die Hand zu nehmen. Doch der Glaube, dass die Europäer gerade militärisch gesehen sicherheitspolitisch gemeinsam handeln, hat sich in der Vergangenheit zu sehr abgenutzt. Vielmehr hat die ritualisierte Idealisierung von europäischer Integration und die fatale Dämonisierung nationaler Interessen die Europäische Union in die Sackgasse geführt, ja in die Krise gestürzt. Eine neue Balance zwischen Gemeinschaftsidee und nationalen Überlegungen tut not – gerade in Deutschland.

Daraus ergibt sich folgende Konsequenz: Eine Landesverteidigung auf der Grundlage eigener nuklearer Abschreckungskapazitäten muss angesichts neuer transatlantischer Ungewissheiten und potenzieller Konfrontationen Priorität bekommen. „Gouverner c'est prévoir“ (Regierungskunst gründet sich auf Vorausschau), sagen die Franzosen. Also, nicht vom Sockel moralischer Überheblichkeit weiter Trump-Bashing betreiben, sondern sich militärisch besser rüsten, nach allen Seiten und mit allen Mitteln. Mit dieser realistisch-vorausschauenden Maxime wird Deutschland eines Tages souverän Krisen meistern und die freie Welt stärken.

Die Hürden, die auf diesem Weg zu überwinden sind, erscheinen übermächtig. Deshalb stellt sich die Frage, ob sich der politische, militärische und technische Aufwand für den Status einer Atommacht derzeit überhaupt lohnt. Oberste Priorität bleibt deshalb auf mittlerer Sicht eine überzeugende Bekräftigung der erweiterten nuklearen Abschreckungsgarantie durch die USA, die alle Zweifel beseitigt. Deshalb muss Deutschland endlich seine konventionelle Sicherheitspolitik nachhaltig modernisieren und eine ansprechende Sicherheitskultur entwickeln.

Sollten jedoch in der Zukunft Unsicherheiten und Gefahren weiter zunehmen und die Zweifel an der erweiterten Abschreckungsgarantie der USA wachsen, dann muss sich Deutschland allerdings verstärkt mit der Frage auseinandersetzen, ob es den Status einer Nuklearmacht anstreben soll. Dann dürfen die Besorgnisse der Nachbarn, die pazifistische Grundhaltung der deutschen Bevölkerung, die Unwilligkeit der außen- und sicherheitspolitischen Eliten und die technischen Probleme sowie die finanziellen Kosten nur noch eine nachgeordnete Rolle spielen. Angesichts drastischer Gefahren in Europa und der Welt muss die nationale Sicherheit des Landes klare Priorität erhalten. Die Bedenken der Partner schwinden im Übrigen auch dadurch, dass Deutschland als Nuklearmacht ja die Sicherheit der freiheitlichen Demokratien stärkt.

Eine langfristige Sicherheitsstrategie muss auf alle Unwägbarkeiten eingestellt sein. Sie muss vorausschauend angelegt sein und sie muss sich letztendlich dann auf Nuklearwaffen stützen können. Nationale Selbstbehauptung erhält unter diesen Umständen höchste Priorität. Um einen Satz des früheren

Die Maxime der Sicherheitspolitik sollte REALISTISCH-VORAUSSCHAUEND sein.

Außenministers Sigmar Gabriel abzuwandeln: In einer Welt der aggressiven Fleischfresser wäre Deutschland nur als friedliebender Vegetarier hoffnungslos verloren.

Vor dem Hintergrund schwelender Krisen, verstärkter nuklearer Aufrüstung und nuklearer Weiterverbreitung, aber auch angesichts rücksichtsloser Vertragsbrüche und vor allem in einer Welt ohne tatkräftige Ordnungsmacht verschärfen sich die anarchischen Tendenzen in der internationalen Politik. In dieser Welt, die wir jetzt schon in Umrissen erkennen können, darf Deutschland weder politisch noch militärisch erpressbar werden. ///



/// PROF. DR. CHRISTIAN HACKE
ist Politikwissenschaftler, ehemals Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn.

/// Contra

DEUTSCHLAND BRAUCHT KEINE KERNWAFFEN – ABER EINE STRATEGISCHE NEUBESINNUNG

JOACHIM KRAUSE /// Der vorangegangene Artikel von Christian Hacke ist als Anlass zu folgender Debatte verstehen: Befinden wir uns in einer neuen internationalen Lage, in der wir eine grundsätzlich neue strategische Debatte benötigen? Wie ernst ist die strategische Lage Deutschlands? Welche Bedeutung kommt Kernwaffen in einer sich wandelnden internationalen Welt zu und was bedeutet das für deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Einführung

Christian Hacke vertritt die These, die internationale Lage für die Bundesrepublik habe sich so radikal verändert, dass es Zeit sei, über eine unabhängige deutsche Nuklearstreitmacht nachzudenken. Diese These ist nicht neu, sie wurde zuvor auch von Maximilian Terhalle aufgestellt und trifft in der Expertencommunity regelmäßig auf ein negatives Echo. Tatsächlich macht es keinen Sinn, eine deutsche Kernwaffenrüstung einzufordern. Diese Option steht dem heutigen Deutschland nicht mehr zur Verfügung. Es gibt hierzulande keine Experten mehr, die Kernwaffen herstellen könnten (es ist sogar strafbar, sich an der Konstruktion einer solchen Waffe zu beteiligen), kein Testgelände, kei-

ne geeigneten Trägersysteme, keine nationalen Kontroll-, Aufklärungs- und Führungseinrichtungen, keine sicheren Abschussplattformen und auch keinen sicheren und abgelegenen Ort, an dem der Bau von Kernwaffen umsetzbar wäre.

Vor allem sprechen aber rechtliche, strategische und politische Erwägungen dagegen:

Eine DEUTSCHE Kernwaffenrüstung ist heutzutage nicht mehr machbar.



Die militärische nukleare Bedrohung steigt derzeit wieder an. Vor allem Russland setzt seine Kernwaffen zunehmend als strategisches Druckmittel zur Durchsetzung seiner außenpolitischen Ziele ein.

- Die Bundesrepublik hat sich im Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland dazu verpflichtet, keine Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen zu beschaffen oder zu besitzen. Wenn Deutschland gegen diese Regelung verstößt, riskiert es, dass etwa Russland mit militärischen Kommandounternehmungen oder punktgenauen Luftangriffen den Aufbau einer deutschen Kernwaffenkapazität zerstören würde und sich dabei auf den Vertrag berufen könnte. Dann würde auch kein Bündnispartner seine Hand für Deutschland rühren.
- Innerhalb des Westens und vor allem innerhalb Europas würde sich

Deutschland isolieren und vermutlich die Einheit der westlichen Allianz gänzlich zerstören.

- Die ökonomischen Auswirkungen wären enorm, weil das exportabhängige Deutschland Gegenstand von Wirtschaftssanktionen mit massiven Einschnitten würde.
- Es ist davon auszugehen, dass die politische Debatte innerhalb Deutschlands ein derart selbstzerstörerisches Potenzial entfalten dürfte, dass alleine dieser Umstand jeden vernünftigen Politiker davon abhalten wird, ein derartiges Projekt ins Auge zu fassen.

Der Aufsatz von Christian Hacke sollte aber Anlass sein, sich gründlich mit der Frage auseinanderzusetzen, inwieweit

sich das internationale Umfeld Deutschlands verändert hat und welche Anpassungen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik daraus resultieren sollten. Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren merkliche Veränderungen gegeben, die die deutsche Politik nicht einfach übergehen kann. Von daher ist der Artikel von Christian Hacke als Weckruf zu verstehen. Die Debatte dazu muss aber breiter und komplexer angelegt sein.

Brauchen wir eine strategische Debatte?

Vordergründig gesehen gibt es in der heutigen deutschen Politik eigentlich nichts Unzeitgemäßerem, als eine strategische Debatte führen zu wollen, die sich zudem noch mit militärischen Dingen und zu allem Überfluss auch noch mit Kernwaffen beschäftigt. Die Bundesrepublik Deutschland lebt seit dem Ende des Ost-West-Konflikts in der festen Gewissheit, dass es keine strategische Konfliktlage mehr gibt, die die deutsche Sicherheit tangiert. Bedrohungen werden im Wesentlichen als globale Risiken begriffen. Dazu gehören der Klimawandel und die Umweltzerstörung sowie die Migration infolge von Hunger, Dürre und Kriegen. Militärische Instrumente gelten als wirkungslos und kontraproduktiv. Stattdessen werden multilaterale Verhandlungen und Entwicklungshilfe als angemessene Instrumente gesehen, gerne auch unter Einbeziehung von Nicht-Regierungsorganisationen. Kriege kommen nur noch als regionale Phänomene vor. Sie werden als Resultat von Rüstungswettläufen und Missverständnissen verstanden und können durch diplomatische Vermittlung, den Stopp deutscher Rüstungsexporte oder durch ökonomische Sanktionen beigelegt werden.

Für die deutsche Politik gibt es nur noch GLOBALE Risiken.

Deutschland hilft gerne dabei, Konflikte und Elend in der Welt durch guten Rat und gute Dienste zu überwinden. Diese Sichtweise findet sich auch in der Politik der Bundesregierung wieder. Diese verfolgt zunehmend eine Außenpolitik, die im Kern therapeutisch ist, aber keine strategische Richtung mehr erkennen lässt. Dieses deutsche Selbstverständnis basiert auf einer sozialen Konstruktion der Wirklichkeit, die heute mehr und mehr in Widerspruch zur internationalen politischen Realität gerät. Je größer diese Widersprüche werden, umso heftiger wird die soziale Konstruktion der Realität aber in Politik, Medien und Wissenschaft verteidigt, denn sie ist tief ideologischer Natur.

Tatsächlich gibt es wieder strategische Konfliktlinien (zu Russland und zum Iran) bzw. zeichnen sich neue ab (China-USA). Die vermeintliche Wirkkraft von Multilateralismus, Diplomatie und Entwicklungshilfe verblasst zusehends. Die europäische Integration, auf deren Fortbestehen die deutsche Politik baut, wird durch populistische und nationalistische Tendenzen gefährdet. All diese Entwicklungen werden wahrgenommen, führen aber zu keiner merklichen Anpassung in der Politik. Zu der spezifisch deutschen sozialen Konstruktion der Wirklichkeit gehört auch das weitgehende Ignorieren der Tatsache, dass der zivile und multilaterale Ansatz der Außen- und Sicherheitspolitik der

Bundesrepublik Deutschland lediglich im Rahmen einer funktionierenden liberalen internationalen Ordnung möglich ist. Diese Ordnung konnte bislang nur unter Bedingungen einer amerikanischen Hegemonie und einer starken militärischen Garantierolle der USA funktionieren.

Diese Garantierolle wird unter Präsident Trump aber in Frage gestellt, wenngleich Rhetorik und Politik noch weit auseinanderliegen. Ob daraus ein dauerhafter Rückzug aus der internationalen Verantwortung wird, bleibt abzuwarten (bzw. zu verhindern). Sollte Trumps krude Rhetorik zu einer fundamentalen und dauerhaften strategischen Neuausrichtung der US-Politik führen, wäre das gleichbedeutend mit einer Re-Anarchisierung der internationalen Politik. Ohne die USA ist eine liberale internationale Ordnung bestenfalls noch als Restkategorie vorstellbar. Eine derartige Entwicklung würde die Bundesrepublik Deutschland in eine katastrophale Situation bringen, denn auf internationale Anarchie ist dieses Land nicht eingestellt. Von daher ist es wichtig, eine seriöse Debatte darüber zu beginnen, wie deutsche Politik verhindern kann, dass es zu dieser Entwicklung kommt. Die Aussichten dafür sind nicht schlecht, denn das politische Establishment der USA steht hinter dieser internationalen Rolle der USA. Dazu gehört auch das Establishment der Republikanischen Partei. Diese Debatte wird bei uns so gut wie nicht geführt. Stattdessen gibt es Kritik an den Eskapaden des amerikanischen Präsidenten.

Eine strategische Debatte in Deutschland tut daher not, die sich mit den neuen Realitäten auseinandersetzt und die versucht, einen Neuansatz deutscher (und europäischer) Außenpolitik

zu formulieren, der diesen Realitäten gerecht wird. Ziel muss es sein, so viel wie möglich (genauer gesagt: mindestens das kritische Minimum) von der liberalen internationalen Ordnung zu erhalten. Eine völlige Re-Nationalisierung der internationalen Beziehungen (und die damit verbundene Re-Anarchisierung der internationalen Politik) würde Deutschland mit all den Dilemmata und Problemen konfrontieren, die zwischen 1890 und 1945 zu den bekannten schicksalhaften Fehlentscheidungen in Berlin geführt haben. Einen ähnlichen Rückfall zu verhindern, muss das übergeordnete Ziel deutscher Außen- und Sicherheitspolitik werden.

Es bedarf entsprechend der neuen strategischen Konfliktlinien einer REALISTISCHEN Debatte.

Wie ernst ist die strategische Lage Deutschlands?

Christian Hacke malt in seinem Artikel ein sehr düsteres Bild der Lage Deutschlands, die im Wesentlichen darauf beruht, dass er die amerikanische Sicherheitsgarantie für Deutschland als nicht mehr gegeben betrachtet. Diese Sichtweise ist zu pessimistisch. Die von ihm beschworene Gefahr besteht zwar durchaus, aber es liegt zu einem Großteil an der deutschen Politik, ob daraus eine reale Bedrohung unserer Sicherheit wird oder nicht. Deutschland ist nicht das neue „Feindbild“ der USA. Tatsächlich haben wir einen US-Präsidenten,

der das ausspricht, was Demokraten wie Republikaner seit Jahrzehnten zu Recht bemängeln: Deutschland hat sich in seiner post-modernistischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik viel zu sehr auf andere verlassen und seine Verteidigung grundlegend vernachlässigt. Von daher ist das Vernünftigste, was die deutsche Politik derzeit tun kann, ernsthaft dafür zu sorgen, dass die deutschen Verteidigungslasten auf ein Niveau ansteigen, welches den zugesagten 2 % des Bruttoinlandsproduktes entsprechen. Diese Summe ist im Übrigen auch notwendig, wenn die Bundeswehr all die Verpflichtungen erfüllen will, die sie in der NATO bis 2024 eingegangen ist. Das, was derzeit am Vernünftigsten erscheint, ist im heutigen Berlin allerdings politisch nicht durchsetzbar. Die Regierungspartei SPD besteht auf niedrigen Verteidigungslasten und begründet das mit dem angeblichen Rüstungswettlauf, den Deutschland ansonsten auslösen würde – ein absurdes und populistisches Argument. Auf Seiten der Union gibt es keine Kraft, die auf einen klaren Kurs drängt. Von daher gehen wir sehenden Auges in eine transatlantische Krise, die vermeidbar wäre und an deren Ende die sicherheitspolitische Isolation Deutschlands drohen kann.

Aber auch in anderen Bereichen kann deutsche Politik dazu beitragen, dass die internationale Ordnung erhalten bleibt. Das betrifft vor allem die Europapolitik. Die Europäische Union ist in der tiefsten Krise ihrer Existenz und es ist nicht sicher, ob diese Union in zehn Jahren noch handlungsfähig ist oder ob es sie überhaupt noch geben wird. Die Hauptprobleme sind alle hausgemacht: die Einführung des Euros, ohne sicherzustellen, dass die beteiligten Staaten die notwendige Anpassung

ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik vornehmen, und die Einführung der Schengen-Zone ohne den effektiven Schutz der Außengrenzen der EU gegen illegale Migration und organisierte Kriminalität. Heute zerfällt in einem Land nach dem anderen der europäische Integrationskonsens. Mit Großbritannien scheidet demnächst die zweitgrößte Volkswirtschaft aus der Union aus, Italien, die viertgrößte Volkswirtschaft, ist auf einem ähnlichen Weg, und Polen, Tschechien, Ungarn, die Slowakei, Bulgarien und Rumänien entfernen sich sichtbar aus dem europäischen Konsens. Eine deutsche Initiative mit dem Versuch, einen neuen europäischen Konsens zu begründen, ist nicht abzusehen. Es gibt nicht einmal einen politischen Ansatz in diese Richtung. Dabei wäre dies notwendiger denn je.

Der Erhalt des EUROPÄISCHEN Konsens ist existenziell wichtig.

Ein weiterer Bereich, in dem sich entscheidet, ob die liberale internationale Ordnung eine Zukunft hat, ist der Umgang mit Russland. Die politische Führung in Moskau sucht den strategischen Konflikt mit dem Westen und fordert die liberale internationale Ordnung grundsätzlich heraus. Die Besetzung und Annexion der Krim, die hybride Invasion in der Ostukraine, der Ausbau einer Invasionsfähigkeit gegenüber den baltischen NATO-Staaten, Schweden und Finnland, die vielen militärischen

Provokationen (einschließlich unverhohlener Drohungen mit dem Einsatz von Kernwaffen) sowie die vielfältigen Versuche der Wahlbeeinflussung und Destabilisierung westlicher Staaten und Gesellschaften sprechen Bände. Russland stellt die zentralen Grundlagen der liberalen internationalen Ordnung in Frage: das Gewaltverbot, die Anerkennung der gleichen Souveränität für alle Staaten sowie das Verbot der gewaltsamen Veränderung von Grenzen.

In der Wissenschaft herrscht weitgehend Übereinstimmung darüber, dass die Ursache dieser Politik innenpolitischer Natur ist. Das heutige Russland wird von einer kleptokratischen Machtvertikale beherrscht, die ihre mangelnde innenpolitische Legitimität durch außenpolitische Aggressivität und Abenteuerlust kompensiert. Damit sind erhebliche Risiken verbunden, denn eine derartige Politik sucht begrenzte Konflikte, um territoriale und materielle Gewinne zu erzielen und um die Heroisierung der politischen Führung zu betreiben. Dabei setzt sie auf zögerliches Verhalten und die mangelnde Einigkeit westlicher Politik und tendiert dazu, immer größere militärische Risiken einzugehen. Letzteres ist das, was heute dazu beiträgt, dass es in Europa wieder eine reale Kriegsgefahr gibt.

Die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Parteien hat auf die von Russland ausgehende Bedrohung der internationalen Ordnung nur sehr zögerlich reagiert. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der NATO zu einer aktiven Rolle bei der Aufstellung einer schnell verlegbaren Truppe zum Schutz der baltischen Staaten, zur Führung eines multinationalen Bataillons in Litauen und zur Unterstützung des neuen Joint Support and Enabling Commands

in Ulm verpflichtet. Auch trägt sie westliche Sanktionen mit, die nach dem Abschuss des malaysischen Flugzeugs MH 17 im Juli 2014 gegen russische Einrichtungen verhängt wurden. Aber insgesamt bleibt ihre Politik widersprüchlich und zögerlich. Es ist keine Strategie des Umgangs mit Russland zu erkennen, insbesondere nicht, was den Einsatz ökonomischer Druckmittel und militärischer Instrumente betrifft.

In SPD und Union werden zudem teilweise fragwürdige Bedenken gegen die fortgesetzte Politik der Sanktionen geäußert. Die versprochene führende Rolle bei der Verteidigung der baltischen Staaten erfordert zusätzliche Verteidigungsausgaben, die die SPD ablehnt. Und das von der Bundeskanzlerin verkündete Bemühen um die Verringerung der Abhängigkeit von russischen Gas- und Öllieferungen wird durch den Bau einer zweiten Gas-Pipeline von Russland nach Deutschland durch die Ostsee (Northstream 2) konterkariert. Die Bundesregierung steht auch der dauerhaften Stationierung alliierter Truppen in den baltischen Staaten, was die beste Versicherung gegen eine russische Aggression wäre, ablehnend gegenüber. Stattdessen scheint sie davon auszugehen, dass man durch Gespräche und Beschwichtigung die russische Politik grundsätzlich ändern könne – bislang aber ohne großen Erfolg.

Die deutsche Politik gegenüber der russischen Konfliktstrategie ist ZÖGERLICH und widersprüchlich.

Neben diesen sehr stark auf Europa und die transatlantische Welt bezogenen strategischen Entwicklungen spielten natürlich auch noch das breitere internationale Geschehen eine Rolle, insbesondere der Aufstieg Chinas zu einer Globalmacht sowie die Krise der arabischen und auch der weiteren muslimischen Welt und die Strukturkrisen Afrikas. Jede dieser Entwicklungen verschärfte die ohnehin bestehenden Probleme für die Aufrechterhaltung einer internationalen Ordnung noch.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die internationale Ordnung und das durch sie gebildete kooperative Umfeld der deutschen Außenpolitik gefährdet sind. Dabei bestehen vielfältige Spielräume für eine deutsche Politik, die den Verfall des kooperativen Umfeldes verhindern oder in seinen Konsequenzen mindern können. Diese Spielräume werden durch die deutsche Außenpolitik aber nicht genutzt. Stattdessen wird die deutsche Politik durch Zögerlichkeit, Widersprüchlichkeit und Beschwichtigung gekennzeichnet und verfällt zunehmend in einen unreflektierten friedenspolitischen Populismus, bei dem bequeme Lösungen für komplexe und schwierige Probleme gesucht werden.

Welche Bedeutung kommt Kernwaffen in einer sich wandelnden internationalen Welt zu?

Wenn sich die internationalen Beziehungen weiter verschlechtern, bedeutet das, dass auch das kooperative, liberale internationale Umfeld der Bundesrepublik Deutschland weiter verfällt. Wie muss man dann mit nuklearen Risiken und Bedrohungen umgehen? Diese Frage ist unbequem, aber sie zu stellen, ist unumgänglich.

Leider sind nukleare Risiken wieder im Anstieg begriffen. Das hängt nicht mit dem immer wieder beschworenen mutmaßlichen „Rüstungswettlauf“ zusammen, sondern damit, dass Russland Kernwaffen wieder eine militärische Rolle zukommen lässt, deren Umsetzung destabilisierend wirkt. Solange

Russland setzt seine Kernwaffen in **DESTABILISIERENDER** Weise ein.

Kernwaffen nur die Funktion haben, ein Land vor einer Invasion zu schützen, sind diese nicht nur unschädlich, sondern fördern den Frieden. Wenn aber ein Kernwaffenstaat wie Russland seine nuklearen Mittel nutzt, um andere Länder damit zu bedrohen, oder gewaltsam Grenzen verändert und jeden Versuch der Wiederherstellung des Status quo ante unter eine nukleare Bedrohung stellt, dann ist ein Punkt erreicht, an dem Kernwaffen wieder zu einer erheblichen Bedrohung werden. Darauf muss sich auch die deutsche Politik einstellen. Die allgemeine Abschaffung von Kernwaffen zu fordern, ist dabei die leichteste aller Optionen – nur ist sie noch weniger realistisch als die Forderung nach deutschen Kernwaffen. Das Beharren darauf hilft den absehbaren Sicherheitsbedrohungen nicht ab.

Tatsächlich besteht derzeit in Europa eine militärische Lage, wo es durchaus Ähnlichkeit mit der Situation in den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhun-

derts gibt, als die Sowjetunion Mittelstreckenwaffen des Typs SS-20, mit denen sie Ziele in Europa direkt bedrohen konnte, aufstellen ließ. Diese Raketen sollten der sowjetischen Seite die Möglichkeit eröffnen, im Rahmen der damals geplanten kontinentalen Offensivoperation des Warschauer Paktes (genauer gesagt: der militärisch bis ins kleinste Detail geplanten Eroberung der Bundesrepublik Deutschland, der Benelux-Staaten, Jugoslawiens, Österreichs, Italiens, Griechenlands, Dänemarks, Norwegens, Schwedens und der Türkei) über ein nukleares Erpressungspotenzial zu verfügen. Damit sollte die Abschreckungsstrategie der NATO unterlaufen werden.

Es ging der Sowjetunion darum, den erweiterten nuklearen Abschreckungsverbund der USA für Westeuropa durch „Entkopplung“ unwirksam und unglaubwürdig zu machen. Im Falle eines raschen oder auch nur teilweisen operativen Erfolgs der Offensive hätten die SS-20 Raketen Moskau die Möglichkeit gegeben, europäische Hauptstädte oder wichtige Einrichtungen der NATO direkt mit selektiven Nuklearschlägen zu bedrohen. Anstelle der beabsichtigten vorbedachten Eskalation der NATO gegen einen Angriffskrieg des Warschauer Paktes wären die europäischen Regierungen vor die Wahl gestellt worden, entweder zu kapitulieren oder die eigene Zerstörung zu riskieren. Die NATO reagierte mit der Aufstellung eigener, landgestützter Mittelstreckenwaffen (Pershing II und Cruise Missiles). Ziel war es, das Kalkül der sowjetischen Seite zu durchkreuzen. Dabei sollte das Territorium des Landes nicht ausgespart bleiben, welches für die Eröffnung des Krieges verantwortlich gewesen wäre,

ohne dass die Pershing II Raketen zu einem nuklearen Erstschnellangriff fähig gewesen wären. Es ging beiden Seiten um Eskalationsdominanz, allerdings mit völlig unterschiedlicher Zielrichtung. Der Sowjetunion ging es um die Kontrolle über den Ausgang eines von ihr begonnenen umfassenden Angriffskrieges in Europa. Der NATO ging es darum, einen ihr aufgezwungenen Verteidigungskrieg zu eigenen Bedingungen so rasch wie möglich zu beenden und den Status quo ante ohne den Verlust territorialer Integrität wiederherzustellen.

Der Warschauer Pakt diente der Sowjetunion als nukleares **ERPRESSUNGSPOTENZIAL**.

Heute ist die Lage insofern grundlegend anders, als dass Russland nicht die Fähigkeit zu einer kontinentalen Invasion besitzt. Insbesondere sind keine 20 russischen Divisionen in der Mitte Europas stationiert und der Warschauer Pakt ist längst Geschichte. Russland hat sich im vergangenen Jahrzehnt aber erneut eine regional auf den nördlichen Ostseeraum und die Ukraine begrenzte, militärische Invasionsfähigkeit aufgebaut, die in den baltischen NATO-Staaten sowie in Finnland und Schweden zu Recht als existenzielle Bedrohung ihrer territorialen Sicherheit angesehen wird. Es gibt derzeit keine vergleichbaren Streitkräfte der NATO vor Ort, die dem entgegenwirken könnten.

In Moskau scheint in diesem Zusammenhang die gleiche strategische Überlegung vorherrschend geworden zu sein, die in den 70er-Jahren zur Beschaffung von SS-20 Raketen führte. Um territoriale Gewinne absichern zu können, werden Kernwaffen mittlerer Reichweite disloziert, die Russland Eskalationsdominanz verschaffen, etwa um eine Rückeroberung der baltischen Staaten durch die NATO zu verhindern. Diese Waffen erlauben es, europäische Regierungen oder militärische Einrichtungen der NATO direkt mit Kernwaffen zu bedrohen. Damit kann Moskau im Bedarfsfall die Europäer vor die Wahl stellen, entweder russische Eroberungen zu akzeptieren oder einen Kernwaffenkrieg zu riskieren.

Moskau setzt mittlerweile auf eine REGIONALE militärische Invasionsfähigkeit.

Diese Fähigkeiten legt sich Russland derzeit durch die Einführung einer neuen U-Boot-Klasse (Jasen bzw. Severodvinsk), die nuklearfähige Marschflugkörper vom Typ Kalibr 3M14 mit sich tragen, zu. Diese Marschflugkörper lassen sich auch von Überwasserschiffen einsetzen. Damit wird es dem russischen Militär möglich, aus unterschiedlichen Seegebieten heraus Ziele in Nord- und Mitteleuropa punktgenau anzugreifen (nuklear oder konventionell). Des Weiteren geschieht dies durch die Verlegung von nuklearfähigen Iskander-

M-Raketen mit einer Reichweite von knapp 500 km in den Bezirk Kaliningrad. Diese können nicht nur Warschau, sondern auch Berlin erreichen. Die seit einigen Jahren von der NATO angeordnete Verletzung des INF-Vertrags durch Russland im Wege der Einführung des neuen Marschflugkörpers Iskander-K (9M729) vervollständigt das Bild einer neuen nuklearen Herausforderung der europäischen Sicherheit durch Russland.

Was bedeutet das für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Mit dieser neuen nuklearen Bedrohung muss sich auch die deutsche Politik auseinandersetzen. Das Problem löst man nicht, indem man die Gefahr eines Rüstungswettlaufs beschwört und hauptsächlich die USA für die Eskalation verantwortlich macht. Notwendig ist eine realistische, an den tatsächlichen Bedrohungen orientierte und von strategischem Fachverstand begleitete Politik, die auch der Öffentlichkeit reinen Wein einschenkt und sich nicht hinter Floskeln verbirgt.

Eine derartige Auseinandersetzung sollte im Rahmen der NATO erfolgen und darf nicht im deutschen Alleingang passieren. Die NATO (und damit auch die Bundesregierung) wird sich mit der neuen russischen Herausforderung im Bereich von nuklearen und konventionell bestückten Mittelstreckenraketen befassen und entsprechend reagieren müssen, und zwar effektiv und maßvoll. Dazu bedarf es voraussichtlich keiner Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden, aber es bedarf intensiver Bemühungen zur Verbesserung der Raketenabwehr gegen ballistische Mittelstreckenrake-

Die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik sollte weiter in ZUSAMMENARBEIT mit der NATO stehen.

ten und vor allem gegen schnelle und agile Marschflugkörper. Es bedarf auch einer Debatte über die Anpassungen im Bereich der Abschreckungsdoktrin der NATO.

Ausblick

Es besteht die reale Gefahr, dass sich das geordnete und kooperative Umfeld der Bundesrepublik fundamental verschlechtert und der kooperativen Außenpolitik Berlins der Boden unter den Füßen weggezogen wird. Die Hauptgefährdungen sind der Zerfall der Atlantischen Allianz, die Desintegration der Europäischen Union sowie die zunehmende Militarisierung der Politik Russlands. Hinzu kommen die direkten und indirekten Folgen des Aufstiegs Chinas und der sich abzeichnenden Rivalität zwischen China und den USA. In dieser Situation gibt es eine Vielzahl von vornehmlich politischen Optionen deutscher Politik, diesen Verfall aufzuhalten.

In erster Linie muss Deutschland die Stabilisierung der nordatlantischen Allianz durch eine Politik betreiben, die bei Verteidigungslasten einen größeren Ausgleich herstellt. Zudem muss Deutschland viel energischer als bislang geschehen eine Reform der Europäischen Union betreiben, die der Gefahr des Zerfalls entgegenwirkt. Drittens muss Deutschland der durch Russland

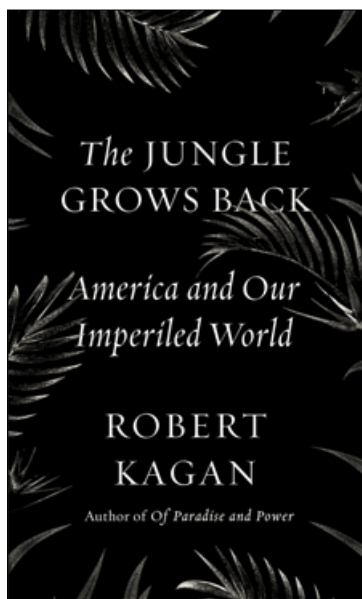
ausgehenden Gefahr der Zerstörung der internationalen Ordnung viel entschlossener gegenüberreten, als bislang geschehen.

In diesem Zusammenhang ist auch die neue eurostrategische Bedrohung durch russische Mittelstreckenwaffen zu thematisieren. Deutschland kann diese Optionen nur nutzen, wenn es sich innerhalb der eingespielten und noch funktionierenden transatlantischen und der europäischen Strukturen bewegt. Ein deutscher Alleingang in Richtung einer eigenen Kernwaffenrüstung wäre der schnellste Weg zur Zerstörung dieser kooperativen Strukturen und würde die befürchtete Re-Anarchisierung der internationalen Beziehungen beschleunigen. Zudem ist die Option eigenständiger deutscher Kernwaffen aus völkerrechtlichen, technischen und politischen Gründen nicht realisierbar.

Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass eine politisch-strategische Debatte über den derzeitigen strategischen Wandel und seine Folgen überfällig ist und dass diese Debatte auch nukleare Fragen einbeziehen muss. Es ist aber nicht ratsam, einen separaten deutschen Weg zu einer Kernwaffenrüstung einzuschlagen. Im Gegenteil, dadurch würden die heutigen Probleme nur noch verschärft. ///



/// PROF. DR. JOACHIM KRAUSE
ist Direktor des Instituts für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel.



Kagan, Robert: *The Jungle grows back: America and Our Imperiled World*. New York: Knopf-Verlag 2018, 192 Seiten, \$ 22,95.

/// Bricht die liberale Weltordnung zusammen?

AMERIKA IM DSCHUNGELKAMPF

Robert Kagan, Wissenschaftler am renommierten Brookings-Institut in Washington und viel gelesener Kolumnist der Washington Post, hat sich zur Außenpolitik zu Wort gemeldet, präzise und knapp formuliert. Sein neues Werk „The Jungle grows back“ (Der Dschungel wächst zurück) kommt mit 192 Seiten aus und ist damit je nachdem ein kurzes Buch oder ein langes Essay. Jedes Wort sitzt und Kagan braucht auch keine Tabellen und Zahlen. Jede Zeile zeugt von der Dramatik der Lage und sprießt vor argumentativer Kraft.

Es geht jetzt ums Ganze, um Frieden, Stabilität und Wohlstand in der Welt. Die liberale Weltordnung seit 1945 beendete die Ära der Kriege in Europa, die im 20. Jahrhundert immer auch Weltkriege waren. Die Pax Americana war eine Weltordnung unter Amerikas Führung. Und Amerika war zum Führen bereit, auch zum Preis hoher Militärausgaben und ständiger Vorwürfe des Imperialismus. Andere Länder akzeptierten die politische, strategische und kulturelle Dominanz der USA. Die NATO war der begehrteste Klub der li-

beralen Weltordnung. Wer Mitglied wurde, hatte es geschafft: Sicherheit durch Amerika und Fokus auf die Wirtschaft. Und es war eine Win-win-Situation für alle, für die Klubmitglieder und den Klubpräsidenten. Die liberale Weltordnung ist jedoch artifiziell und an ihr nagen die Kräfte der Natur. Frieden, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, internationaler Handel und offene Märkte sind Ausnahmen in einer Welt, in der sich die Staaten in geopolitischer Rivalität gegenüberstehen, hochgerüstet, misstrauisch und nicht bereit zum Souveränitätsverzicht. Diese ungeordnete Staatenwelt ist der Dschungel, der jetzt zurückwächst und die liberale Weltordnung bedroht. Die Jahrzehnte der Freiheit drohen unterzugehen in neuen, nur allzu bekannten Jahrhunderten der Wildnis.

Kagan tritt dazu eine provokante These: Nur Amerika kann der Naturgewalt von Kriegen und Despotie Einhalt gebieten. Er setzt damit ein Ausrufezeichen gegen die Einschätzung, dass die Menschheit auf den ewigen Frieden zusteuert und die Schicksalsdramen der Weltgeschichte Geschichte sind. Kagan widerlegt Fukuyama. Nicht das Ende der Geschichte ist angebrochen, sondern die Geschichte geht ungebremst und mit neuer revisionistischer Kraft weiter.

Ohne sich unnötig mit Trump aufzuhalten, zieht Kagan den großen Bogen in der amerikanischen Außenpolitik. Der Blick auf das Große erlaubt es ihm, vieles klein zu halten. Doch sind der Irak-Krieg, die langen Jahre der Afghanistan-Intervention und der Tyrannensturz in Libyen wirklich nur Fußnoten der amerikanischen und damit globalen Politik? Amerika hat wiederholt über das Ziel hinausgeschossen, Konflikte beför-

dert und nicht eingehegt. Sein Ansehensverlust in der Welt unterstreicht die Gefahr, dass man die Glaubwürdigkeit als Klubpräsident verspielt. Für Kagan sind dies unvermeidliche Fehler und unweigerliche Schattenseiten einer globalen Führungsrolle. Aber ohne die USA wäre die ganze Welt ein Schlachtfeld, nicht nur Syrien.

Auch zu Amerikas inneren Voraussetzungen und zur öffentlichen Stimmung hätte man gern mehr gehört. Wer soll den Erziehungsauftrag leisten und der amerikanischen Öffentlichkeit die historischen Argumente liefern, dass die USA in globaler Verantwortung stehen und ihr Wohlstand von der liberalen Weltordnung abhängt? Wen sieht Kagan in der politischen Bildungspflicht: Die politische Elite im Kongress, deren moralische Glaubwürdigkeit im Sinkflug ist? Schulen, deren Schere zwischen öffentlich und privat immer weiter auseinandergeht? Medien, die sich immer stärker politisieren und in Echokammern zerfallen?

Kagan mag Antworten schuldig bleiben, sei es zu den Bildungsträgern in den USA oder zu den Rückschlägen und tausenden von Toten nach fehlgeleiteten Interventionen, die mehr sind als Kollateralschäden amerikanischen Übereifers. Auch die Einstufung Russlands als Regionalmacht fiel schon Obama auf die Füße. Russland holte in der Ukraine und Syrien zum Gegenschlag aus. Dass sich Russland und China als Junior-Partner der USA begreifen sollen, wird man in Moskau und Beijing nur müde belächeln. Gleichwohl gilt: Kagan hat ein kraftvolles Plädoyer geschrieben für ein Amerika, das sich um die Welt kümmert und nicht dem dumpfen Nationalismus einer America-First-Rhetorik auf den Leim geht. America-First heißt, den

Dschungel wachsen zu lassen, bis vor lauter diktatorischem und kriegerischem Unkraut die liberale Weltordnung zusammenbricht. Es ehrt Kagan, keinen Verriss der Trump-Administration zu schreiben. Vielmehr stehen die USA und damit die Welt am Wendepunkt, Trump hin oder her. Zerbricht die liberale Weltordnung, wird es keine neue mehr geben. Die Folgen wären dramatisch.

Kagans literarischer Aufschrei für ein der Welt zugewandtes Amerika kurziert in Washingtons Außenpolitik-Szene als Pflichtlektüre. Es ist die faszinierende Analyse einer Welt aus den Fugen, die nur durch die USA ihren Ordnungsrahmen erhält. Man sollte Kagan auch in anderen Hauptstädten der Welt lesen. Doch für eine breitere Wirkung müsste Kagans Schrift aus dem Englischen übersetzt werden. Verdient hätte Kagans Dschungelbuch es.

Nachfolgend ein Interview mit dem Autor Robert Kagan:

Christian Forstner: Herr Kagan, wie schätzen Sie die Außenpolitik der Trump-Regierung im Kontext der Denkschulen der amerikanischen Außenpolitik – Realismus, Isolationismus und Internationalismus – ein?

Robert Kagan: Die Denkschulen der Außenpolitik sind mehr ein theoretisches Konstrukt der Wissenschaft. Die tatsächliche Frage ist, wie viel Verantwortung Amerika international übernehmen will. Fast alle Amerikaner irren sich in der Annahme, dass die liberale Weltordnung als Reaktion auf die Sowjetunion entstand. Tatsächlicher Auslöser waren jedoch die zwei Weltkriege

und das Bestreben, dass sich ein Zusammenbruch der internationalen Ordnung nicht wiederholt. Irak, Afghanistan und die Finanzkrise ließen jetzt aber viele Amerikaner daran zweifeln, dass die USA eine globale Führungsrolle übernehmen sollen. Präsident Trump steht für ein weit verbreitetes Gefühl der Amerikaner. Heute sind wir an einem Wendepunkt der amerikanischen Geschichte. Ich erinnere an das Amerika von vor 1941. Man dachte damals, wir sind ein Land zwischen zwei Ozeanen, die restliche Welt ist weit weg, wir sind uns selber genug, wirtschaftlich autark und der Rest der Welt kann uns egal sein.

Christian Forstner: Zu Deutschland: Sehen Sie gute Gründe, dass die Deutschen zögern, mehr militärische Verantwortung zu übernehmen?

Robert Kagan: Es ist ein Irrweg, dass die USA höhere Militärausgaben von Deutschland fordern und Japan zu mehr militärischer Verantwortung drängen. Die liberale Weltordnung basiert auf der Absprache, dass Amerika das politische und strategische Handlungsmonopol hat und diese Vormachtstellung von allen akzeptiert wird.

Christian Forstner: Wie geht man mit Ländern um, die sich gegen Amerika und die liberale Weltordnung stellen?

Robert Kagan: Die liberale Weltordnung ist für sich genommen unnatürlich. Eigentlich tendiert das internationale System eher zu Chaos und Konflikt, nicht zu Ordnung. Ordnung wird von oben durchgesetzt. Putin ist ein beredtes Beispiel dafür, dass Russland nicht von geopolitischen Ambitionen loslassen kann. China holte wirtschaftlich auf, als Amerika Chinas mächtigsten Riva-

len Japan in Schach hielt. Ab diesem Zeitpunkt konnte sich China auf seine Wirtschaft konzentrieren. Doch die geopolitischen Ambitionen gab es trotzdem nicht auf.

Wie soll man also mit diesen Ländern umgehen? Die Antwort ist, ihnen Anreize zur Konzentration auf die Wirtschaft zu geben. Daraus folgt: Erstens muss der Westen militärische Grenzen setzen und zur militärischen Eindämmung bereit sein. Zweitens muss man Russland und China wirtschaftlichen Aufschwung und Teilhabe ermöglichen. Leider tun wir heute fast das Gegenteil. Wir setzen sie wirtschaftlich unter Druck und vernachlässigen die militärische Abschreckung. Russland wäre eigentlich kein großes Problem. Russland

ist eine zweitklassige Regionalmacht, solange der Westen stark, geeint und kohärent auftritt.

Christian Forstner: Wer ist die größere Gefahr für die liberale Weltordnung – Präsident Trump, Präsident Putin oder Präsident Xi?

Robert Kagan: Keine Frage: Donald Trump, denn die Vereinigten Staaten sind der Schlüssel zur Weltordnung. Wenn die USA die angedachte Führungsrolle übernehmen, kann man alle anderen Probleme in den Griff kriegen. Wenn nicht, dann nicht.

CHRISTIAN FORSTNER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, WASHINGTON

Schwarz, Hans-Peter:
Von Adenauer zu Merkel.
Lebenserinnerungen eines
kritischen Zeitzeugen.
München: Deutsche-Verlags-
Anstalt 2018, 734 Seiten,
€ 50,00.



Hans-Peter Schwarz war weit über Bonn hinaus als erstklassiger Analytiker der nationalen und internationalen Lage und politischen Verhältnisse bekannt und insofern durchaus eine Biografie wert. Einer meiner Mitarbeiter hatte mit ihm diesbezüglich bereits gesprochen, aber letztendlich habe ich Schwarz dann dazu ermuntert, ähnlich wie andere Koryphäen auch, eine Autobiografie zu erwägen. Das war 2012 und er schrieb mir, dass er sich das überlege. Das Ergebnis liegt nun – viel beachtet – vor. Es ist ein wuchtiges Werk von ordentlichem Gewicht, auch im wörtlichen Sinne, ein echter Schwarz also, aber dabei diesmal eine auf sich selbst gerichtete Lebensbeschreibung. Seine Autobiografie hielt ihn jedoch nicht davon ab, weiter auch das Thema Völkerwanderung unter dem Titel „Herbst 2015“ zu bearbeiten.

Schwarz war in Freiburg in der Bergstraesser-Ära der 50er- und 60er-Jahre der dortigen Universität zunächst noch, wie es Studiengenossen schien, als Soziologe unterwegs. Vielleicht erklärt dies auch die Breite seiner Beiträge. Neben heftigem Zeitgeistkritik gehörten auch Skizzen von politischen „Mons-tern und Mediokritäten“ (2010) zu sei-

ner Porträtkunst. Sein Realismus zeichnet ihn auch beim porträtierten Einheitskanzler Kohl aus, dessen währungspolitische Ausrichtungen wie z. B. der Euro er kritisch sah, woraufhin er prompt auch bei Hofe nicht mehr gelitten war. Mehrere 100 Seiten Text über sich selbst zu produzieren, setzt voraus, auch über ein beträchtliches Archiv zu verfügen. Man konnte bei ihm erwarten, dass der spätere Lebensweg, auch anhand der entstandenen Überlieferungen beim Abfassen der großen Werke, gut dokumentiert ist.

Aber Schwarz kann auch, was seine Kindheit und Jugend angeht, mit detaillierten Beobachtungen aufwarten. So etwa reflektiert er kritisch die französischen Besatzungsjahre in Baden unmittelbar nach Kriegsende, die er und seine Familie erleiden mussten. Er macht dabei deutlich, dass er ein Südweststaats-Befürworter war. Seinen akademischen Lehrern in Basel und Freiburg setzt er ein Denkmal. Und so entwickelt sich ein Leben, das den Badener an die Spitze des Staates führte, als er sich die großen Kanzler der Bundesrepublik vornehmen durfte.

Der Band enthält viele Beobachtungen, die aus den bisherigen Werken noch nicht zu gewinnen waren. Insofern ist das Werk auch eine Fundgrube für zeitgeschichtlich Interessierte und keinesfalls nur für Politikwissenschaftler lesenswert. Wie anschaulich, selbstbewusst und unterhaltend Schwarz sich darstellt und einige Lehren generiert, zeigen z. B. folgende Zeilen: In der Jugend- beziehungsweise Studienzeit schreibt er davon, dass sein „eigenes, noch wenig geklärtes Geschichtsverständnis protestantisch, national-liberal und auch bereits durch die antinazistische Neuorientierung bestimmt war“

(S. 136). Und über einen seiner Freiburger Lehrer, Gerhard Ritter, schreibt er mitfühlend: „Wahrscheinlich gehört er zu jenen geplagten und sich selbst plagenden Menschen, die nicht nein sagen können“ (S. 138). Und Ironisches fehlt im ganzen Werk auch nicht: „Wie die meisten in unserem Seminar halte auch ich mich für ein halbes Genie. Tatsächlich aber war wohl das einzige Genie Arnold Bergstraesser“ (S. 141).

Mit Blick auf die heutigen Prüfungsbedingungen erstaunt folgender Satz zur Abschlussprüfung und führt vielleicht auch zum Nachdenken: „Eigentlich war es russisches Roulette, denn keiner der hohen Herren ließ sich zur Verabredung eingegrenzter Prüfungsgebiete herab. Ein Doktorand, so die Erwartung, hat alles zu wissen“ (S. 155). Allerdings bemerkt er dazu auch: „Immerhin brachten wir vom Gymnasium her schon etwas mehr mit als die heutigen geistes- oder sozialwissenschaftlichen Studenten. Wir hatten uns auch durchweg in drei anspruchsvollen Fächern mit einer Vielzahl von Seminaren und eigenwilligen Prüfungen herumzuschlagen, und wir mussten fleißig sein, sehr fleißig sogar: sozusagen ununterbrochene Werktags- und Sonntagsarbeit, kein Urlaub keine Ferienreisen auch keine Bafög-finanzierte Kleinfamilie beziehungsweise Kohabitation mit Baby und Beziehungskrisen“ (S. 155).

Anlässlich der Arbeiten an der „Ära Adenauer“ bemerkt Schwarz: „Der Wunsch nach erzählender Geschichtsschreibung kam mir durchaus entgegen. Mit analytischen Policy-Papieren und Essays hatte ich mich inzwischen hinlänglich ausgetobt. In mir steckte, das wusste ich, auch ein Erzähler. Der sollte jetzt freien Auslauf bekommen“ (S. 357).

Natürlich ist Hans-Peter Schwarz als Biograf der beiden Bundeskanzler Kohl und Adenauer von größter Bedeutung und darüber schreibt er auch, denn er war in der Ära Kohl ja auch politisch, als Bonner Professor, sehr nah am Ball und wirkte durchaus politisch mit. Die Bonner Republik war insofern eher sein Wirkungsfeld. Aber publizistisch ist er über diese Epoche hinaus versiert beschlagen und tätig gewesen, worüber auch der Anhang aufklärt, der seine Publikationen auflistet. Dieses Werk ist für politisch-zeitgeschichtlich Interessierte ein Muss.

PROF. DR. TILMAN MAYER,
UNIVERSITÄT BONN

Moeckli, Silvano:
So funktioniert direkte
Demokratie, München:
UVK Verlag 2018, 188
Seiten, € 19,99.



So wie auf dem Titelbild wird die direkte Demokratie oft gesehen: Es gibt eine klare Entscheidung zwischen Ja und Nein – und das Nein wird dick angekreuzt. Also Volksabstimmungen als Verhinderungsinstrument, als Dauerblockade? So einfach ist das nicht, wie der instruktive Einführungsband des St. Galler Politikwissenschaftlers Silvano Moeckli verdeutlicht. Der Autor gibt nicht nur einen kenntnisreichen Einblick in das Funktionieren der schweizerischen direkten Demokratie, sondern analysiert auch die entsprechenden Verfahren in anderen Ländern. Das Ziel des Buches sei es, „Orientierung bei der Beurteilung der Vorzüge und Mängel der direkten Demokratie“ zu bieten (S. 18) und dieses Ziel wurde auch erreicht. Es bietet weit mehr als eine Nacherzählung oder Analyse der Theorie und Praxis in ausgewählten Ländern. Insbesondere durch die im zweiten Kapitel dargelegte Systematik wird deutlich, dass dem Autor eine fundierte demokratietheoretische Bewertung dieser Instrumente am Herzen liegt.

Eine Dämonisierung liegt ihm ebenso fern wie eine Idealisierung. Er kommt dabei zur zusammenfassenden Bewertung: „Es gibt keine direkte Demokratie

ohne repräsentative Demokratie“ (S. 30). Die direkte Demokratie sei ein zusätzliches Programm, das man installieren könne und das auf die Funktionsweise des Betriebssystems zurückwirke. Dies verdeutlicht er zunächst anhand historischer Beispiele in Frankreich, den USA und der Schweiz. Es folgt eine Analyse der Spielregeln wie der Spieler und der Spielverläufe in diesem „Programm“. Nicht nur am Beispiel der Schweiz, sondern bei der Betrachtung vieler Beispiele in der Welt fühlt sich Moeckli zu einer differenzierten Bewertung des „Volkswillens“ veranlasst: Bei der Mehrheit einer Entscheidung handle es sich noch nicht einmal um den Willen der Teilnehmenden, sondern um den Willen der Mehrheit der Teilnehmenden. „Die Vorstellung eines Volkswillens, der bei Hunderttausenden von Stimmberechtigten in genau gleicher Weise in den Köpfen vorhanden ist, führt in die Irre“ (S. 114). Bei Volksabstimmungen gebe es kein Staatsvolk.

In einem umfangreichen Kapitel kommt der Autor zu einer zusammenfassenden Bewertung dieser Spielergebnisse und stellt Funktionen wie Dysfunktionen direktdemokratischer Elemente souverän gegenüber. In seinen abschließenden Bewertungen stellt Moeckli die Frage, wem direkte Demokratie nütze. Seine Antwort: Hauptsächlich den gebildeten Mittelschichten gegenüber den Oberschichten, die direkte Demokratie nicht nötig haben, da ihnen genügend Einflussmöglichkeiten zur Verfügung stehen (S. 169). Diese seien aber auch in der repräsentativen Demokratie bevorzugt. Sie nützt nicht den unteren Sozialschichten, wo die Abstinenz am größten und das Informationsniveau am geringsten ist. „Um den wirtschaftlich Schwachen zu helfen, eignet

sich direkte Demokratie nicht unbedingt“ (S. 169). Das widerspricht auch einem in Deutschland verbreiteten Mythos, dass die direkte Demokratie „elitiefrei und sachlich“ (S. 175) sei. Moecklis Fazit: „Nicht für alle Verhältnisse ist eine ausgebaute direkte Demokratie die adäquate Staatsform“ (S. 175). Allen, die sich über diese komplexe Thematik fundiert und auf dem Stand der Forschung informieren wollen, sei dieses Taschenbuch (mit erfreulichem Kosten-Nutzen-Effekt) ans Herz gelegt.

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN

Helberg, Kristin: Der
Syrien-Krieg. Lösung eines
Weltkonflikts. Freiburg i. Br. /
Basel / Wien: Herder 2018,
256 Seiten, € 22,00.



Von 2001 bis 2008 berichtete Kristin Helberg als Journalistin aus Damaskus über die arabische und islamische Welt. Im April 2011 scheiterte ihr letzter Einreiseversuch am Flughafen von Damaskus. Für ihre deutlichen Worte zum Syrien-Konflikt ist die mit einem Syrer verheiratete Verfasserin bekannt. Ihr neues Buch beginnt denn auch mit dem

Kapitel „Klarstellung: Warum es in der internationalen Welt nur Interessen, aber in Syrien sehr wohl Gute und Böse gibt“. Darin geißelt sie Autoren, die sich in der Analyse des komplexen internationalen Stellvertreterkriegs überbieten, doch die syrische Revolution, ihre Motive und berechtigten Ziele vernachlässigten. Sie wendet sich gegen Kollegen, die sich allzu sehr auf eine Urschuld des Westens während Kolonialzeit und Kaltem Krieg fokussierten (entscheidender sei das Versagen der internationalen Staatenwelt in der Gegenwart), gegen „Wahrheitsverweigerer“, die immer noch externe Einmischung für den Syrien-Konflikt verantwortlich machen wollten, sowie gegen unverbesserliche Linke, die weiterhin meinten, das Regime von Baschar al-Assad als progressiv und kapitalismuskritisch preisen zu müssen: „Wer zum Ostermarsch ein Konterfei Assads hochhält, hat nichts begriffen.“ (S. 11)

Die Verfasserin macht keinen Hehl daraus, dass ihrer Ansicht nach der Assad-Klan die Hauptschuld an dem Konflikt trage, nicht der Westen. In einem umfangreichen Kapitel analysiert sie das „System Assad“, das „als Regierung, als Militärkomplex, als kriminelle Vereinigung und als Wirtschaftsunternehmen“ (S. 18) agiere und auf den Säulen Klientelismus, Korruption, Einschüchterung, Loyalitätszwang, Desinformation sowie Stimulierung von Gruppengesetzen beruhe. Das mafiöse System repräsentiere nicht den Staat, sondern tarne sich nur als solcher. Denn es habe gar nicht vor, die Grundaufgaben eines Staates zu erfüllen – Versorgung, Absicherung, Schutz –, sondern wende sich ungeniert gegen seine eigenen Bürger.

Auch in Bezug auf Kriegsverbrechen erkennt sie in der Regierung den Haupt-

schuldigen und scheut nicht harte Vergleiche: „Immer schon gab es grausame Diktatoren, die in ihrem Land Millionen Zivilisten ermordeten – Mao Tse-tung in China, Adolf Hitler in Deutschland, Josef Stalin in Russland, Pol Pot in Kambodscha. Aber die Kombination aus flächendeckenden Luftangriffen, wahllosen Fassbomben auf Wohngebiete, Giftgas sowie gezielten Raketen auf Krankenhäuser und Schulen – also Massenvernichtungswaffen gegen die eigene Bevölkerung – und einer staatlich organisierten Tötungsmaschinerie in den Geheimdienstzentren und Gefängnissen ist historisch einmalig. Genauso einmalig ist die Beweislast, die schon jetzt – also während diese Verbrechen noch stattfinden – vorliegt.“ (S. 213)

Manche Klischees sucht Helberg zu korrigieren. So weist sie darauf hin, dass es sich nicht um einen Konflikt der Alawiten gegen die Sunniten handele, wie häufig behauptet. Drei Gruppen würden sich gegenüberstehen: Das Assad-Regime, eine ruhiggestellte Bevölkerungsmehrheit und eine massiv unterdrückte Minderheit, und in allen drei Gruppen seien Angehörige aller Konfessionen vertreten. Doch räumt sie ein, dass sich der Assad-Klan aus Alawiten rekrutiere, diese religiöse Minderheit versuche er gewissermaßen in Geiselschaft zu nehmen.

Eine Mitschuld des Westens sei zweifelsohne gegeben: „Was in Syrien passiert, ist das Ergebnis eines Totalversagens der internationalen Gemeinschaft – ihrer Institutionen, Regierungen und Gesellschaften.“ (S. 209) Gerade der Westen habe seine Prinzipien verraten und nur halbherzig versucht, Partikularinteressen sicherzustellen und Einfluss auf die Geschehnisse zu wahren. Da die Europäer nicht dazu bereit

gewesen seien, die Syrer in ihrer Heimat zu schützen, hätten sie sie zur illegalen und gefährlichen Flucht geradezu gezwungen. Den Bombenkrieg gegen den IS hält Helberg für kontraproduktiv, da er selektiv sei und massive Opfer unter Zivilisten fordere.

Das Versagen der internationalen Gemeinschaft im Syrien-Konflikt habe sich gerächt. Nun müsse man mit einer „Syrenisierung“ der Weltordnung leben: „Standards werden gesenkt, internationale Übereinkünfte wertlos, Kooperationen heruntergefahren, Bündnisse aufgekündigt, nationale Interessen in den Vordergrund gerückt.“ (S. 217)

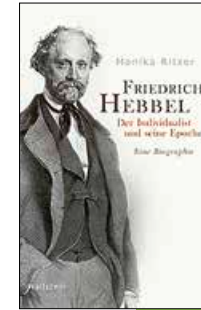
Ausführlich analysiert die Verfasserin das Scheitern der Revolution. Als deren Träger identifiziert sie drei Gruppen. Der zivile Widerstand habe auf Illusionen statt auf Strukturen gesetzt, der bewaffnete Aufstand sei unzureichend von außen unterstützt worden („zu viel zum Verlieren, zu wenig zum Siegen“), und die vom Ausland unterstützte politische Opposition habe sich in ihrem Lavieren zwischen „hehren Zielen, Pragmatismus und ideologischer Verbohrtheit“ zunehmend in die Bedeutungslosigkeit manövriert. Helberg räumt Repression und Menschenrechtsverletzungen bei allen Akteuren ein. Dabei korrigiert sie die gerade im linken Spektrum verbreitete These von den „demokratischen PYD-Kurden“: Die im Norden herrschende, zur PKK-Familie gehörende „Partei der Demokratischen Union“ (PYD) bleibe „eine totalitäre Organisation“, man lebe dort nicht frei, allerdings weniger unterdrückt als in Assad-Syrien oder im Machtbereich des „Islamischen Staats“.

In ihrem Fazit kommt Helberg zu der Einschätzung, dass Baschar al-Assad den Krieg mit externer Unterstützung wahrscheinlich gewinnen werde.

Doch werde es mit Assad keinen Frieden geben. Denn die strukturelle Repression und Korruption des Systems würden bleiben, und darüber hinaus müsse das geschwächte Assad-Regime nun seine diversen Unterstützer befriedigen: Milizenführer, Kriegsgewinnler, Iran und Russland. Mittelfristig sei daher erneuter Widerstand von Syrern zu erwarten, zivil oder bewaffnet. Eine Flüchtlingsrückkehr in großem Umfang sei unter diesen Umständen nicht möglich und vom Regime auch nicht gewollt.

Für den Umgang mit einem Nachkriegs-Syrien gibt Helberg sieben klare Empfehlungen: keine Normalisierung der Beziehungen zum Assad-Regime, kein Wiederaufbau zusammen mit dem davon profitierenden Assad-Regime, Schutz von Zivilisten in verbliebenen Oppositionsgebieten und Einstellung des kontraproduktiven Anti-IS-Bombenkriegs, internationale strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechen, Versuch der Entschärfung von Rivalitäten unter externen Einflussmächten, Integration und Versorgung der geflohenen Syrer sowie Förderung von zivilem Engagement und Versöhnungsbemühungen in Syrien. Mit seinen provokanten Thesen wird das lesenswerte Buch zweifellos eine Diskussion anregen.

DR. MARTIN PABST, MÜNCHEN



Ritzer, Monika: Friedrich Hebbel. Der Individualist und seine Epoche. Eine Biographie. Göttingen: Wallstein 2018, 832 Seiten, € 49,00.

Die letzte umfassende Biographie Friedrich Hebbels (1813-1863) ist tatsächlich im fernen Jahre 1904 erschienen. Nun präsentiert die Autorin, Professorin der Germanistik an der Universität Leipzig, die sich schon sehr lange intensiv mit diesem Dichter beschäftigt hat und bis 2014 Präsidentin der Hebbel-Gesellschaft war, dessen Lebensporträt in einer monumentalen, quellengesättigten Studie. Hebbel ist durchaus nicht vollständig vergessen, seine „Maria Magdalena – ein bürgerliches Trauerspiel“, sowie seine „Nibelungen – ein deutsches Trauerspiel in drei Abteilungen“ werden oft inszeniert. Aber er steht doch im Schatten anderer „klassischer“ Dramatiker.

Durchaus zu Unrecht, denn seine Stücke stehen nicht nur auf hohem künstlerischen und gedanklichen Niveau, sondern gehen uns auch heute noch etwas an – sie haben die Eigenschaft der Zeitlosigkeit. Dies liegt daran, dass die Tragik seiner Figuren nach Hebbels eigenem Bekunden „im Skandal ihres Existierens“ wurzelt, nämlich in der „conditio humana“ schlechthin. Die Autorin verortet als großes Thema des Dichters den Standpunkt des einzelnen Individuums in der modernen Welt, der mit herkömmlicher Religion

und Philosophie nicht mehr beizukommen sei. Hebbel verwirft den Idealismus, wie er sich in Schillers Dramen ausspricht. Auch die Verweise der Romantik auf ein überpersönliches Schicksal lehnt Hebbel ab. Der Mensch ist sich selber sein Schicksal, wobei die Frage nach Schuld oder Unschuld zwar nicht negiert, aber in die zweite Reihe verwiesen wird. Es handelt sich vielmehr um den fundamentalen „Skandal des Existierens“.

Zum Beispiel in der ebenfalls „ein deutsches Trauerspiel“ genannten „Agnes Bernauer“ (1851). Das ist die bekannte Geschichte von der schönen Baderstochter, die mit dem Erbprinzen des Herzogs von Bayern-München eine nicht standesgemäße Ehe eingeht. Da aus dieser keine legitimen Erben hervorgehen können, wird sie bei Straubing in der Donau ertränkt. Die Tragödie besteht einzig, so wollte es Hebbel, in der unwiderstehlichen Schönheit, also in der puren Existenz der Agnes, denn nur deshalb muss sie sterben. Da haben wir im Ansatz bereits den Existenzialismus des Zwanzigsten Jahrhunderts – strikt ins Negative gewendet. Das Individuum entfaltet sich, weil sich das ganz natürlich aus seinen Anlagen ergibt, damit aber stört es die Entfaltung anderer Individuen (und hier auch überindividuelle Ordnungen). Bei Agnes Bernauer ist es die Existenz des Fürstenstaates, die auf einer Thronfolgeordnung der Legitimität beruht. Dadurch aber kommt es natürlich zur Katastrophe. Diese Art der Begründung von Tragödie entspricht der zu Hebbels Zeit vorherrschenden Strömung des Realismus in der deutschen Literatur, der die Romantik etwa eines Joseph von Eichendorff ablöste.

Dem Prinzip der natürlichen Entfaltung des Individuums, das dadurch

den tödlichen Widerstand seiner Umgebung auslöst, folgen auch die „Nibelungen“. Siegfried als superstarker Held muss weg, weil er die Welt von König Gunthers Hof sprengt. Das klappt aber nur durch die heimtückische List Hagens, der die einzige Stelle weiß, an der Siegfried verwundbar ist. Dessen Individuum ruft also in der höfischen Welt, die an ihrer Selbsterhaltung interessiert ist, zur Abwehr Gemeinheit hervor. Das schreckliche Ende der Nibelungen am Hof des Hunnenherrschers Etzel schließlich ergibt sich paradoxerweise ebenfalls aus deren Eigenart, die man als kollektive Individualität bezeichnen kann, da sie nach altgermanischer Art den Untergang im Kampf einem Rückzug vorziehen müssen. So wird das mittelalterliche Epos im Sinne von Hebbels moderner Grundanschauung interpretiert.

Der Erfolg der „Nibelungen“ war großartig, Hebbel bekam dafür den Schiller-Preis zugesprochen. Ein Großteil dieser Anerkennung dürfte damit zu erklären sein, dass man damals das Nibelungen-Lied als überragende Dichtung typisch deutscher Art feierte, denn die Nation suchte nach der Gewissheit gemeinsamer kultureller Traditionen. Dies aber stellt die Autorin zu wenig heraus, womit sie dem Untertitel ihres ansonsten großartigen Werkes nicht entspricht. Detailliert, stets mit sorgsam ausgewogenem Urteil, auch bezüglich Hebbels Privatleben, und ohne germanistisches „Fachchinesisch“ breitet sie die geistige Fülle dieses Dichterlebens vor uns aus.

Hebbel hat ja auch als Lyriker, Essayist, Aphoristiker, Novellenautor und Verfasser eines Epos brilliert. Seine Gedankentiefe schreckt vor keiner harten Konsequenz zurück. Denn sein Credo

war, dass das Leben ein Kampf und eben dadurch lebenswert, Harmonie hingegen eine abgetane, nur von den Weimarer Klassikern geförderte Lebenslüge sei. Das macht seine Lektüre mitunter sperrig. Aber unpräzise sind seine Aussagen niemals. Arthur Schnitzler und Hugo von Hofmannsthal, seine posthume Dichterkollegen, nannten ihn gar „nach Goethe den größten Geist, den die Deutschen in dem Jahrhundert gehabt haben“.

BERND RILL, MÜNCHEN



Wirz, Stephan (Hrsg.):
Kapitalismus – ein Feindbild
für die Kirchen? Baden-
Baden: Nomos 2018, 286
Seiten, € 42,00.

So manche Predigt, so mancher Hirtenbrief und erst recht die Verlautbarungen aus Rom lassen den katholischen Geschäftsmann verunsichert in sich horchen, ob tatsächlich der Dämon in ihm steckt. Im Beichtstuhl findet er Vergebung, aber beim Beichtvater nicht unbedingt die Antwort auf die Frage, ob er gesündigt hat. Zwischen Kanzel und Schreibtisch herrscht eine gegenseitige Entfremdung und ein Nicht-Verstehen-

Können; die Generalvikare sind hier ausgenommen. Es gibt nur wenige Theologen, die nicht nur nachvollziehen können, sondern auch öffentlich sagen, dass Spenden erwirtschaftet werden müssen und die franziskanische Armut wohl dem Seelenheil des Frommen wohltut, aber nicht die Ausgaben der vielen caritativen Aktivitäten deckt. Zu diesen aufgeschlossenen Theologen gehört Stephan Wirz, der mit Arbeiten über Konsumethik seinen wissenschaftlichen Weg gegangen ist.

Die Paulus Akademie in der Schweiz veranstaltete Ende 2016 eine stark besuchte Veranstaltung mit dem Titel „Der Kapitalismus – ein Feindbild für die Kirchen?“. Nun kann man die unterschiedlichen Blickrichtungen auf das Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaft und Kapital auch in einem von Stephan Wirz mit gleichem Titel herausgegebenen Buch nachlesen. Es beginnt mit der theologisch-philosophischen Sichtweise, die differenzierter ist, als es der Nichttheologe vermutet. Zunächst geht Joachim Wiemeyer auf die Kritik von Papst Franziskus ein. Er bemüht sich um Verständnis für dessen Aussagen und versucht, sie mit seiner argentinischen Herkunft zu erklären. Im Übrigen seien die Verlautbarungen von Papst Franziskus „lediglich tagesaktuelle Stellungnahmen“ und hätten nicht das Gewicht systematischer und lehramtlich verbindlicher Dokumente. Auch sei er mit seiner Kritik am Kapitalismus ja nicht allein, schon seine Vorgänger Pius XI und Paul VI. geißelten den Hunger in der Welt und die mangelnde Solidarität. Zwar vermutet Joachim Wiemeyer bei Papst Franziskus aufgrund seiner „wirkmächtigen Bildsprache“ eine Nähe zum marxistisch orientierten Flügel der Befreiungstheologie, rehabilitiert ihn aber

als Verfechter einer öko-sozialen Marktwirtschaft.

Auch Hermann-Josef Große Kracht sieht mit Blick auf die Geschichte der katholischen Soziallehre den roten Faden hin zu einer eigenständigen katholischen Kapitalismustheorie. Erst in den Pontifikaten Benedikts XVI. und Franziskus entdeckt er einen Bruch. Was bleibt, ist die Betonung eines „Dritten Weges jenseits privatkapitalistischer und staatssozialistischer Verfügungsmacht“. Dem widerspricht Martin Rhonheimer vehement. Er sieht schon zur Pubertät der katholischen Soziallehre unter Heinrich Pesch am Anfang des 20. Jahrhunderts den Sündenfall. Statt die Marktkräfte zu würdigen ob ihrer sozialen Errungenschaften, zwingt die katholische Soziallehre sie mit dem Ruf nach staatlichen Eingriffen in die Knie. Als Vertreter der österreichischen Schule schämt er sich nicht, den Kapitalismus zu verteidigen, als Theologe und Priester ist er damit allein auf weiter Flur.

Arnd Küppers untersucht das Verhältnis von Liberalismus und Katholizismus. Die Anfänge der katholischen Soziallehre, so Küppers, waren im „Gewand der Neuscholastik“, später dann an der Seite des Liberalismus gegen Nationalsozialismus, Faschismus und Kommunismus. Aber dann entfremdeten sich die Verbündeten. Bezeichnend der Eklat bei der Gründung der Mont-Pelerin-Society. Von Hayek konnte sich nicht gegen Frank Knight durchsetzen in der Frage der Namensgebung: „You cannot call a liberal movement after two catholics“ so die barsche Antwort auf den Vorschlag, die Gesellschaft nach Lord Acton und Alexis de Tocqueville zu benennen.

Sind Ordoliberalismus und katholische Soziallehre noch einigermaßen

kompatibel, ist Letztere unvereinbar mit den Ideen der österreichischen Schule. Das Buch wird seinem Titel voll gerecht, indem es auch die evangelische Kirche nicht unberücksichtigt lässt. Dieser konzedierte Papst Benedikt in einem Vortrag einen Vorsprung im Verständnis für wirtschaftliche Fragen, für die er selbst sich mangels Kenntnissen nicht sprachfähig erklärte. Leider lag er falsch, wie Stefan Grotefeld ausführte. Grotefeld deckt die marktfeindlichen Kräfte in der evangelischen Kirche auf, die ATTAC oder Der Linken in nichts nachstehen. Es gibt im weiteren Verlauf der Lektüre viele andere interessante lezenswerte Aspekte. Die Behandlung von Konsum, Privateigentum und der Globalisierung durch die theologische Brille. Besondere Erwähnung verdient der Beitrag von Gerhard Pfister, einem Politiker aus der Schweiz. Er vergleicht drei Theorien zur Ethik des Kapitalismus: die Amoralität des Kapitalismus von Andre Comte-Sponville, die strukturelle Unmoral des Kapitalismus von Jens Beckert und die funktionale wie ethische Überlegenheit des Kapitalismus von Johannes Berger.

Welcher Politiker in Deutschland würde so profunde und offen den theoretischen Pfad zur Marktwirtschaft aufzeigen können? Aber vielleicht liegt es auch an einem unbefangeneren Umgang in der Schweiz mit Kapital per se. Dieses Schweizer Gen spürt man bei der Lektüre dieses Buches, was seinen wissenschaftlichen Anspruch nicht schmälert. Wirz ist mit diesem Band eine umfassende Gegenüberstellung der verschiedenen Positionen zur Marktwirtschaft gelungen. Fühlt sich der Manager nun reingewaschen von aller Schuld, ist dieses Buch sein christliches Gewissen? Das entscheidet er allein jeden Tag in

seinem Handeln. Er sollte zumindest beherzigen, dass „die Ökonomie der zentralen christlichen Werte wie Liebe, Glück, Heil und Freiheit nicht der Logik knapper Güter gehorcht, um deren Besitz man konkurrieren kann, sondern der Ökonomie des Schenkens“ – auch das ein Hinweis in diesem Buch, der in Erinnerung bleibt.

MICHAEL F. STARK, MÜNCHEN

Folgende Neuerscheinungen aus unseren Publikationsreihen können bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München (Telefon: 089/1258-263) oder im Internet www.hss.de/publikationen/ bestellt werden:



ARGUMENTATION KOMPAKT
 Nr. 4/2018: Die irische Wirtschaft im Kontext des Brexit – Chance für eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit den EU-Staaten



Asylsuchende in Bayern – eine qualitative Folgebefragung. Abschlussbericht



Die 68er – konservativ. Reform statt Umsturz, hrsg. von Ursula Männle, Freiburg im Breisgau: Herder-Verlag, 2018, ISBN 978-3-451-38497-4 (über den Buchhandel erhältlich)



AKTUELLE ANALYSEN
 68: Chinas Seidenstraßeninitiative und die EU

VORSCHAU

POLITISCHE STUDIEN
 Nr. 484 „Die Europawahl“ mit Beiträgen von Gisela Müller-Brandeck, Daniel Göler, Wolfgang Klein und Manfred Weber

Herausgeber:

© 2019, Hanns-Seidel-Stiftung e. V., München
Lazarettstraße 33, 80636 München,
Tel. +49 (0)89 1258-0, E-Mail: polstud@hss.de,
Online: www.hss.de

Vorsitzende: Prof. Ursula Männle,
Staatsministerin a. D.
Generalsekretär: Dr. Peter Witterauf
Leiter der Akademie für Politik und Zeit-
geschehen: Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
V.i.S.d.P.: Thomas Reiner

Redaktion:

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser
(Chefredakteur)
Barbara Fürbeth
(Redaktionsleiterin; fuerbeth@hss.de)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin; steib@hss.de)

Graphik: trurnit Publishers GmbH

Druck: Aumüller Druck Regensburg

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Die Zeitschrift Politische Studien erscheint als zweimonatiges Nummernheft und Themenheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Bildnachweis für Titel:
Jean Kobben / Fotolia.com

